



Benno Hafeneger und Sven Schönfelder

# **Politische Strategien gegen die extreme Rechte in Parlamenten**

Folgen für kommunale Politik  
und lokale Demokratie

**FRIEDRICH  
EBERT   
STIFTUNG**

Forum Berlin

# Politische Strategien gegen die extreme Rechte in Parlamenten

Folgen für kommunale Politik und lokale Demokratie

---

Benno Hafeneger und Sven Schönfelder

Philipps-Universität Marburg/Lahn  
Fachbereich Erziehungswissenschaften  
Institut für Erziehungswissenschaft

Eine qualitative Studie  
im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung,  
Forum Berlin

Herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin

Redaktionelle Bearbeitung: Dr. Dietmar Molthagen

Copyright 2007 by Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin  
Hiroshimastr. 17, 10785 Berlin

Umschlaggestaltung: Pellens Kommunikationsdesign, Bonn  
Satz und Druck: Wagemann Medien GmbH

ISBN: 978-3-89892-831-1

# Inhalt

<b>Vorwort</b> .....	5
<b>1 Stand der Forschung und Diskussion</b> .....	9
<b>2 Erkenntnisinteresse und Anlage der Untersuchung</b> .....	21
<b>3 Das Untersuchungsfeld – Kommunale Strukturdaten und politische Situation</b> .....	27
3.1 Ehringshausen und Wölfersheim in Mittelhessen .....	27
3.2 Ludwigshafen und Pirmasens in der Pfalz .....	35
3.3 Königstein und Sebnitz in der Sächsischen Schweiz.....	42
3.4 Stralsund und Anklam in Vorpommern .....	48
<b>4 Ergebnisse der empirischen Untersuchung</b> .....	57
4.1 Wahlerfolg und Auftreten der extremen Rechten in der Stadt/Gemeinde .....	59
4.2 Wahrnehmung der extremen Rechten im Kommunalparlament.....	71

4.3	Umgang der demokratischen Parteien mit der extremen Rechten im Parlament.....	79
4.4	Änderungen der „parlamentarischen Spielregeln“ .....	91
4.5	Wahrnehmung der parlamentarischen Auseinandersetzung mit der extremen Rechten in der Bevölkerung nach Einschätzung der demokratischen Parteien.....	97
4.6	Zivilgesellschaftliches Engagement in der Stadt/Gemeinde .....	103
4.7	Maßnahmen gegen die extreme Rechte aus Sicht der demokratischen Parteien.....	110
4.8	Fazit der empirischen Untersuchung .....	123
<b>5</b>	<b>Kommunale Politik im Umgang mit der extremen Rechten. Ein Leitfaden zur Problemanalyse und Strategieentwicklung ...</b>	<b>127</b>
<b>6</b>	<b>Lokale Demokratie als politisch-sozialer Interaktionsraum. Ein Ausblick auf kommunale Handlungsoptionen.....</b>	<b>139</b>
<b>7</b>	<b>Literatur .....</b>	<b>149</b>
<b>8</b>	<b>Anhang.....</b>	<b>157</b>

# Vorwort

Die Auseinandersetzung mit dem parlamentsorientierten wie auch mit dem aktions- und diskursorientierten Rechtsextremismus stellt die demokratischen Parteien in der Bundesrepublik vor eine politische und zugleich gesellschaftliche Herausforderung, die sich für die Demokratie als Belastungsprobe erweist und die in ihrer Reichweite nicht abzuschätzen ist. Wahlerfolge rechtsextremer Parteien haben sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten immer wieder eingestellt; sie verhalten sowohl einer als eher systemkritisch zu bezeichnenden Partei wie den „Republikanern“ (REP) als auch dezidiert systemoppositionellen Parteien wie der „Deutschen Volksunion“ (DVU) und der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) zum Einzug in mehrere Kommunal- und Landesparlamente und führten damit in einigen Regionen zum politischen Aufstieg der extremen Rechten. Im wiedervereinigten Deutschland zeigt sich darüber hinaus eine Entwicklung des organisierten Rechtsextremismus, der seinen elektoralen Schwerpunkt wie auch seine parteipolitischen Aktivitäten zunehmend in die neuen Bundesländer verlagert.

Während in den 1990er Jahren Parteien wie die DVU und die „Republikaner“ ihre größten Wahlerfolge in den alten Bundesländern hatten (Schleswig-Holstein und Bremen bzw. Baden-Württemberg und Hessen), sind die rechtsextremen Parteien von DVU und NPD derzeit vor allem im östlichen Bundesgebiet erfolgreich. In Sachsen-Anhalt gelang es 1998 der DVU, als erste rechtsextreme Partei in ein ostdeutsches Landesparlament einzuziehen. Gewissermaßen aus dem Stand erzielte die Partei ein Rekordergebnis von 12,9 %, ihr bis heute bestes Ergebnis bei einer

Landtagswahl. Mit 5,3 % schaffte die DVU ein Jahr später auch in Brandenburg den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde und konnte diesen Erfolg im Jahr 2004 mit einem leicht verbesserten Resultat von 6,1 % sogar wiederholen.

Bei der zeitgleich am 19. September 2004 stattfindenden Wahl zum sächsischen Landtag war die NPD nicht weniger erfolgreich. Zur Mobilisierung potentieller Wählerinnen und Wähler hatte die NPD – ebenso wie die DVU in Brandenburg – auf eine Mischung aus Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit und Populismus gegen „Hartz IV“ und Sozialreformen gesetzt, mit der sie 9,2 % der abgegebenen Stimmen für sich verbuchen konnte. Der Einzug in ein weiteres ostdeutsches Landesparlament gelang der NPD zwei Jahre später in Mecklenburg-Vorpommern, wo sie einen Stimmenanteil von 7,3 % erreichte. Dabei ist anzumerken, dass die NPD in beiden Bundesländern bereits zuvor auf kommunaler Ebene einige zum Teil deutliche Wahlerfolge hatte. In Sachsen kam die NPD bei den Kommunalwahlen vom 13. Juni 2004 in einigen Kommunen des Landkreises Sächsische Schweiz auf Stimmenanteile von weit über 20 %.

Die Präsenz und Repräsentanz der extremen Rechten in vielen Kommunalparlamenten stellt die demokratischen Parteien und Fraktionen vor die Frage einer politischen Auseinandersetzung mit den Abgeordneten von DVU, NPD und REP. Es geht um die Entwicklung angemessener Umgangs- und Gegenstrategien, bei denen für die konkrete Ausformung die spezifische Situation vor Ort, das heißt im jeweiligen Parlament und in der Kommune, zu berücksichtigen ist. Pauschale Lösungen kann es nicht geben; es lassen sich aber einige Hinweise und Handlungsempfehlungen für einen (politisch-parlamentarischen) Umgang mit der extremen Rechten formulieren, anhand derer die Kommunalpolitik vor Ort entweder selbst oder mithilfe fachkundiger Unterstützung von außen ein

strategisches Vorgehen bestimmen kann, das auf ihre spezifische lokale Situation hin zugeschnitten ist.

Mit einer qualitativen Problem- bzw. Themenzentrierung will die vorliegende Studie einen wissenschaftlichen Beitrag zur Erhellung des parlamentarisch-kommunalen Umgangs leisten. Das Erkenntnisinteresse der Untersuchung besteht darin, über die Formen sowie über die Inhalte und Qualität der parlamentarischen Auseinandersetzung mit den Fraktionen und Mandatsträgern der extremen Rechten in ausgesuchten Kommunalparlamenten aufzuklären. Dabei geht es sowohl um die empirische Analyse politischer Umgangs- und Gegenstrategien der beiden großen demokratischen Parteien als auch um deren Konsequenzen für die kommunale Politik im Umgang mit der extremen Rechten sowie um mögliche Folgen für die lokale Demokratie als politisch-sozialer Interaktionsraum.

Das Forschungsprojekt wurde am Institut für Erziehungswissenschaft der Philipps-Universität Marburg im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung konzipiert und durchgeführt. Erstmals der Öffentlichkeit vorgestellt werden die Untersuchungsergebnisse im Rahmen einer Diskussionsveranstaltung der Stiftung am 6. Dezember 2007 in Berlin. Ausdrücklich bedanken möchten wir uns für die freundliche Zusammenarbeit und tatkräftige Unterstützung bei Frau Dr. Irina Mohr und Herrn Dr. Dietmar Molthagen vom Forum Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Benno Hafenegger, Sven Schönfelder  
Marburg/Lahn, November 2007



# 1. Stand der Forschung und Diskussion

Die Frage nach möglichen und angemessenen politischen Strategien in der Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen und rechtspopulistischen Parteien ist seit Ende der 1980er Jahre als Folge ihres (erneuten) Einzugs in mehrere Kommunalparlamente und Landtage verstärkt in den Fokus von Politik, Wissenschaft und Medien gerückt. Für die Parteienforschung ebenso wie für den politischen Journalismus hat sich damit ein Untersuchungsfeld eröffnet, das eine Verbindung zwischen wissenschaftlicher Analyse und politischem Handeln darstellt. Als Konsequenz aus den mitunter deutlichen Erfolgen der extremen Rechten<sup>1</sup> bei Kommunal- und Landtagswahlen im westlichen Bundesgebiet wie auch seit einiger Zeit vor allem in den östlichen Bundesländern werden immer wieder Dokumentationen, Beispiele und Einschätzungen angeboten, mit denen die parlamentarische Repräsentanz der rechtsextremen Parteien analysiert und Entwicklungen in der politischen Auseinandersetzung mehr oder weniger differenziert beschrieben werden. Wurde Mitte der 1990er Jahre noch konstatiert, dass „über parlamentarische Interaktionsmuster zwischen Demokraten und Extremisten [...] im Grunde recht wenig bekannt [ist]“ (Butterwegge/Meier 1997, S. 126), muss diese Feststellung in Bezug auf den heutigen Erkenntnis- und Forschungsstand relativiert werden. Mittlerweile

---

<sup>1</sup> Wir verwenden hier den Begriff „extreme Rechte“, der als Verortung von Organisationen am äußeren rechten Rand des politischen Spektrums verstanden wird, gleich ob diese nun rechtspopulistisch (systemkonform/systemkritisch wie die „Republikaner“) oder rechtsextremistisch (systemfeindlich wie DVU und NPD) ausgerichtet sind; zum ideologischen Gehalt der Definition sowie zum Begriff der extremen Rechten vgl. u.a. Jaschke 1994; Falter/Jaschke/Winkler 1996; Stöss 1989, 2005; Minkenberg 1998, 2005.

gibt es eine, wenn auch überschaubare Anzahl empirischer Studien zur Parlaments- und Alltagsarbeit sowie zu den Mandatsträgern von DVU, NPD und REP, die darüber hinaus eine Reihe von Hinweisen oder auch Empfehlungen für den parlamentarischen – zum Teil auch für den außerparlamentarischen – Umgang mit der extremen Rechten enthalten (vgl. Butterwegge u.a. 1997; Schmidt 1997; Hafenegger 2000; Staud 2006; Beier u.a. 2006). Im Folgenden werden die bisherigen Erkenntnisse zu den Aktivitäten und zur Agitation rechtsextremer Fraktionen und Mandats-träger in Kommunal- und Länderparlamenten sowie die wiederholten Beobachtungen zur Reaktion der demokratischen Parteien kurz skizziert.

### *Zum parlamentarischen Auftreten der extremen Rechten*

Im Rahmen der Entwicklung angemessener parlamentarischer (wie öffentlicher) Umgangs- und Gegenstrategien muss es zunächst um einen „differenzierenden Blick auf die Tätigkeit der Mandatsträger“ (Butterwegge 1999, S. 179) gehen. Sie lediglich als „Rattenfänger oder als braune Demagogen“ (ebd., S. 178) zu charakterisieren, blendet nicht nur eine notwendige Differenzierung aus, sondern beinhaltet auch die Gefahr, ihre Arbeit und Wirkungen in die Bevölkerung bzw. in ihr Wählerpotential hinein zu unterschätzen. Zunächst wurden Einschätzungen von einer „parlaments- und politikunfähigen“ extremen Rechten präsentiert, die sich durch „Inkompetenz, Desinteresse und innerer Zerstrittenheit“ auszeichnet und allenfalls durch ihre „Provokationen“ oder „propagandistischen Erfolge“ auffällt (vgl. Lepszy/Veen 1994; Hoffmann/Lepszy 1998). Es folgten mehrere empirische Studien, deren Ergebnisse eine notwendige Differenzierung sowohl zwischen der Politik (Anträge, Anfragen, Reden) und den Argumentationsmustern/-techniken der kommunalen Mandats-träger als auch zwischen der Alltagsarbeit von Fraktionen auf der einen Seite und den nach wie vor existierenden Intrigen und der Untätigkeit und

Raffgier von „inkompetenten Skandalfraktionen“ auf der anderen Seite verdeutlichen (vgl. Butterwegge u.a. 1997; Hafener 1995, 2000; Beier u.a. 2006). In einigen Bundesländern (wie in Baden-Württemberg, Hessen, Brandenburg und Sachsen) hatte sich schließlich gezeigt, dass die extreme Rechte so schnell nicht von den parlamentarischen Bühnen verschwinden und damit wieder bedeutungslos werden würde. Jenseits einer Dramatisierung und Bagatellisierung der parlamentarischen Präsenz von DVU, NPD und REP gibt eine differenzierte Betrachtung ihres (kommunalen) politischen Handelns fünf Merkmale zu erkennen.

1. Die Fraktionen der extremen Rechten nutzen die Parlamente als Bühnen und Foren für ihre klassischen Themenbereiche und den damit verbundenen, immer wiederkehrenden Metaphern. Neben der Ausländer- und Asylpolitik werden Kriminalität und innere Sicherheit ebenso wie die allgemeine wirtschaftliche Lage (Arbeitsplätze, Arbeitslosigkeit) national bzw. nationalistisch aufbereitet und in fremdenfeindliche, rassistische Ressentiments eingebunden. Die soziale Frage erhält auf diese Weise eine ethnische Akzentuierung und Deutung. Themen wie materielle Abstiegsängste, gefährdeter Wohlstand, hohe Arbeitslosigkeit, bezahlbare Wohnungen, öffentliche Sicherheit und sozialstaatliche Leistungen geraten in den Vordergrund des Themenhaushalts. Die Ethnisierung von Ängsten und Problemen macht aus der sozialen eine nationale Frage, die darauf abzielt, ein „Klima“ der gesellschaftlichen Akzeptanz für nationale und soziale Inhalte zu schaffen. Ausländer, Asylbewerber und „Fremde“ werden als „Sozialschmarotzer“ diffamiert und in populistischer Agitation zu Schuldigen von strukturell und politisch verursachten Problemlagen und Krisen erklärt sowie in aggressiver Weise gegen die angebliche Vernachlässigung der Interessen und Sorgen der „deutschen Bevölkerung“ bzw. der „kleinen Leute“ ausgespielt. Weiter wird Einwanderungs- und Integrationspolitik mit einer angeblichen Gefährdung der „inneren Ordnung und Sicherheit“ verknüpft, indem Ausländer und Asyl-

bewerber bspw. für steigende Kriminalität bzw. Gewalt verantwortlich gemacht werden. Dem folgt der Ruf nach staatlicher Härte (in Form von Gesetzen) und der Durchsetzung einer rigiden Ausländer- und Asylpolitik, von Sauberkeit und Ordnung gegen den angeblichen kulturellen „Verfall“ und „Niedergang“ des deutschen – homogen postulierten – Volkes bzw. der deutschen „Schutz- und Schicksalsgemeinschaft“.

2. Sowohl bei den „Republikanern“ als auch bei DVU und NPD sind Versuche zu erkennen, das Etikett einer „Ein-/Zwei-Themenpartei“ abzustreifen und sich mit Anträgen, Anfragen und Öffentlichkeitsarbeit zu anderen Politikbereichen und einem breiteren kommunalen Themenspektrum (Verkehr, Kommunalverwaltung, Finanzen, Arbeit, Umwelt, Wohnungspolitik, soziale Infrastruktur etc.) zu äußern. Dies wird mit einem Auftreten verbunden, das sich zwischen bieder-brav, moderat und kämpferisch-agitatorisch bewegt. Somit versucht die extreme Rechte sich als die lokale nationale Alternative und „wirkliche, deutsch-bürgernahe“ Partei zu präsentieren. Mit der (öffentlichkeitsorientierten) Präsentation von Fleiß und vermeintlicher Seriosität, mit geschickter Taktik und Rhetorik sowie mit einer „demokratischen Aura“ (als nationale, rechtskonservative Partei) wird eine Normalisierung und ihre zumindest teilweise Akzeptanz im Parteien- und Parlamentsgefüge angestrebt. Als „Anwalt der kleinen Leute“ gegen „die da oben“ sind die verstärkten Aktivitäten (eine Vielzahl von Anträgen und Anfragen) der extremen Rechten mit dem Hinweis auf ihre parlamentarischen Kontroll- und Oppositionspflichten versehen. Nach ihrer Selbsteinschätzung sind sie schließlich „die Einzigen“, die sich ernsthaft um die Sorgen und Probleme der (deutschen) Bürgerinnen und Bürger kümmern, wodurch ihnen in der „einheimischen Bevölkerung“ ein Vertrauen entgegengebracht und politisch-parlamentarische Kompetenz bescheinigt würde.

3. Trotz des Strategiewandels der extremen Rechten und der veränderten Selbstinszenierung erweisen sich viele ihrer Fraktionen nach wie vor als „faul, inkompetent und zerstritten“; sie schweigen, zeigen sich überfordert, sind nicht anwesend und verbinden ihre Tätigkeit häufig mit einem unverfrorenen Ausnutzen der materiellen Möglichkeiten ihres Mandats. Ihre Parlaments- und Politikunfähigkeit kommt auch darin zum Ausdruck, dass sie in den kommunalpolitischen Debatten ebenso wie im parlamentarischen Alltagsgeschäft keine Rolle spielen. Wenn überhaupt, dann werden sie höchstens als autoritäre „Ein-Mann-Aktivität“ wahrgenommen und lassen nur bei internen Skandalen in Form von Abspaltungen und Austritten oder bei strafrechtlichen Ermittlungen und Verfahren von sich hören.

4. Mangels innerparteilicher Demokratie, fehlender lebendiger Parteiliebe und einer Kultur abwägender, kompromissorientierter Konfliktlösungen werden Differenzen und Richtungsstreitigkeiten in den rechtsextremen Parteien und Parlamentsfraktionen autoritär „gelöst“; es herrscht eine rigide Anweisungs- und Entscheidungspolitik der Parteiliebe von oben nach unten. Dieses strukturelle Moment findet sich auch in der kommunalen Parlaments- und Alltagsarbeit wieder: Einzelne Personen dominieren und nutzen die parlamentarische Bühne stärker für „Polemik und Demagogie“ oder agieren mit „Seriosität und Geschick“ bzw. in abgestuften Varianten „moderater Parlamentsarbeit und kämpferischer Propaganda“.

5. Die Kommunikation in der parlamentarischen Alltagsarbeit ist durch eine anbiedernde „Selbst-Normalisierungsstrategie“ gekennzeichnet; das Ziel lautet: Anerkennung und Zugehörigkeit. Der Versuch, eine Alternative rechts von der Union darzustellen, wird vor allem bei den „Republikanern“ sichtbar. Hier geht es insbesondere um das Kalkül, bei Abstimmungen gemeinsam mit dem „bürgerlichen Lager“ aufzutreten,

um als „Zünglein an der Waage“ punktuell und wiederkehrend eine entscheidende (quasi Koalitions-)Rolle zu spielen. Als selbst formulierte „verfassungstreue, demokratische Partei“ werden aus diesem Grund von den „Republikanern“ seit 1994 Bündnisse mit DVU und NPD abgelehnt. Auf dem Parteitag im Dezember 1994 hatte Rolf Schlierer, damaliger Fraktionsvorsitzender im Landtag von Baden-Württemberg, die Nachfolge von Franz Schönhuber als Parteivorsitzender angetreten und eine klare Abgrenzungspolitik zu rechtsextremistischen Gruppierungen (ein)gefordert, die intern allerdings bis heute nicht unumstritten ist. So musste Schlierer zuletzt im Oktober 2004 die Öffentlichkeit, aber in erster Linie wohl die Mitglieder seiner eigenen Partei, darauf hinweisen, dass die „Republikaner“ die Teilnahme an einer von DVU und NPD initiierten „rechten Volksfront“, dem sogenannten „Deutschlandpakt“, strikt ablehnen. Dieser Abgrenzungskurs wird jedoch nicht von allen Mitgliedern und Funktionären unterstützt und hat in der Folgezeit zu mehreren Aus- und Übertritten (vor allem in Richtung NPD) geführt. Parteiinterne Streitigkeiten um die politische Ausrichtung der „Republikaner“ hatten sich bereits in den Jahren zuvor negativ auf die Mitgliederzahl ausgewirkt. Von den – nach Angaben der Parteiführung – einst 25 000 Mitgliedern (Ende Dezember 1989) sind der Partei noch etwa 6 000 (2006) geblieben; so hat sich bspw. im Vergleich zum Jahr 1999 (14 000) die Anzahl ihrer Mitglieder nahezu um die Hälfte reduziert (vgl. Backes/Jesse 1996, S. 118; Bundesministerium des Innern 2001, 2007). In der Konkurrenz zu DVU und NPD – im Spannungsfeld von nationalkonservativ bis rechtsextrem – stecken die „Republikaner“, fast 25 Jahre nach ihrer Gründung im Jahr 1983, in einer tiefen Krise. Ein Mitgliederschwund ist allerdings auch bei der DVU festzustellen, deren Anhängerschaft sich zwischen 1999 und 2006 von geschätzten 17 000 auf etwa 8 500 stark verringert hat. Die NPD konnte im selben Zeitraum ca. 1 000 neue Mitglieder hinzugewinnen und kommt aktuell auf eine Mitgliedschaft von etwa 7 000 Personen; bemerkbar macht sich hier

anscheinend der Zulauf aus der Neonazi-Szene und den sogenannten Kameradschaften (vgl. Bundesministerium des Innern 2000, 2007).

### *Zum parlamentarischen Umgang mit der extremen Rechten*

Aus der Betrachtung des parlamentarischen Auftretens von DVU, NPD und REP wird ersichtlich, dass die demokratischen Parteien mit einer Situation konfrontiert sind, für deren Handhabung es kein allgemeingültiges Patentrezept gibt und auch nicht geben kann. Denn so unterschiedlich sich die extreme Rechte in den Kommunal- und Länderparlamenten präsentiert (und repräsentiert ist), so vielschichtig muss gleichermaßen das Repertoire an Umgangs- und Gegenstrategien sein, um in angemessener Weise auf die jeweilige Situation vor Ort reagieren zu können. Die wiederholten Erfahrungen und Beobachtungen von Politikern, Wissenschaftlern und Journalisten zeigen dies deutlich (vgl. Erdsiek-Rave 1995; Butterwegge/Meier 1997; Schmidt 1997; Hahn 2000; Hafenegger 2000; Affolderbach/Höppner 2005; Ness 2005; Staud 2006; Baier u.a. 2006). Der Umgang mit rechtsextremen Parteien in den Parlamenten weist daher unterschiedliche Strategievarianten auf, wobei die Frage vorangestellt werden muss, „wer die Adressaten der Auseinandersetzung sind und wen diese erreichen soll; ob sie sich primär an die Mandatsträger der extremen Rechten oder an die Öffentlichkeit und an deren durchaus heterogenes und nicht (nur) fest gebundenes Wählerpotential wendet“ (Hafenegger 2000, S. 108).

Im Hinblick auf die Mandatsträger ist davon auszugehen (und das zeigen auch die wiederholten Erfahrungen), dass die Repräsentanten der extremen Rechten durch Argumente nicht (mehr) zu erreichen und zu beeinflussen sind. Lager- und mentalitätsbezogene Einbindungen kommen hier ebenso zum Tragen wie langjährige Verfestigungsprozesse

und biografisch-politische Sozialisationserfahrungen im rechtsextremen Milieu. Jegliche Versuche, neue Einsichten oder gar Einstellungsänderungen zu bewirken, würden am Ende solcher Entwicklungen ansetzen. Das heißt: „Wer sich öffentlich bekennt und kandidiert, wer bereit ist, für rechtsextreme Politik einzustehen und ein Mandat wahrzunehmen, ist an einem weit fortgeschrittenen (und vielleicht auch abgeschlossenen) Prozess seiner politischen Sozialisation (Radikalisierung) bei ethnozentristischen bis hin zu rassistischen Orientierungen angelangt“ (ebd.). Gegenüber demokratiefeindlichen Haltungen, Werten und Regeln muss die parlamentarische Auseinandersetzung weniger auf die Fraktionen und Mandatsträger der extremen Rechten als vielmehr und verstärkt auf die Öffentlichkeit und das anfällige Wählerpotential gerichtet sein. Mit Blick auf die inner- wie außerparlamentarische Situation vor Ort gilt es, die Frage der Zielrichtung zu klären (vgl. Beier u.a. 2006, S. 179): Wie soll die Wählerschaft über den tatsächlichen Charakter der extremen Rechten aufgeklärt werden? Geht es vorrangig darum, den rechtsextremen Stimmenanteil bei der nächsten Wahl zu reduzieren? Soll verhindert werden, dass die Rechten das Parlament als Bühne zur politischen Selbstdarstellung (be)nutzen? Will man mit parlamentarischen Mitteln dazu beitragen, „eine sukzessive einsetzende Normalisierung und Akzeptanz des Rechtsextremismus“ (ebd.) zu verhindern?

Für welche Zielrichtung(en) sich die demokratischen Parteien in den Kommunalparlamenten und Landtagen auch entscheiden mögen bzw. in den vergangenen Jahren entschieden haben, die Beobachtungen und Erfahrungen von Journalisten und demokratischen Politikern sowie die empirischen Befunde politikwissenschaftlicher Analysen zeigen, dass in der politisch-parlamentarischen Auseinandersetzung mit den Mandatsträgern von DVU, NPD und REP auf eine Reihe unterschiedlicher Strategievarianten zurückgegriffen wird, wobei Kombinationen, Überschneidungen und Vermischungen durchaus möglich, teilweise auch üblich sind: „Im

parlamentarischen Umgang pendelt die Suche [...] zwischen schweigend verachten und ignorieren, gelassen bleiben, Entlarvung (die ideologische Maske vom Gesicht reißen) und sicherer, selbstbewusst-dechiffrierender Auseinandersetzung mit deren Themen und Logiken (ohne sich freilich die Agenda vorgeben zu lassen)“ (Hafeneger 2005, S. 37; vgl. auch Hafeneger 2000, S. 110ff.; Staudt 2006, S. 210ff.; Beier u.a. 2006, S. 181ff.).

1. Die Strategie, rechtsextreme Fraktionen und Mandatsträger schweigend zu verachten, auszugrenzen und zu ignorieren, setzt zunächst einen Konsens aller demokratischen Kräfte in einem Kommunalparlament oder Landtag voraus, selbst wenn sie dabei unter Umständen gewisse Abstriche von der eigenen politischen Position machen müssen. Nur wenn ein solcher Schulterchluss zustande kommt, hat ein strategisches Vorgehen auf der Grundlage einer parlamentarischen Geschlossenheit gegenüber Rechtsextremisten und Rechtspopulisten auch Aussicht auf Erfolg.<sup>2</sup> Der basale Konsens zwischen den demokratischen Parteien besteht darin, die im Parlament vertretene rechtsextreme Fraktion auf allen politischen Ebenen zu ignorieren, „rechts liegen“ zu lassen, auszugrenzen, von jeglicher Verantwortung fernzuhalten und ihren parlamentarischen Bewegungsspielraum – soweit dies rechtlich und verfahrenstechnisch möglich ist – zu beschneiden bzw. einzuengen, zum Beispiel indem bestimmte Verfahrensregeln in der Geschäftsordnung geändert oder Anträge und Anfragen in die jeweiligen Ausschüsse verwiesen werden. Das Ziel ist dabei, der extremen Rechten weder eine parlamentarische noch eine öffentlichkeitswirksame Plattform zur Selbstdarstellung zu geben. Ihre Mandatsträger sind auf diese Weise (auch nach außen hin sichtbar) nicht als gleichberechtigte Partner in der politischen Auseinandersetzung anerkannt. Die Ausgrenzung muss jedoch immer rational und sachlich

---

<sup>2</sup> Dass ein „Konsens der Demokraten“ nicht immer so gefestigt ist, wie zuvor von den demokratischen Parteien angekündigt, zeigt die Auseinandersetzung mit der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag (vgl. Affolderbach/Höppner 2005).

begründet werden. Mit populistischem Geschick droht ansonsten die Gefahr, dass sich die Rechtsextremen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern und damit zugleich gegenüber ihren (potentiellen) Wählerinnen und Wählern als „unschuldige Opfer“ der als „Systemparteien“ diffamierten demokratischen Kräfte darstellen und bemitleiden (lassen) können.

2. Die Strategie, gegenüber der extremen Rechten gelassen zu bleiben und mit ihren Vertretern sogar sachbezogen zu diskutieren, hat für die demokratischen Fraktionen zur Folge, dass sie immer wieder – bei Anträgen und Anfragen „von rechts“ – eine quasi normale bzw. sachliche Auseinandersetzung mit den Feinden und Kritikern der freiheitlichen demokratischen Grundordnung suchen müssen. Es entsteht für die demokratischen Parteien das Problem, dass nicht die Rechtsextremen, sondern sie selbst zunehmend unter Druck bzw. Rechtfertigungsdruck bezüglich ihrer ablehnenden Haltung geraten, zum Beispiel wenn erklärt werden muss, warum sie einen zustimmungswürdigen Antrag der rechtsextremen Fraktion abgewiesen haben. Die extreme Rechte wird auf diese Weise in die Lage versetzt, insbesondere lokalpolitisch orientierte Themen für ihre eigenen politischen Zielsetzungen zu instrumentalisieren, als eine strategische Chance zu nutzen. Vor allem die NPD hat dies entdeckt und versucht insbesondere in den neuen Bundesländern, mit lokal- und sachpolitischen Themen und unter dem Deckmantel des bürgernahen Biedermanns eine weniger extremistische Fassade aufzubauen, um in der öffentlichen Wahrnehmung als eine normale national-demokratische Partei zu erscheinen, die sich auf regionaler und kommunaler Ebene parlamentarisch und außerparlamentarisch etablieren kann. Die zurzeit deutlichsten Beispiele hierfür sind die Sächsische Schweiz und Teile Mecklenburg-Vorpommerns.<sup>3</sup>

---

<sup>3</sup> Vgl. Steglich 2005; Beier u.a. 2006; Böttcher 2006; Mobiles Beratungsteam Mecklenburg-Vorpommern 2006; Richter 2006; Borstel 2007; RAA Mecklenburg-Vorpommern e.V. 2007; Staud 2006, 2007.

3. Als Umgangs- und Gegenstrategie geht es bei der selbstbewusst-dechiffrierenden Auseinandersetzung mit den Logiken und Themen der extremen Rechten um die (punktuell und zugleich kontinuierliche) Entlarvung ihrer politischen Zielsetzungen hinter der Fassade einer an- und vorgeblich normalen demokratischen Partei. Mit dieser Vorgehensweise soll den Rechtsextremen die ideologische Maske „vom Gesicht gerissen“ bzw. ihre demokratiefeindliche oder zumindest demokratiekritische Intention für die Bürgerinnen und Bürger sichtbar und verständlich gemacht werden. Die demokratischen Parteien stehen dabei vor der Aufgabe, sich detailliert über die Ideologie und Programmatik der extremen Rechten zu informieren und sich eingehend mit den Inhalten, Zielen und Strategien auseinanderzusetzen. Die politischen Absichten und ideologischen Begründungsmuster der extremen Rechten sollen auf diese Weise offengelegt, aber auch widerlegt werden können. Die Strategie der Entlarvung ist jedoch nicht allein auf den parlamentarischen Umgang mit dem organisierten Rechtsextremismus beschränkt, sondern beinhaltet weiter die Möglichkeiten und Chancen einer Zusammenarbeit mit kommunaler Verwaltung, zivilgesellschaftlichem Engagement und lokalen wie regionalen Medien. Insbesondere die Medien haben hierbei eine wichtige Funktion, da sie vor Ort die Rolle eines Mittlers zwischen Politik und Verwaltung auf der einen Seite und den Bürgerinnen und Bürgern auf der anderen Seite einnehmen (können).

In der Politikwissenschaft wird die Diskussion nicht darüber geführt, „*ob* die aktive Auseinandersetzung gesucht werden muss, sondern *mit welchen Strategien* dem Rechtsextremismus am besten beizukommen ist“ (Beier u.a. 2006, S. 178; kursiv im Original). Die dargestellten Strategievarianten zeigen jedoch ein „grundsätzliches Dilemma“ in der Auseinandersetzung mit der extremen Rechten auf: „Werden sie isoliert und ausgegrenzt, dann gewinnen sie mit Larmoyanz wegen angeblicher Ungerechtigkeit und Arroganz der etablierten Politik möglicherweise wei-

tere Sympathien bei Wählerinnen und Wählern. Bezieht man sie ein und diskutiert mit ihnen, besteht die Gefahr, dass sie durch ihre populistischen Äußerungen an Zuspruch und Sympathie gewinnen. Diese ‚Zwickmühle‘ wissen intelligente Rechte (wie das Beispiel Haider in Österreich zeigt) trefflich zu nutzen“ (Hafenegger 2000, S. 109). In der politischen und parlamentarischen Alltagsarbeit kommt es somit nicht zuletzt auf die Argumente und Überzeugungskraft der demokratischen Parteien an, das heißt auf ihre Antworten bezüglich der gegenwärtigen gesellschaftlichen Prozesse, Krisen und Ängste. Zum Themenkanon der extremen Rechten gehören schließlich vor allem aktuelle soziale Problemlagen sowie gesellschaftliche Widersprüche und Orientierungsverluste (Arbeitsmarkt, Armut, Neoliberalismus, Europäisierung, Globalisierung, Auflösung sozialer Milieus etc.), die in der politischen Auseinandersetzung mit gezielten Tabubrüchen als Stilmittel ergänzt werden. Die demokratischen Kräfte müssen hier verständliche, für die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbare Antworten auf berechnete Fragen und Sorgen geben, ohne dabei die autoritär-nationalistischen Parolen und Lösungsangebote der extremen Rechten unwidersprochen zu lassen oder sich gar selbst ihrer zu bedienen, und sei es auch nur teilweise oder in unmittelbarer, einer „gefährlichen“ Nähe zu ihnen (vgl. Butterwegge/Meier 1997; Hafenegger 2000, 2005; Staud 2006; Beier u.a. 2006; Böttcher 2006).

## 2. Erkenntnisinteresse und Anlage der Untersuchung

Die bisherigen Erkenntnisse über Strategien in der politischen Auseinandersetzung mit der extremen Rechten beruhen in erster Linie auf den empirischen Ergebnissen einiger weniger Studien zur kommunalen (parlamentarischen) Alltagsarbeit rechtsextremer Fraktionen und Mandatsträger. Das Erkenntnisinteresse dieser Studien gilt dabei weniger den Umgangs- und Gegenstrategien der demokratischen Parteien als vielmehr der inner- und außerparlamentarischen Repräsentanz von DVU, NPD und REP auf kommunaler und Länderebene. Hinweise und Empfehlungen zu möglichen sowie angemessenen Verhaltensweisen finden sich allenfalls in den abschließenden Kapiteln der vorgelegten Werke, als Schlussfolgerungen aus den empirischen Ergebnissen (vgl. Hafenecker 2000; Staud 2006; Beier u.a. 2006). Wie bereits der Blick auf den Forschungsstand gezeigt hat, steht ein wissenschaftlicher Beitrag über die kommunalen (parlamentarischen) Strategievarianten der demokratischen Fraktionen und Mandatsträger im Umgang mit der extremen Rechten noch aus (vgl. Kap. 1).

Das Erkenntnisinteresse der vorliegenden Untersuchung richtet sich daher auf eben diese Umgangs- und Gegenstrategien in der politisch-parlamentarischen Auseinandersetzung mit Vertretern rechtsextremistischer und rechtspopulistischer Parteien, ohne jedoch zivilgesellschaftliche Akteure und Projekte einer Stadt bzw. Gemeinde außer Acht zu lassen. Beide Felder kommunalpolitischen Engagements stehen schließlich nicht in Konkurrenz zueinander, sondern ergänzen und beeinflussen sich in der Regel gegenseitig. Die Breite und die Intensität dieser Auseinanderset-

zung mit dem organisierten Rechtsextremismus sind zugleich ein Gradmesser für die Qualität der lokalen Demokratie als politisch-sozialer Interaktionsraum, innerhalb dessen sich Umgangs- und Gegenstrategien entwickeln, erproben und letztlich auch überprüfen lassen können. Hinweise für die kommunale Politik sowie Konsequenzen für die lokale Demokratie eröffnen einen „differenzierenden Blick“ auf die verschiedenen politischen Strategievarianten, der die jeweilige Situation vor Ort berücksichtigt und in die Analyse mit einschließt.

Eine derartige ausdifferenzierte Betrachtung von Umgangs- und Gegenstrategien steht im Mittelpunkt dieser Studie. Dabei geht es vor allem um die Betrachtung derzeitiger Formen des parlamentarischen Umgangs der demokratischen Parteien mit den Fraktionen und Mandatsträgern der extremen Rechten und um die Frage, wie die Auseinandersetzung mit ihnen angemessen geführt werden kann. Der empirische Blick auf ausgewählte Städte und Gemeinden in Regionen, wo die extreme Rechte parlamentarisch vertreten und sichtbar politisch aktiv ist, soll Aufschluss darüber bringen, wie eine (erfolgreiche) Auseinandersetzung mit dem organisierten Rechtsextremismus aussieht bzw. aussehen kann. Die Auswahl der entsprechenden Kommunen erfolgte im Hinblick auf die Höhe der Wahlergebnisse für eine rechtsextreme Partei in der jeweiligen Stadt oder Gemeinde. Als Untersuchungsfeld der empirischen Analyse wurden die Gemeinden Ehringshausen und Wölfersheim in Mittelhessen, die Städte Ludwigshafen und Pirmasens in der Pfalz, die Städte Königstein und Sebnitz in der Sächsischen Schweiz sowie die beiden Hansestädte Stralsund und Anklam in Vorpommern ausgewählt, womit neben der Berücksichtigung regionaler Besonderheiten auch Vergleiche zwischen den (ost- und westdeutschen) Regionen möglich sind (vgl. Abb. 1).

Mit dem formulierten Erkenntnisinteresse, sowohl die kommunalen politischen Strategien gegen die extreme Rechte als auch die Qualität

Abb. 1: Geographische Lage der untersuchten Städte und Gemeinden in der Bundesrepublik Deutschland



dieser Auseinandersetzung sowie deren Folgen für die lokale Demokratie zu untersuchen, ist diese Studie als qualitative Analyse angelegt. Hinsichtlich der Verfahrensweise für die Datenerhebung wurde auf eine Form des qualitativen Interviews zurückgegriffen, die sich der Unterstützung eines Leitfadens bedient. Damit wird dem Interviewpartner genügend Raum zum freien Erzählen gelassen und die „Akteursperspektive“ in den Mittelpunkt der empirischen Untersuchung gestellt. Eine derartige Erhebungsmethode ist das sogenannte problemzentrierte Interview, bei dem sich der Interviewer an einem mehr oder weniger strukturierten Leitfaden orientiert, der ihm hilft, zentrale Aspekte des „Problems“ im Laufe des Gesprächs zu thematisieren. Auf diese Weise kann der Befragte die ihm wichtigen thematischen Aspekte ausführen, während für den Interviewer die Möglichkeit besteht, das Gespräch durch gezieltes (Nach-)Fragen zu steuern und zu vertiefen. Die Interviewführung selbst ist dadurch gekennzeichnet, dass sie sowohl erzähl- als auch verständnisgenerierende Kommunikationsstrategien beinhaltet, indem bspw. der Gesprächseinstieg oder auch allgemeine Sondierungen und Ad-hoc-Fragen durch Spiegelungen, Verständnisfragen und Konfrontationen ergänzt werden (vgl. Witzel 1998, 2000; Flick 2002, S. 134ff.).

Als Interviewpartner haben wir uns für die Fraktionsvorstände der beiden großen Volksparteien SPD und CDU entschieden, um neben einer „doppelten Akteursperspektive“ auf die jeweilige Stadt oder Gemeinde auch eine möglichst hohe (politische) Vergleichbarkeit der acht Kommunen zu erreichen. In den Monaten Mai und Juni dieses Jahres wurden insgesamt 16 problemzentrierte, halbstrukturierte Interviews mit den Vertretern der Fraktionsvorstände von SPD und CDU durchgeführt und diese in Bezug auf ihre Beobachtungen, Erfahrungen und Strategien in der Auseinandersetzung mit den Mandatsträgern der NPD (Mittelhessen, Sächsische Schweiz, Vorpommern) bzw. der „Republikaner“ (Pfalz) befragt. Die einzelnen Interviews waren dabei von unterschiedlicher

Länge und dauerten zwischen 30 und 70 Minuten. Im Hinblick auf die anstehende qualitative Datenanalyse wurde jedes Gespräch mit Einwilligung der Befragten digital aufgezeichnet und später transkribiert. Der entsprechend des gewählten methodischen Vorgehens „flexibel“ gehandhabte Gesprächsablauf orientierte sich an einem Interviewleitfaden aus insgesamt 21 Detailfragen zu sieben Themenbereichen (siehe Anhang; vgl. auch Kap. 4.1ff.):

1. Wahlerfolg und Auftreten der extremen Rechten in der Stadt/Gemeinde
2. Wahrnehmung der extremen Rechten im Kommunalparlament
3. Umgang der demokratischen Parteien mit der extremen Rechten im Parlament
4. Änderungen der „parlamentarischen Spielregeln“
5. Wahrnehmung der parlamentarischen Auseinandersetzung mit der extremen Rechten in der Bevölkerung nach Einschätzung der demokratischen Parteien
6. Zivilgesellschaftliches Engagement in der Stadt/Gemeinde
7. Maßnahmen gegen die extreme Rechte aus Sicht der demokratischen Parteien.

Die Auswertung der Interviews erfolgt mittels des Computerprogramms MAXqda, das im Institut für Erziehungswissenschaft der Philipps-Universität Marburg für die Analyse qualitativer Daten entwickelt wurde (vgl. Kuckartz 2005). Als Auswertungsverfahren kommt dabei das sogenannte thematische Codieren zur Anwendung, mit dem sich das Datenmaterial problem- bzw. themenzentriert codieren und vertiefend analysieren lässt (vgl. Hopf/Schmidt 1993; Hopf u.a. 1995). Mit dieser Methode erfolgt die Zuordnung des Materials zu bestimmten, größtenteils vorher festgelegten Auswertungskategorien, wie sie sich auch im Interviewleitfaden wiederfinden. Beim Auswertungsprozess geht es zu-

nächst darum, die entwickelten Kategorien (inklusive der Subkategorien) als Codes zu definieren. Interviewpassagen, die explizit oder implizit Informationen zu den Kategorien enthalten, können daraufhin entsprechend zugeordnet werden. Nach Abschluss des Codiervorgangs stehen damit die Häufigkeiten der Kategorieausprägungen ohne weitere Suche und erneutes Auszählen zur Verfügung (vgl. Kuckartz 2005, S. 93f.). Die erfassten Segmente lassen sich dabei in verschiedener Weise zusammensetzen. So kann die Auswahl für nur einen oder auch für mehrere Codes erfolgen. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, nach Überlappungen codierter Textsegmente zu suchen oder hinsichtlich bestimmter Kriterien eine Teilmenge von Texten auszuwählen. Diese Grundform der computergestützten Datenanalyse wird in der qualitativen Forschung auch als „Text-Retrieval“ bezeichnet (vgl. ebd., S. 111ff.). Fallübersichten und Kreuztabellen können mit diesem Verfahren relativ einfach erstellt werden, um Häufigkeiten und Zusammenhänge der Kategorien zu dokumentieren. Diese Anwendungsfelder haben in Teilen auch Eingang in die hier vorgenommene Interviewauswertung gefunden (vgl. Kap. 4).

### 3. Das Untersuchungsfeld – Kommunale Strukturdaten und politische Situation

Das Untersuchungsfeld der Studie bilden je zwei Städte bzw. Gemeinden in Mittelhessen, der Pfalz, der Sächsischen Schweiz und Vorpommern. Für die Studie wurden solche Kommunen ausgewählt, in denen die Parteien der extremen Rechten politische Mandatsträger stellen und damit eine parlamentarische Präsenz aufweisen. Der Blick auf das Untersuchungsfeld soll Aufschluss über die wirtschaftliche, soziale und politische Situation in den untersuchten Städten und Gemeinden geben. Es werden dafür neben den jeweiligen Wahlergebnissen auch bestimmte sozialstrukturelle Merkmale der Kommunen betrachtet, die sowohl in der Forschung als auch in der öffentlichen Diskussion immer wieder mit dem Wahlerfolg rechtsextremistischer und rechtspopulistischer Parteien in Zusammenhang gebracht werden:<sup>4</sup>

- Bevölkerungsentwicklung
- Ausländeranteil<sup>5</sup>
- Arbeitslosenquote
- Wahlbeteiligung

#### 3.1 Ehringshausen und Wölfersheim in Mittelhessen

Die Gemeinden Ehringshausen und Wölfersheim befinden sich geografisch in der Mitte des Bundeslandes Hessen, am nördlichen Rand der

---

<sup>4</sup> Die statistischen Angaben in diesem Kapitel wurden den offiziellen Veröffentlichungen der jeweiligen Städte, Gemeinden und Landkreise sowie dem „interaktiven Atlas zur Regionalstatistik“ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder (<http://www.destatis.de/onlineatlas>) entnommen.

<sup>5</sup> Als „Ausländer“ bezeichnen wir Einwohner/innen ohne deutsche Staatsangehörigkeit.

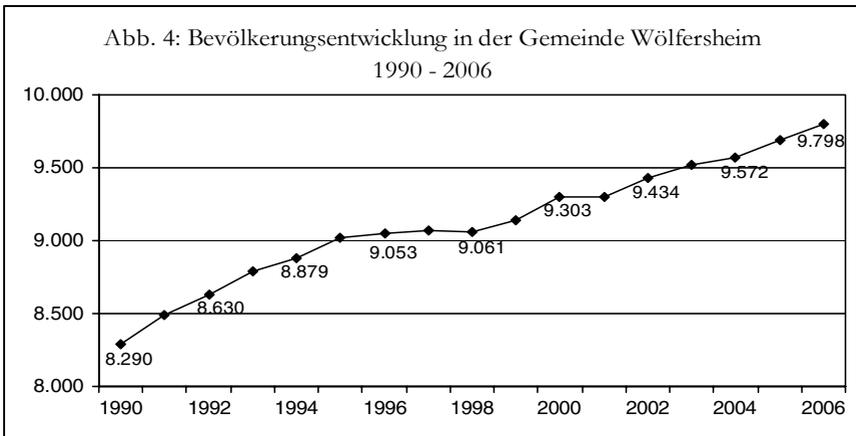
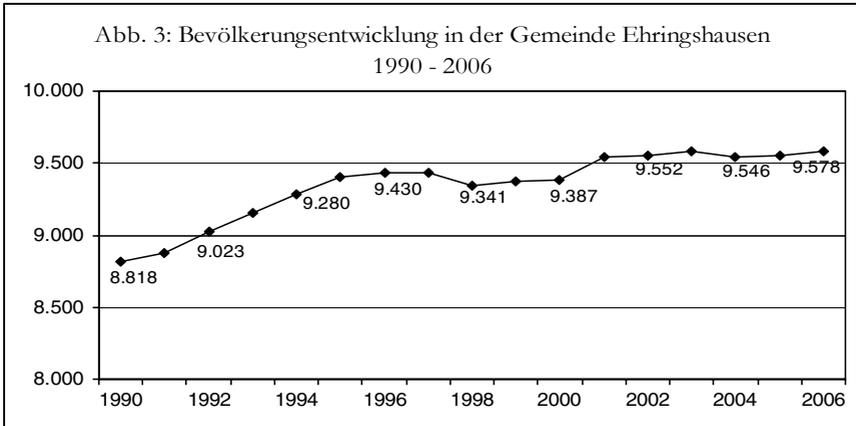
„Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main“ (vgl. Abb. 2). Die Gemeinde Ehringshausen zählt gut 9 500 Einwohner (2006) und liegt mit ihren neun Ortsteilen im Lahn-Dill-Kreis, zwischen Herborn und der Kreisstadt Wetzlar. Die Gemeinde Wölfersheim besteht aus fünf Ortsteilen mit etwa

Abb. 2: Geographische Lage der Gemeinden Ehringshausen und Wölfersheim im Bundesland Hessen



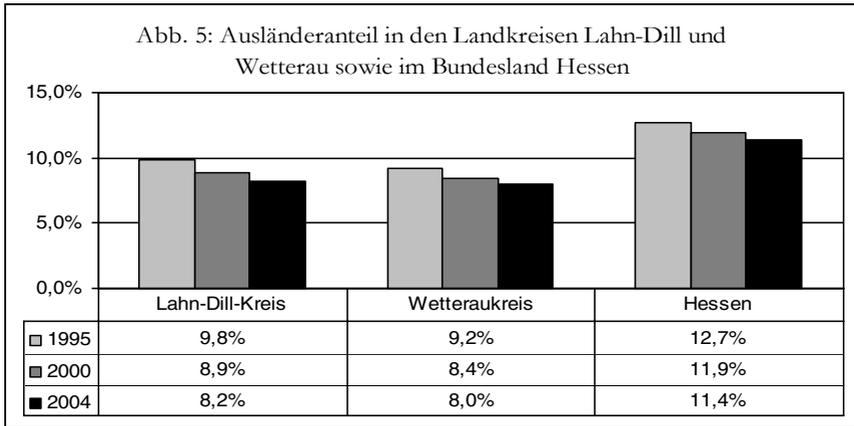
9 800 Einwohnern (2006), die nordöstlich der Kreisstadt Friedberg inmitten der Wetterau liegen, zwischen dem Vogelsberg im Osten und dem Taunus im Westen. Die günstige Verkehrsanbindung durch die Bundesautobahnen A 5 und A 45 sowie durch die Bahnstrecke Siegen – Gießen – Frankfurt hat in den vergangenen Jahrzehnten unter anderem dazu geführt, dass die Einwohnerzahlen beider Gemeinden deutlich gestiegen sind. Viele Menschen, die im Rhein-Main-Gebiet einer Beschäftigung nachgehen, haben den Lahn-Dill-Kreis, aber vor allem den nah gelegenen Wetteraukreis für sich und ihre Familien als attraktive Wohnorte entdeckt, die ein kostengünstigeres und ruhigeres Leben als in der Großstadt ermöglichen, ohne jedoch von dieser allzu weit weg zu sein. Nach Frankfurt sind es von Wölfersheim ungefähr 40 Kilometer, und eine halbe Stunde dauert die Fahrt mit der Regionalbahn. Ehringshausen liegt ca. 80 Kilo-

meter und etwa eine Stunde Bahnfahrt von der Main-Metropole entfernt. Nicht zuletzt wegen der hohen Wohn- und Lebensqualität stieg zwischen 1990 und 2006 die Einwohnerzahl in Ehringshausen um 8,6 %, in Wölfersheim sogar um 18,2 % (vgl. Abb. 3 und Abb. 4).



Im Gegensatz zu den Bevölkerungszahlen ist der Ausländeranteil in den Landkreisen Lahn-Dill und Wetterau sowie im Bundesland Hessen insgesamt seit Mitte der 1990er Jahre rückläufig. Hatten 1995 noch

9,8 % der Einwohner im Lahn-Dill-Kreis und 9,2 % im Wetteraukreis keine deutsche Staatsangehörigkeit, waren es im Jahr 2004 nur mehr gut

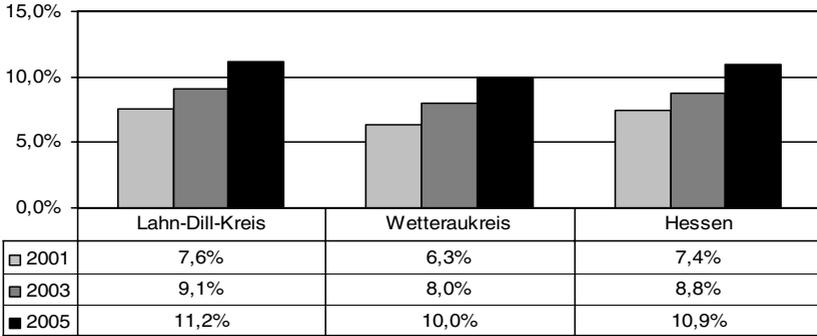


8 %. Der Anteil der in Hessen lebenden Ausländer ging um fast eineinhalb Prozentpunkte auf 11,4 % zurück. Damit lag der Ausländeranteil an der Bevölkerung des Lahn-Dill-Kreises wie auch des Wetteraukreises deutlich unter dem Landesdurchschnitt (vgl. Abb. 5).

Eine andere Entwicklung zeigt sich in Bezug auf die Arbeitslosenzahlen der untersuchten Kommunen, die in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen sind. Auf Kreis- und Landesebene hatte die Arbeitslosigkeit im Zeitraum 2001 bis 2005 um jeweils gut dreieinhalb Prozentpunkte zugenommen. Die Arbeitslosenquote im Lahn-Dill-Kreis lag dabei knapp über, im Wetteraukreis knapp unter dem hessischen Landesmittel (vgl. Abb. 6).

Mit dem Anstieg der Arbeitslosigkeit hat zugleich die Wahlbeteiligung ebenso stetig wie deutlich nachgelassen. Im Vergleich der Kommunalwahlen 1997 und 2006 ist die Bereitschaft zur politischen Partizipation in der Gemeinde Wölfersheim und im Wetteraukreis von fast 70 % auf

Abb. 6: Arbeitslosenquote in den Landkreisen Lahn-Dill und Wetterau sowie im Bundesland Hessen



knapp unter 50 % gesunken. Im Lahn-Dill-Kreis ist ein Rückgang von 62,7 % auf nur noch gut 40 % bei der letzten Kommunalwahl zu verzeichnen. Einzig in der Gemeinde Ehringshausen sind jeweils – wenn auch auf niedrigem, aber doch relativ konstantem Niveau – knapp über 50 % der Bürgerinnen und Bürger zur Wahl gegangen (vgl. Abb. 7 und Abb. 8).

Abb. 7: Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen in der Gemeinde Ehringshausen und im Landkreis Lahn-Dill

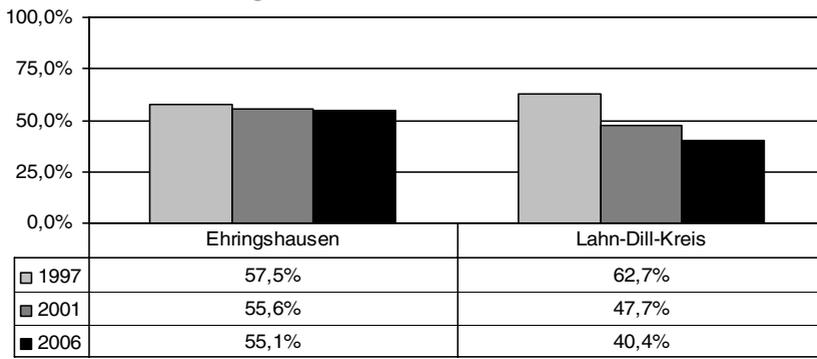
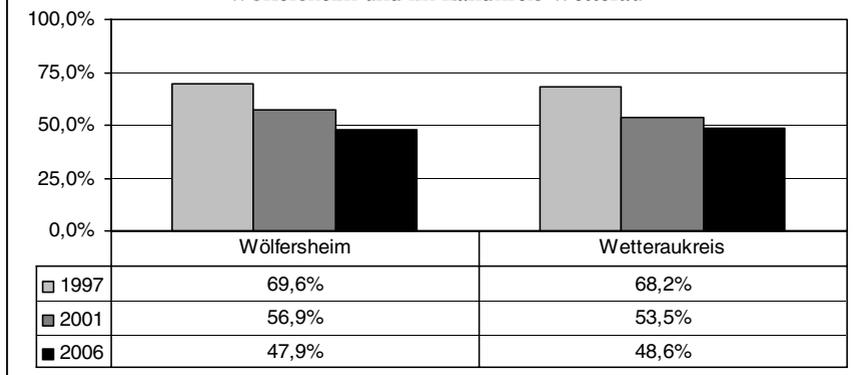
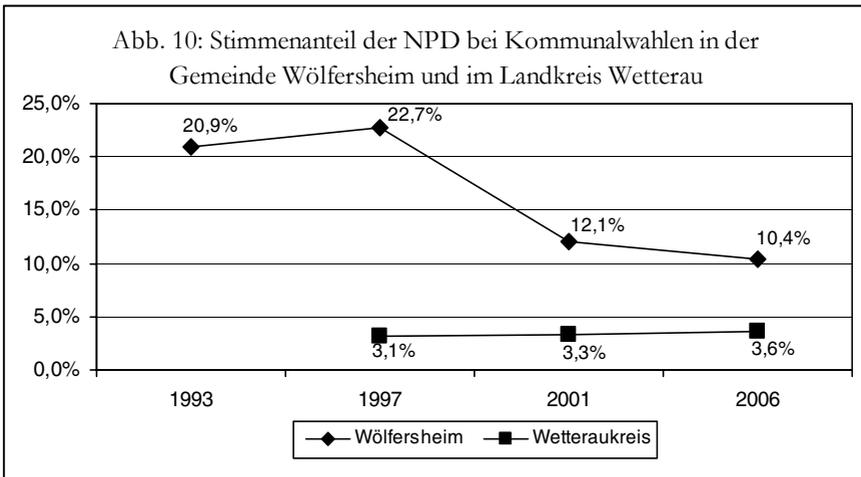
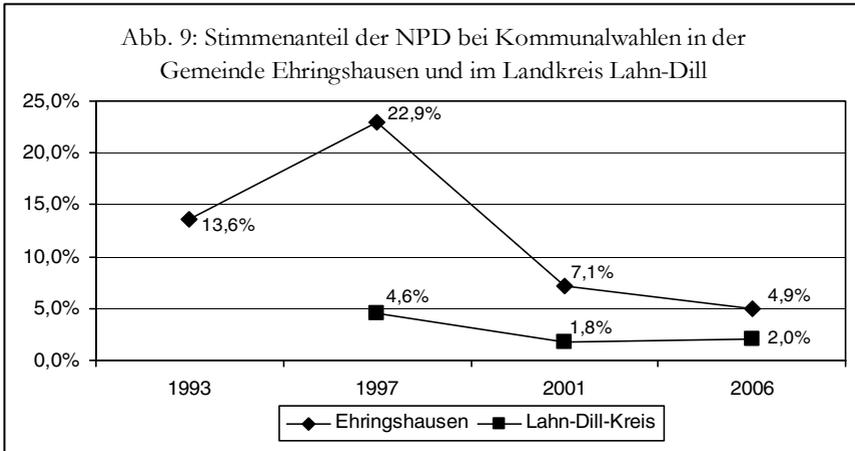


Abb. 8: Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen in der Gemeinde Wölfersheim und im Landkreis Wetterau



Die Wahlerfolge von rechtsextremen Parteien – so eine Position in der Wissenschaft und der Politik – dürften mit der gestiegenen Arbeitslosigkeit und der gesunkenen Wahlbeteiligung zusammenhängen. Der Blick auf die Stimmengewinne und -verluste der NPD in den Gemeinden Ehringshausen und Wölfersheim sowie in den jeweiligen Landkreisen gibt im Zeitverlauf seit Anfang der 1990er Jahre jedoch eine andere Entwicklung zu erkennen (vgl. Abb. 9 und Abb. 10). Ihren Stimmenanteil von 13,6 % bzw. 20,9 % aus dem Jahr 1993 hatte die NPD bei der Kommunalwahl 1997 in beiden Gemeinden auf annähernd 23 % steigern können. Vier Jahre später verlor sie dann jedoch in Wölfersheim gut 10 %, in Ehringshausen fast 16 %. Bei den letzten Kommunalwahlen im Jahr 2006 erreichte die NPD somit in Wölfersheim zwar knapp, aber doch immerhin ein zweistelliges Ergebnis. In Ehringshausen rutsche sie dagegen unter die Fünf-Prozent-Marke, die jedoch in Hessen ohne Bedeutung ist, da es bei Kommunalwahlen keine Sperrklausel gibt, mit der ein Mindeststimmenanteil für den Parlamentseinzug vorgeschrieben wird. Auch auf Kreisebene konnte die Partei ein paar Mandate erringen, blieb aber sowohl in Lahn-Dill als auch in der Wetterau unterhalb der Fünf-Prozent-

Marke. Insgesamt sind die Stimmenanteile der extremen Rechten bei Kommunalwahlen in Hessen stark zurückgegangen, und das gleichermaßen für NPD wie „Republikaner“.



Zur politischen Situation in Ehringshausen ist festzustellen, dass neben der NPD auch die Sozialdemokraten bei der Kommunalwahl 2006 deutliche Stimmenverluste hinnehmen mussten. Die SPD als ehemals stärkste Kraft verlor gut fünfeneinhalb Prozentpunkte und zwei Mandate, während die NPD gut zwei Prozentpunkte einbüßte, aber dennoch ihre beiden Mandate behielt. In der Gemeindevertretung koalieren SPD und CDU, so dass beide zusammen auf einen Stimmenanteil von über 70 % kommen und somit 22 der insgesamt 31 Mandatsträger stellen. Die Freie Wählergemeinschaft hat sieben, die NPD zwei Sitze (vgl. Tab. 1).

Tab. 1: Wahlergebnisse der Kommunalwahlen 2001 und 2006 in der Gemeinde Ehringshausen			
	2006 in % (Mandate)	2001 in % (Mandate)	Veränderung in %-Punkte (Mandate)
CDU	36,4 (11)	30,3 (9)	+6,2 (+2)
SPD	35,4 (11)	41,0 (13)	-5,6 (-2)
FWG	23,3 (7)	21,6 (7)	+1,7 (±0)
NPD	4,9 (2)	7,1 (2)	-2,2 (±0)

In Wölfersheim verfügt die SPD über eine stabile absolute Mehrheit mit Wahlergebnissen von über 50 %. Zweitstärkste Kraft ist die CDU, die bei den letzten Kommunalwahlen Ergebnisse um 20 % erzielte. An dritter Stelle folgt bereits die NPD, die nach Resultaten von über 20 % in den Jahren 1993 und 1997 nur mehr auf Stimmenanteile von knapp über 10 % kommt. Bei den übrigen Fraktionen in der Gemeindevertretung handelt es sich um eine Freie Wählergemeinschaft und um die Grünen, die sich bei der Kommunalwahl 2006 auf drei Mandate verbessern konnten und damit einen Sitz mehr als die FWG haben (vgl. Tab. 2).

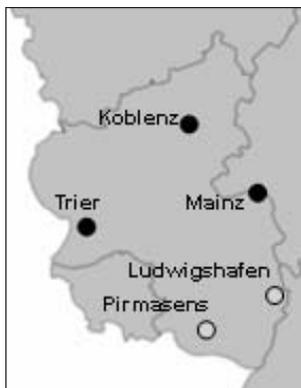
Tab. 2: Wahlergebnisse der Kommunalwahlen 2001 und 2006  
in der Gemeinde Wölfersheim

	2006 in % (Mandate)	2001 in % (Mandate)	Veränderung in %-Punkte (Mandate)
SPD	53,3 (17)	52,5 (16)	+0,8 (+1)
CDU	20,4 (6)	22,7 (7)	-2,3 (-1)
NPD	10,4 (3)	12,6 (4)	-1,7 (-1)
Grüne	8,2 (3)	5,8 (2)	+2,4 (+1)
FWG	7,8 (2)	6,9 (2)	-0,9 (±0)

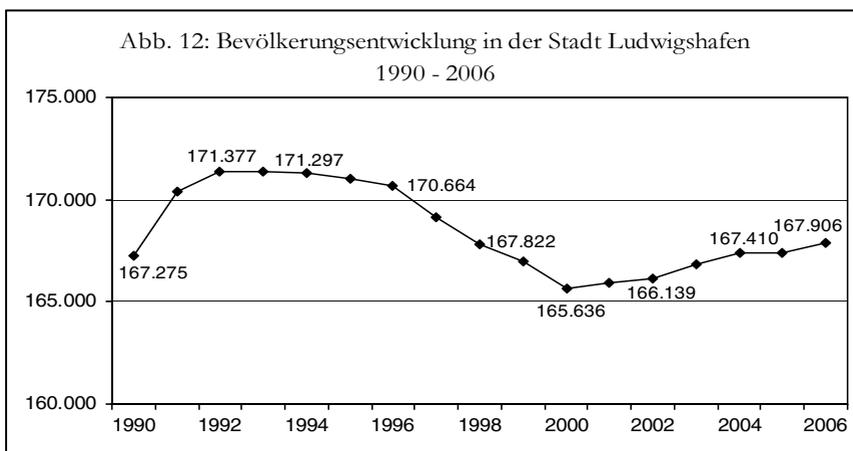
### 3.2 Ludwigshafen und Pirmasens in der Pfalz

Die beiden kreisfreien Städte Ludwigshafen und Pirmasens liegen im südlichen Teil des Bundeslandes Rheinland-Pfalz (vgl. Abb. 11). Ludwigshafen mit seinen derzeit knapp 170 000 Einwohnern (2006) befindet sich im Osten der Pfalz und zugleich inmitten der „Metropolregion

Abb. 11: Geographische Lage der Städte Ludwigshafen und Pirmasens  
im Bundesland Rheinland-Pfalz

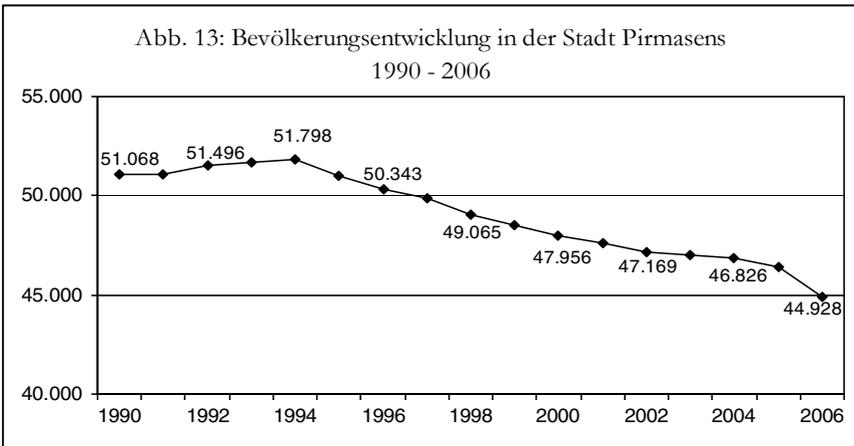


Rhein-Neckar“, in der neben einer Vielzahl erfolgreicher Industrie- und Dienstleistungsunternehmen auch zahlreiche inner- wie außeruniversitäre Forschungseinrichtungen beheimatet sind. Die Stadt selbst ist unmittelbar am Rhein gelegen, direkt gegenüber der baden-württembergischen Stadt Mannheim, die gut doppelt so viele Einwohner aufweist. Als zentraler Wirtschaftsstandort in der Region, insbesondere mit Blick auf die Chemieindustrie (BASF), ist die Bevölkerungszahl Ludwigshafens im Verlauf der Jahre 1990 bis 2006 relativ konstant geblieben (+ 0,7 %), auch wenn es zwischendurch einige, für eine Großstadt aber geringfügige Schwankungen gab (vgl. Abb. 12).



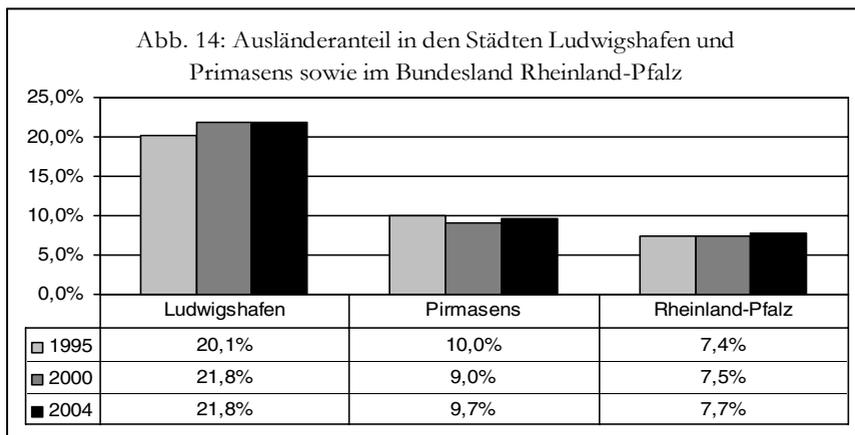
Im selben Zeitraum hat dagegen die Stadt Pirmasens einen Verlust von fast 14 % ihrer Einwohner zu verzeichnen. Die Zahl sank von rund 51 000 Einwohner im Jahr 1990 auf nur mehr knapp 45 000 im Jahr 2006 (vgl. Abb. 13). Vor allem durch den Weg- und damit verbundenen Niedergang der Schuhindustrie, die in der ebenso wirtschaftlich wie verkehrstechnisch strukturschwachen Westpfalz ein bedeutsamer und wichtiger Beschäftigungsfaktor war, haben viele Menschen nicht nur der gut 35 Kilome-

ter südlichwestlich von Kaiserslautern gelegenen Stadt, sondern gleich der ganzen Region den Rücken gekehrt und sind zur Arbeitssuche unter anderem in die prosperierende „Metropolregion“ an Rhein und Neckar gezogen. Vor allem junge Leute zieht es zu Studium und Ausbildung weg aus Pirmasens und hin in die Groß- oder Universitätsstädte wie Mainz, Mannheim, Heidelberg oder Stuttgart. Mit Blick auf die negative Bevölkerungsentwicklung und in Anbetracht einer relativ schlechten wirtschaftlichen Lage ist die Situation in der Westpfalz also durchaus vergleichbar mit der in vielen ostdeutschen Regionen, zum Beispiel in der Sächsischen Schweiz oder in Vorpommern (vgl. Kap. 3.3 und Kap. 3.4).



Anders als in Ostdeutschland fällt der Ausländeranteil in den beiden rheinland-pfälzischen Städten deutlich höher aus, wenn auch auf unterschiedlich hohem Niveau. In Ludwigshafen hat jeder fünfte Einwohner keine deutsche Staatsbürgerschaft; die Rate lag in den Jahren 2000 und 2004 bei annähernd 22 % und ist somit im Vergleich zum Jahr 1995 um fast zwei Prozentpunkte gestiegen. In Pirmasens ist der Ausländeranteil seit Mitte der 1990er Jahre mit rund 10 % stabil geblieben. Mit ihrem

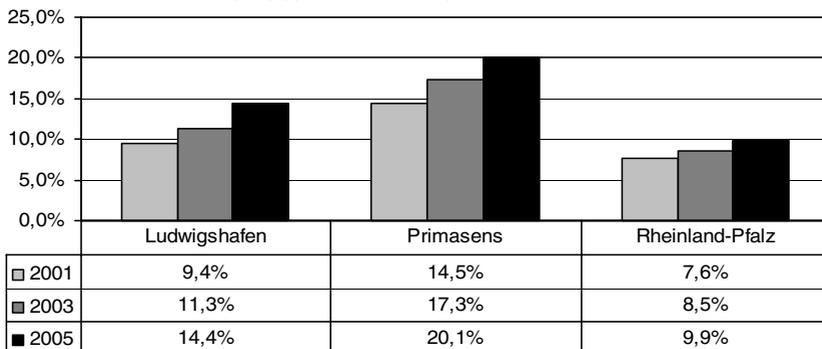
jeweiligen Anteil ausländischer Bürgerinnen und Bürger liegen beide Städte über dem Landesmittel von rund 7,5 % im Zeitraum 1995 bis 2006 (vgl. Abb. 14). In Ludwigshafen fällt dieser Unterschied außerordentlich deutlich aus, was jedoch mit der Siedlungsstruktur des Bundeslandes Rheinland-Pfalz zusammenhängen dürfte, das nur wenige (Groß-)Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern aufzuweisen hat.



Die Arbeitslosenquote in den Städten Ludwigshafen und Pirmasens ist im Zeitraum 2001 bis 2005 überdurchschnittlich zum gesamten Bundesland Rheinland-Pfalz (+ 2,3 %-Punkte) gestiegen. In Ludwigshafen betrug die Erhöhung genau fünf, in Pirmasens rund fünfeinhalb Prozentpunkte. Die im Vergleich zur „Metropolregion Rhein-Neckar“ schlechtere wirtschaftliche Situation in der Westpfalz wird hierin sichtbar. Während in Pirmasens die Arbeitslosenquote für das Jahr 2005 bei rund 20 % lag, erreichte die Zahl der arbeitslos gemeldeten Personen in Ludwigshafen einen vergleichsweise geringen Anteil von 14,4 % (vgl. Abb. 15).

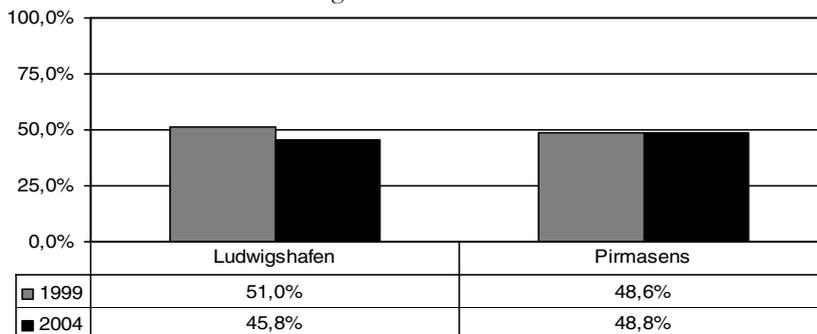
Die Wahlbeteiligung bei den Kommunalwahlen 1999 und 2004 ist in Ludwigshafen von 51,0 % auf einen noch niedrigeren Wert von 45,8 %

Abb. 15: Arbeitslosenquote in den Städten Ludwigshafen und Pirmasens sowie im Bundesland Rheinland-Pfalz



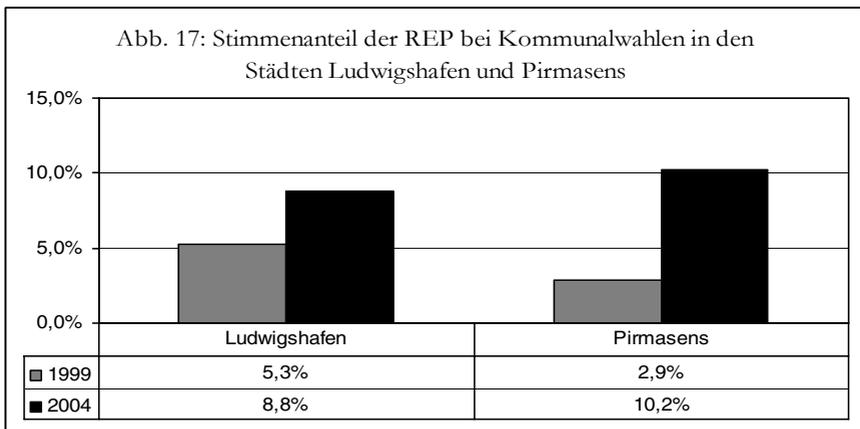
gesunken. Auch in Pirmasens hat jeweils weniger als die Hälfte der Wahlberechtigten ihre Stimme abgegeben. Die Wahlbeteiligung hatte hier in beiden Jahren einen Wert von knapp unter 50 % (vgl. Abb. 16).

Abb. 16: Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen in den Städten Ludwigshafen und Pirmasens



Während in Ludwigshafen die Wahlbeteiligung bei der Kommunalwahl 2004 um rund fünf Prozentpunkte zurückging, stieg der Stimmenanteil für die „Republikaner“ um dreieinhalb Punkte auf 8,8 %, der ihnen

zwei zusätzliche Sitze und damit insgesamt fünf Mandate im Stadtrat einbrachte. Großer Verlierer der Wahl waren die Sozialdemokraten, die mehr als acht Prozentpunkte und fünf Sitze einbüßen mussten. Stimmen hinzugewinnen konnte neben den „Republikanern“ vor allem die Freie Wählergemeinschaft, die mit 5,5 % in den Rat der Stadt einzog. In einem geringeren Maße von jeweils gut eineinhalb Prozentpunkten verzeichneten auch FDP und Grüne einen leichten Zugewinn (vgl. Abb. 17 und Tab. 3).



In Pirmasens konnten die „Republikaner“ bei der Kommunalwahl 2004 noch deutlicher zulegen als in Ludwigshafen. Ihr Wahlergebnis aus dem Jahr 1999 konnten sie gleich um mehr als sieben Prozentpunkte verbessern und damit erstmalig in den Stadtrat einziehen. Mit einem Stimmenanteil von 10,2 % und fünf Mandaten gelang ihnen ein ebenso hoher wie unerwarteter Wahlerfolg. Die im rheinland-pfälzischen Kommunalwahlrecht festgeschriebene Sperrklausel von 3,03 % konnte die Partei also ohne Probleme überwinden.<sup>6</sup> Die großen Verlierer der Kommunal-

<sup>6</sup> Für die Sitzverteilung werden nur jene Wahlvorschläge berücksichtigt, die mindestens ein Drei- unddreißigstel der insgesamt abgegebenen gültigen Stimmen erhalten haben (3,03%); dies gilt auch für die Wahlvorschläge in einer Listenverbindung (vgl. <http://www.wahlrecht.de/kommunal/rheinlandpfalz.html>).

wahl waren auch in Pirmasens die Sozialdemokraten, die Verluste im zweistelligen Bereich (– 11,4 %) hinnehmen mussten. Mit Ausnahme der FDP, die ihren bisherigen Sitz im Stadtrat verlor, konnten die anderen Parteien, allen voran REP, FWG und PDS, ihre Stimmenanteile im Vergleich zur Kommunalwahl 1999 erhöhen (vgl. Abb. 17 und Tab. 4). Zur

Tab. 3: Wahlergebnisse der Kommunalwahlen 1999 und 2004  
in der Stadt Ludwigshafen

	2004 in % (Mandate)	1999 in % (Mandate)	Veränderung in %-Punkte (Mandate)
CDU	42,9 (26)	42,9 (26)	±0,0 (±0)
SPD	32,6 (20)	41,2 (25)	-8,6 (-5)
REP	8,8 (5)	5,3 (3)	+3,5 (+2)
Grüne	6,0 (4)	4,3 (3)	+1,7 (+1)
FDP	4,1 (2)	2,4 (0)	+1,7 (+2)
FWG	5,5 (2)	--	+5,5 (+2)

Tab. 4: Wahlergebnisse der Kommunalwahlen 1999 und 2004  
in der Stadt Pirmasens

	2004 in % (Mandate)	1999 in % (Mandate)	Veränderung in %-Punkte (Mandate)
CDU	46,0 (21)	47,8 (22)	+1,8 (-1)
SPD	23,8 (11)	35,2 (16)	-11,4 (-5)
FWG	10,8 (5)	7,1 (3)	+3,7 (+2)
REP	10,2 (5)	2,9 (0)	+7,3 (+5)
Grüne	4,3 (2)	4,0 (2)	+0,3 (±0)
PDS	2,6 (0)	--	+2,6 (±0)
FDP	2,5 (0)	3,1 (1)	-0,6 (-1)

politischen Mehrheitsbildung im Stadtrat besteht sowohl in Pirmasens als auch in Ludwigshafen eine Koalition zwischen CDU und SPD, wobei die Christdemokraten darüber hinaus den Oberbürgermeister in Pirmasens und die Oberbürgermeisterin in Ludwigshafen stellen.

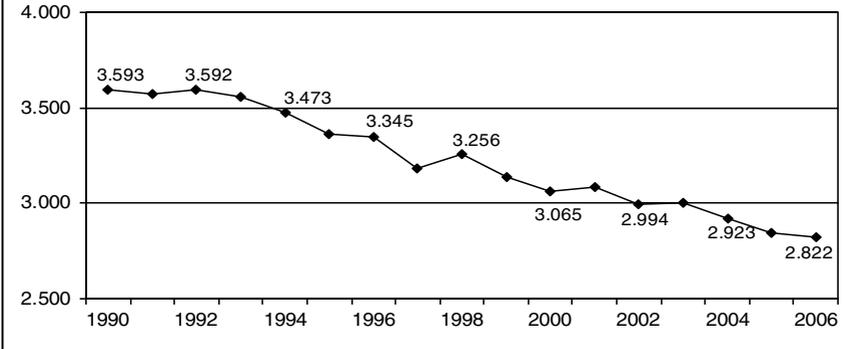
### 3.3 Königstein und Sebnitz in der Sächsischen Schweiz

Die Städte Königstein und Sebnitz liegen beide etwa 45 Kilometer südöstlich von Dresden, inmitten des Elbsandsteingebirges der Sächsischen Schweiz (vgl. Abb. 18). Im Süden des gleichnamigen Landkreises, zwischen der Kreisstadt Pirna und der tschechischen Grenze gelegen, befindet sich die Kleinstadt Königstein. Ein Fluss, die Biela, mündet an dieser Stelle in die Elbe, und auf einem Sandsteinfelsen oberhalb des Elbtals thront die Festung Königstein. Entlang der Elbe führen die Schienen der S-Bahn, mit der man in gut 40 Minuten die sächsische Landeshauptstadt erreicht. Königstein besteht heute aus sechs Ortsteilen, in denen insgesamt noch gut 2 800 (2006) von ehemals fast 3 600 (1990) Menschen leben. Seit der deutschen Wiedervereinigung hat die Stadt somit ein Viertel

Abb. 18: Geographische Lage der Städte Königstein und Sebnitz im Bundesland Sachsen



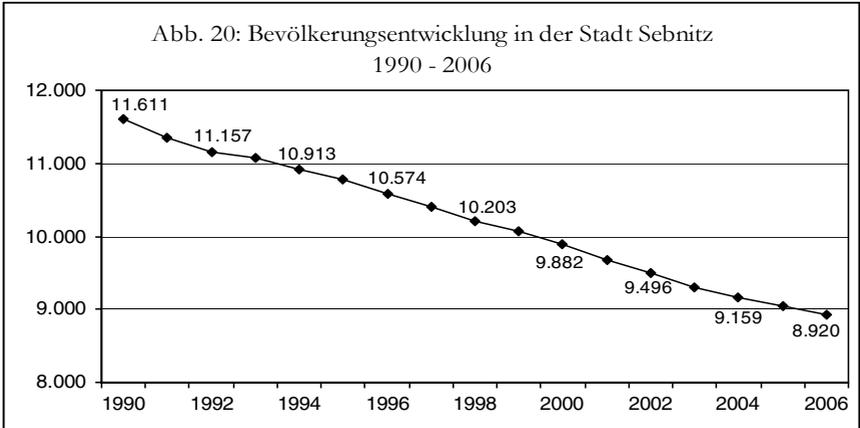
Abb. 19: Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Königstein  
1990 - 2006



ihrer Einwohner verloren (vgl. Abb. 19). In einer wirtschaftlich strukturschwachen Region wie der Sächsischen Schweiz, die hauptsächlich vom Tourismus lebt, ziehen vor allem die jungen Leute weg in die Großstädte, nach Dresden und Leipzig, wo sie studieren können bzw. eher eine Ausbildungs- oder Arbeitsstelle finden.

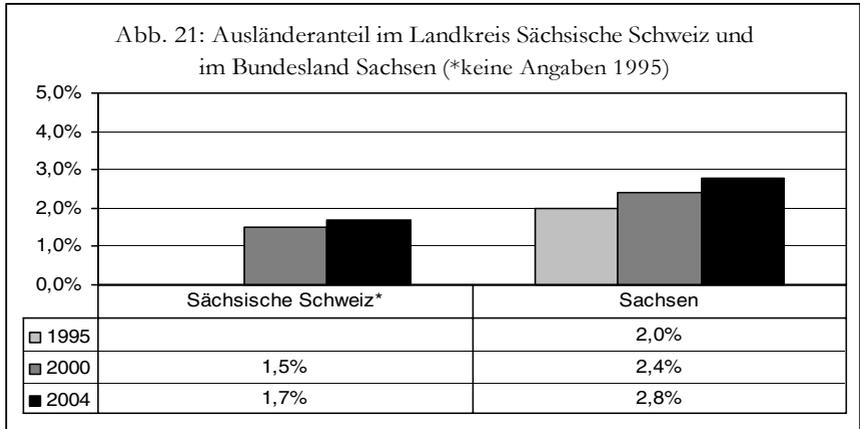
Mit den gleichen Problemen ist auch die Stadt Sebnitz konfrontiert. Unmittelbar an der Grenze zur Tschechischen Republik gelegen, ist die Stadt vor allem für ihre „Kunstblumen“ bekannt, die dort seit über 160 Jahren hergestellt werden. Wie in vielen strukturschwachen Gemeinden und Regionen Ostdeutschlands hat auch in Sebnitz die insgesamt prekäre wirtschaftliche und soziale Situation zu einer negativen Bevölkerungsentwicklung geführt. Lebten 1990 noch mehr als 11 500 Menschen in Sebnitz, waren es im Jahr 2006 nur mehr gut 9 000 Einwohner. Damit hat die Stadt seit der Wiedervereinigung fast ein Drittel ihrer Bevölkerung verloren (vgl. Abb. 20).

Der Ausländeranteil ist wie fast überall in den ostdeutschen Bundesländern auch in der Sächsischen Schweiz sehr niedrig. Mit Raten von

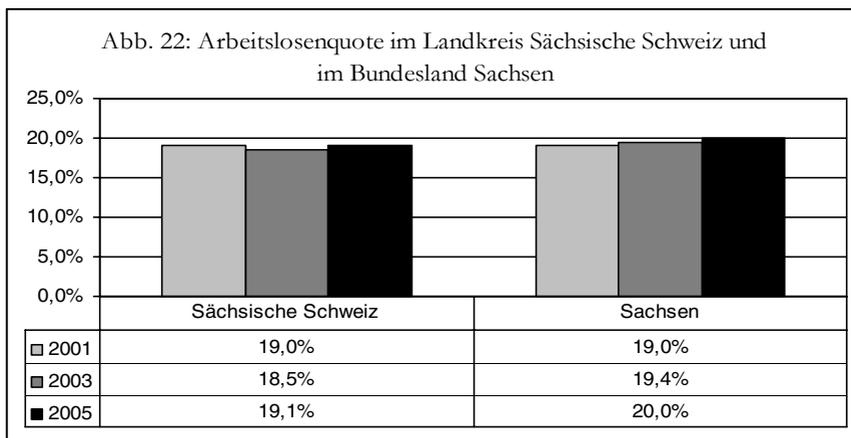


jeweils unter 2 % lag er in den Jahren 2000 und 2004 zudem deutlich unter dem Landesmittel von 2,4 % bzw. 2,8 %. Auf Landesebene ist der Ausländeranteil zwischen 1990 und 2004 um weniger als einen ganzen Prozentpunkt gestiegen, auf Kreisebene zwischen 2000 und 2004 noch nicht einmal um einen halben Punkt (vgl. Abb. 21).

Die Arbeitslosenquote erreicht sowohl im Landkreis Sächsische Schweiz als auch im gesamten Bundesland Sachsen einen Wert von an-

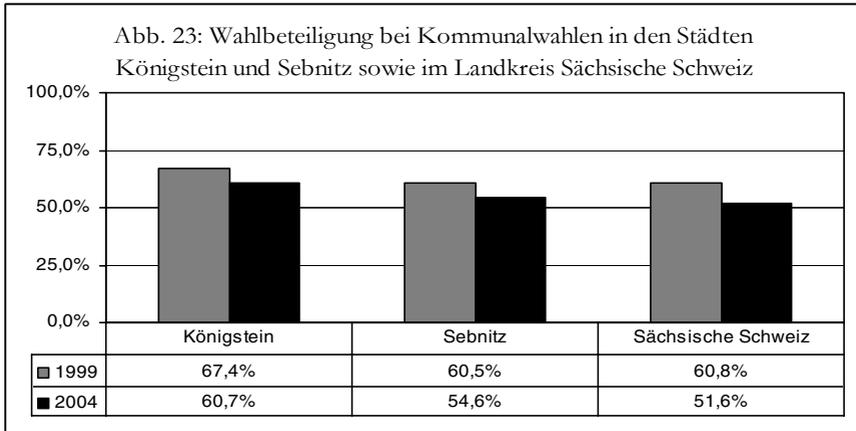


nähernd 20 %. Demnach ist jeder fünfte Einwohner Sachsens sowie der Sächsischen Schweiz ohne Erwerbstätigkeit und bezieht staatliche Ausgleichszahlungen. Im Vergleich der Jahre 2001 und 2005 ist die Arbeitslosenquote im Bundesland Sachsen um einen Prozentpunkt gestiegen, während sie sich im Landkreis Sächsische Schweiz relativ stabil halten konnte, wenn auch auf hohem Niveau (vgl. Abb. 22).

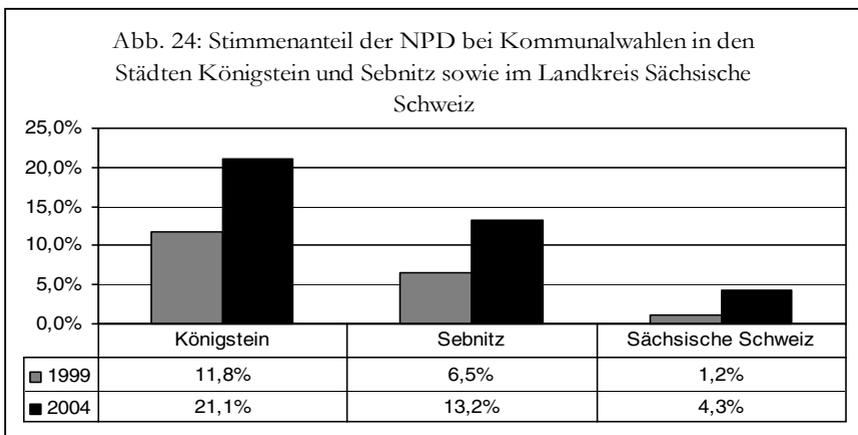


Die Wahlbeteiligung hat in den Städten Königstein und Sebnitz wie auch im gesamten Landkreis Sächsische Schweiz deutlich abgenommen. Im Vergleich der Kommunalwahlen 1999 und 2004 ist die Wahlbeteiligung in Königstein um fast sieben, in Sebnitz um gut sechs und insgesamt in der Sächsischen Schweiz um gut neun Prozentpunkte zurückgegangen. Bei der letzten Kommunalwahl lag der Wähleranteil in Königstein um rund neun und in Sebnitz um drei Prozentpunkte über dem Durchschnitt des gesamten Landkreises von 51,6 % (vgl. Abb. 23).

Mit dem Rückgang der Wahlbeteiligung vollzog sich bei der Kommunalwahl 2004 ein deutlicher Stimmenzuwachs für die NPD in den Städ-



ten Königstein und Sebnitz sowie in der Sächsischen Schweiz insgesamt. Ihr Stimmenanteil erhöhte sich in Königstein um rund neun Punkte auf 21,1 % und in Sebnitz um fast sieben Punkte auf 13,2 %. Dass die extreme Rechte nicht nur in diesen beiden ausgewählten Städten erfolgreich war, zeigt das Resultat des Landkreises insgesamt, nach dem sich die NPD um rund drei Punkte auf 4,3 % verbessern konnte (vgl. Abb. 24).



Bezogen auf die dargestellten Strukturdaten konnte die NPD anscheinend sowohl von der sinkenden Wahlbeteiligung als auch von der hohen Arbeitslosigkeit und der äußerst negativen Bevölkerungsentwicklung in der Sächsischen Schweiz profitieren. Ebenso wie in der Pfalz waren hier die Sozialdemokraten die großen Verlierer der Kommunalwahlen 2004. Die Unzufriedenheit in der Bevölkerung mit der rot-grünen Koalition in Berlin und dabei insbesondere mit den „Hartz-IV-Gesetzen“ der Schröder-Regierung führten auch in Sachsen zu massiven Stimmenverlusten der SPD, die weder PDS noch CDU auffangen konnten. In Königstein erhielt die SPD knapp 19 Prozentpunkte und damit vier Mandate weniger als noch bei der Kommunalwahl 1999. Die NPD bekam dagegen mehr Sitze zugesprochen, als sie Kandidaten aufgestellt hatte, und konnte somit nicht alle drei Mandate ausfüllen. Im Stadtrat verfügt infolgedessen die CDU über einen Sitz mehr als alle anderen Fraktionen zusammen

Tab. 5: Wahlergebnisse der Kommunalwahlen 1999 und 2004  
in der Stadt Königstein

	2004 in % (Mandate)	1999 in % (Mandate)	Veränderung in %-Punkte (Mandate)
CDU	38,8 (6)	37,9 (6)	+0,9 (±0)
NPD	21,1 (3 [2])	11,8 (2)	+9,3 (+1)
VBI	18,7 (3)	12,5 (2)	+6,2 (+1)
SPD	16,2 (2)	35,1 (6)	-18,9 (-4)
FDP	5,1 (0)	2,8 (0)	+2,3 (±0)

(vgl. Tab. 5). Auch in Sebnitz hält die CDU (wie bisher) die absolute Mandatsmehrheit. Die SPD verlor hier fast sechs Prozentpunkte und hat seit der Wahl 2004 nur noch einen Sitz im Stadtrat. Jeweils ein Mandat hinzugewinnen konnten die Wählergemeinschaft „Mitsprache Sebnitz“ und die Rechtsextremen der NPD. Bereits das Ergebnis der Kommunal-

wahl 1999 hatte gezeigt, dass in Sebnitz ein recht(sextrem)es Wählerpotential existiert. Damals kam die NPD zusammen mit der rechtsgerichteten „Deutschen Sozialen Union“ (DSU) auf einen Stimmenanteil von 11,8 % (vgl. Tab. 6).

Tab. 6: Wahlergebnisse der Kommunalwahlen 1999 und 2004 in der Stadt Sebnitz			
	2004 in % (Mandate)	1999 in % (Mandate)	Veränderung in %-Punkte (Mandate)
CDU	49,5 (10)	50,6 (13)	-1,1 (-2)
PDS	14,8 (2)	12,2 (3)	+2,6 (-1)
NPD	13,2 (2)	6,5 (1)	+6,7 (+1)
Mitsprache Sebnitz	11,6 (2)	6,5 (1)	+5,1 (+1)
SPD	5,4 (1)	11,2 (2)	-5,8 (-1)
FDP	5,4 (1)	7,8 (1)	-2,4 (±0)
DSU	--	5,3 (1)	-5,3 (-1)

### 3.4 Stralsund und Anklam in Vorpommern

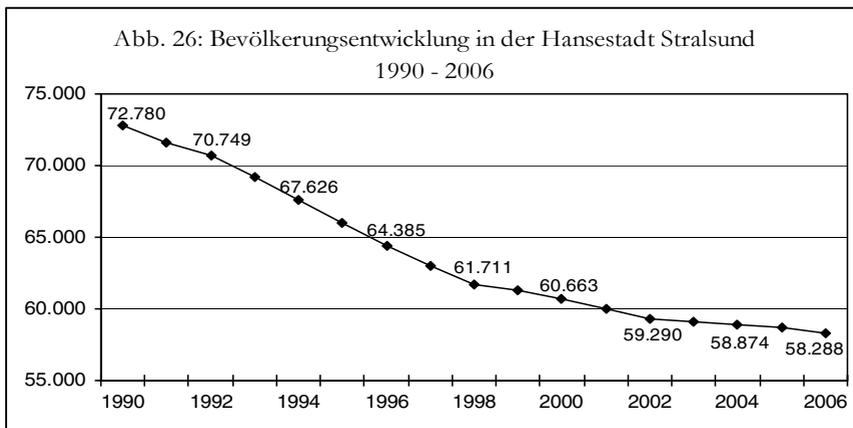
Die Hansestädte Stralsund und Anklam liegen beide im Osten des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern, weit entfernt von der Landeshauptstadt Schwerin. Die kreisfreie Stadt Stralsund befindet sich gut 75 Kilometer nordöstlich von Rostock und ist unmittelbar am Strelasund gelegen, direkt gegenüber der Insel Rügen, die mit Bahn oder Auto über den Rügendamm erreicht wird. Ungefähr 70 Kilometer südöstlich von Stralsund, kurz vor der Peenemündung, liegt die zum Landkreis Ostvorpommern gehörende Kreisstadt Anklam, die sich auf ihrer Internetseite als „Tor zur Sonneninsel Usedom“ bezeichnet (vgl. Abb. 25). Verkehrs-

Abb. 25: Geographische Lage der Hansestädte Stralsund und Anklam im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern



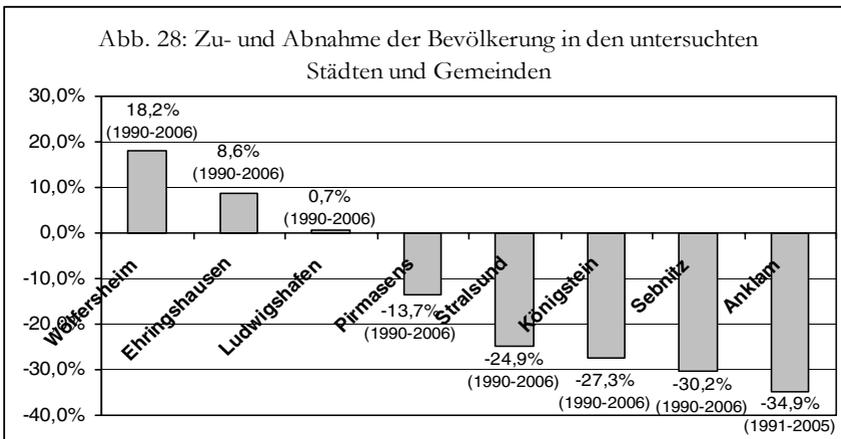
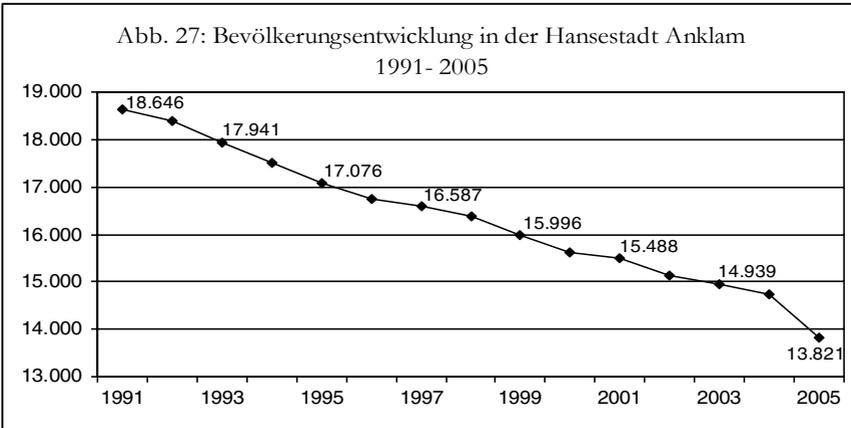
technisch sind beide Städte seit ein paar Jahren durch die Fertigstellung der Bundesautobahn A 20, der sogenannten Ostseeautobahn von Lübeck über Rostock bis zur A 11 und dann weiter nach Berlin oder ins polnische Stettin, gut angebunden. Für Bahnreisende besteht zudem eine Intercity-Verbindung aus Richtung Hamburg sowie aus Richtung Berlin zur Weiterfahrt in das Ostseebad Binz auf Rügen. Die Ostseebäder auf der Insel Rügen wie auch die Kur- und Badeorte entlang der vorpommerschen Küste sind für die Region von zentraler wirtschaftlicher Bedeutung. Der Tourismus ist mittlerweile zum wichtigsten Wirtschaftsfaktor in der und für die Region geworden und hat den Schiffbau in seiner regionalen wirtschaftlichen Bedeutung überholt und abgelöst.

Der Strukturwandel von der Schwerindustrie hin zum dienstleistungsorientierten Tourismus hat die Region in den vergangenen 15 Jahren vor wirtschaftliche und soziale Herausforderungen und Probleme gestellt, die sich in der negativen Bevölkerungsentwicklung deutlich widerspiegeln. Die Hansestadt Stralsund hat so im Zeitraum 1990 bis 2005 gut ein Viertel ihrer Einwohner verloren. Die Bevölkerungszahl sank von ehemals fast 73 000 auf nur mehr rund 58 000 Personen (vgl. Abb. 26).



In der Hansestadt Anklam ging die Einwohnerzahl von mehr als 18 000 im Jahr 1991 auf weniger als 14 000 Personen im Jahr 2005 zurück. Dies bedeutet einen Rückgang von fast 35 % seit der deutschen Wiedervereinigung (Abb. 27). Im Vergleich der acht untersuchten Städte und Gemeinden weist Anklam die stärkste Bevölkerungsabnahme auf und befindet sich damit am Ende der Entwicklungsskala, gefolgt von Sebnitz (– 30,2 %), Königstein (– 27,3 %), Stralsund (– 24,9 %) und mit etwas Abstand von Pirmasens (– 13,7 %). In Ludwigshafen (+ 0,7 %) ist die Einwohnerzahl nahezu unverändert. Eine deutliche Bevölkerungszunahme ist nur für Ehringshausen (+ 8,6 %) und Wölfersheim (+ 18,2 %) festzustellen (vgl. Abb. 28).

Der Ausländeranteil in Vorpommern fällt äußerst gering aus, auch wenn, statistisch gesehen, im Zeitraum 1995 bis 2004 eine leichte Erhöhung zu verzeichnen ist. Die Zahl der Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit stieg sowohl in der Stadt Stralsund als auch im Landkreis Ostvorpommern (inklusive der Kreisstadt Anklam) ebenso wie in ganz Mecklenburg-Vorpommern geringfügig um noch nicht einmal einen Prozentpunkt und blieb somit auf niedrigem Niveau. Im Jahr 2004 lag der



Anteil ausländischer Personen in Vorpommern wie auch im gesamten Bundesland unter 2,5 %. In Stralsund betrug der Wert 1,7 %, in Ostvorpommern 2,0 % und im Landesdurchschnitt 2,3 % (vgl. Abb. 29).

Die Arbeitslosenquote ist zwischen 2001 und 2005 im gesamten Bundesland Mecklenburg-Vorpommern um zweieinhalb Prozentpunkte auf 22,1 % angestiegen. Die Stadt Stralsund mit 23,9 % und der Landkreis Ostvorpommern mit 26,8 % liegen dabei deutlich über dem Landesmittel (vgl.

Abb. 29: Ausländeranteil in der Hansestadt Stralsund und im Landkreis Ostvorpommern sowie im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern

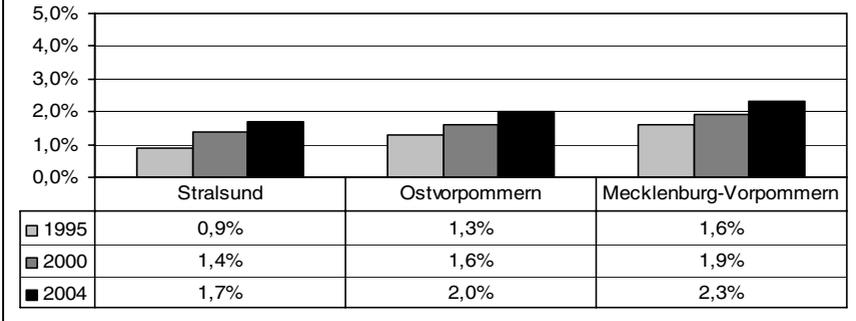
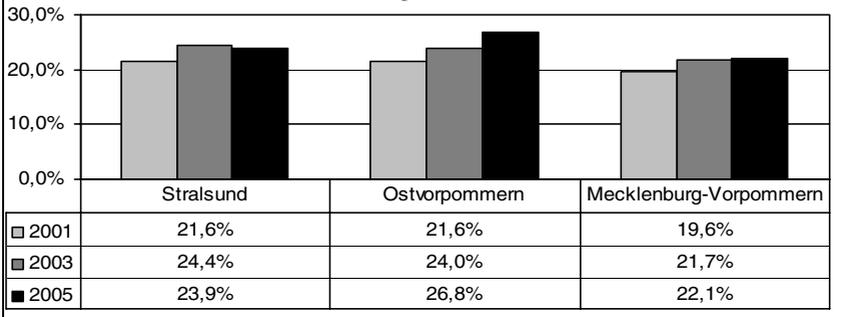
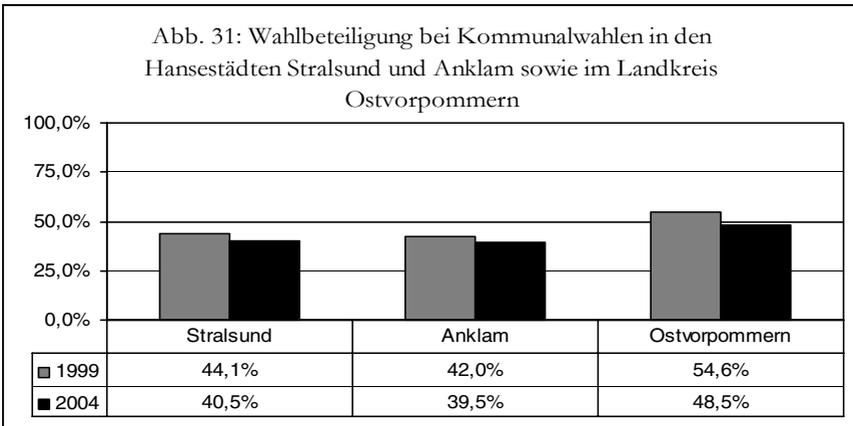


Abb. 30). Die hohe Arbeitslosigkeit von rund einem Viertel der Bevölkerung sowie die eher eingeschränkten beruflichen wie wirtschaftlichen Zukunftsperspektiven in der strukturschwachen Region haben seit Anfang der 1990er Jahre zu einer verstärkten Abwanderung aus Vorpommern geführt, wie die stark zurückgegangenen Einwohnerzahlen der Städte Stralsund und Anklam exemplarisch zeigen (vgl. Abb. 26 und Abb. 27).

Abb. 30: Arbeitslosenquote in der Hansestadt Stralsund und im Landkreis Ostvorpommern sowie im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern

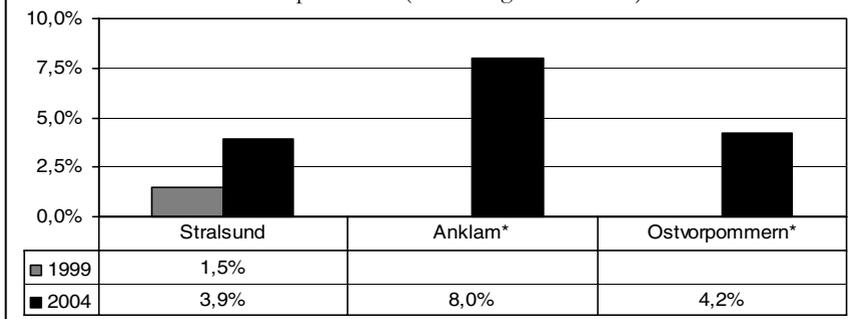


Die Wahlbeteiligung auf kommunaler Ebene ist sowohl in Stralsund und Anklam als auch im gesamten Landkreis Ostvorpommern äußerst niedrig und damit die Bereitschaft zur politischen Partizipation nur schwach vorhanden. Bei den Kommunalwahlen 1999 gab in den beiden Hansestädten weniger als die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger ihre Stimme ab. Im Kreis Ostvorpommern waren es zwar knapp mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten, doch rutschte der Wähleranteil fünf Jahre später auch hier unter die Fünfzig-Prozent-Marke. In Stralsund und Anklam lag im Jahr 2004 die Wahlbeteiligung nur noch bei rund 40 % (vgl. Abb. 31).



Mit dem Rückgang der sowieso schon geringen Wahlbeteiligung gehen bei den Kommunalwahlen 2004 deutliche Stimmengewinne für die NPD einher. In der Stadt Anklam sowie im Landkreis Ostvorpommern, wo die NPD jeweils zum ersten Mal antrat, kam die Partei – gewissermaßen aus dem Stand – auf Stimmenanteile von 8,0 % bzw. 4,2 %. In Stralsund gelang es der NPD, ihr Wahlergebnis von 1999 um knapp zwei-einhalb Prozentpunkte auf 3,9 % zu steigern (vgl. Abb. 32).

Abb. 32: Stimmenanteil der NPD bei der Kommunalwahlen in den Hansestädten Stralsund und Anklam sowie im Landkreis Ostvorpommern (\*nicht angetreten 1999)



Die Erfolge der NPD bei den Kommunalwahlen 2004 verhalfen der Partei in beiden Hansestädten zu kommunalen Mandaten. Sowohl in der Bürgerschaft Stralsund als auch in der Stadtvertretung Anklam bekam die Partei zwei Mandate zugesprochen, von denen sie in Anklam lediglich eines besetzen konnte, da ihre Bewerberliste nur einen einzigen Kandidaten aufzuweisen hatte. Gewinner der Wahlen waren neben der NPD vor allem die beiden Wählergemeinschaften „Bürger für Stralsund“ (BfS) und „Initiativen für Anklam“ (IfA) mit Resultaten von über 10 %. In Stralsund konnten zudem FDP und Grüne, die im Jahr 2004 als „Forum Kommunalpolitik“ antraten, in die Bürgerschaft einziehen. Wahlverlierer waren CDU, SPD und PDS mit Verlusten von bis 13 %, wobei die CDU jeweils stärkste Fraktion geblieben ist (vgl. Tab. 7 und Tab. 8).

Tab. 7: Wahlergebnisse der Kommunalwahlen 1999 und 2004  
in der Hansestadt Stralsund

	2004 in % (Mandate)	1999 in % (Mandate)	Veränderung in %-Punkte (Mandate)
CDU	29,8 (13)	42,7 (20)	-12,9 (7)
PDS	22,3 (10)	25,5 (12)	-3,2 (2)
SPD	12,8 (5)	20,0 (10)	-7,2 (5)
FORUM [Grüne]	10,6 (5)	4,1 (0)	+6,5 (5)
BfS	10,6 (5)	--	+10,6 (5)
Michael Adomeit	4,4 (1)	1,4 (1)	+3,0 (0)
NPD	3,9 (2)	1,5 (0)	+2,4 (2)
FDP	3,5 (1)	1,7 (0)	+1,8 (1)

Tab. 8: Wahlergebnisse der Kommunalwahlen 1999 und 2004  
in der Hansestadt Anklam

	2004 in % (Mandate)	1999 in % (Mandate)	Veränderung in %-Punkte (Mandate)
CDU	37,9 (9)	43,6 (11)	-5,7 (3)
IfA	15,6 (4)	--	+15,6 (4)
PDS	15,5 (4)	22,5 (6)	-7,0 (2)
SPD	10,7 (3)	22,1 (6)	-11,4 (3)
UBL '94	10,3 (3)	10,3 (2)	±0,0 (-1)
NPD	8,0 (2 [1])	--	+8,0 (2)
FDP	2,0 (0)	1,5 (0)	+0,5 (0)



## 4. Ergebnisse der empirischen Untersuchung

Der empirische Teil ist in sieben Kapitel untergliedert, in denen die in den Interviews behandelten Themenbereiche wiedergegeben werden. Es wurden 16 problemzentrierte, halbstrukturierte Interviews mit insgesamt 19 Personen (darunter zwei Frauen) geführt, die als Vertreter der Fraktionsvorstände von SPD und CDU zum Auftreten sowie zum Umgang mit der Politik und den Repräsentanten der extremen Rechten in ihrer Stadt bzw. Gemeinde befragt wurden. Im Mittelpunkt der Gespräche standen die Erfahrungen, Erkenntnisse und Verhaltenskonsequenzen der Interviewpartner, die zur Entwicklung von Strategievarianten in der Auseinandersetzung mit dem lokalen (parlamentarischen) Rechtsextremismus geführt haben. Die Auswertung der transkribierten und teilweise redaktionell überarbeiteten Interviews erfolgt daher themen- bzw. problemorientiert hinsichtlich der Präsenz und Repräsentanz der extremen Rechten in den untersuchten Kommunen und in Bezug auf die Umgangs- und Gegenstrategien der demokratischen Kräfte sowohl inner- als auch außerhalb der Parlamente.

Der Auswertungsprozess selbst wird anhand der oben genannten Themenbereiche mit ihren insgesamt 21 Leitfragen vorgenommen (siehe Anhang). Die Leitfragen dienen dabei als Orientierungsrahmen und Auswertungshilfe, um aus den zusammengefassten Fragekomplexen ein Kategorienschema zu entwickeln, das wiederum die Grundlage der Inhaltsanalyse darstellen soll. Die Aussagen der Interviewpartner werden nicht als thematische Parteien-, Ost-West- oder Kommunalporträts präsentiert, sondern für die einzelnen Themenbereiche und Leitfragen nach

inhaltlich-systematischen Gesichtspunkten vorgestellt sowie in Thesenform kommentiert und interpretiert. Die themenspezifischen Auswertungskategorien werden mithilfe des „thematischen Codierens“ auf der Basis theoretischer Vorüberlegungen, aber auch aus dem Material selbst heraus entwickelt. Diese Vorgehensweise erlaubt es zudem, eine qualitative wie ebenso quantifizierende Datenanalyse durchzuführen, mit der sich thematische Schwerpunkte sowohl innerhalb als auch zwischen den einzelnen Kommunen und Regionen aufzeigen lassen (vgl. Kap. 2). Zur Verdeutlichung wichtiger Erkenntnisse werden längere Interviewpassagen angeboten. Die interviewten Personen bleiben dabei anonym. Die Zitate sind nahezu unverändert in der gesprochenen Form wiedergegeben, um dem Leser einen Eindruck der Gesprächssituation zu vermitteln.

Verteilung und Häufigkeiten der Auswertungskategorien sind in Form tabellarischer Übersichten dargestellt. Die jeweiligen Kategorien finden sich in den Zeilen der Tabellen; die Spalten enthalten die vier Regionen Mittelhessen, Pfalz, Sächsische Schweiz und Vorpommern mit den insgesamt acht untersuchten Kommunen, die mit folgenden Abkürzungen versehen sind: Ehringshausen = EHR, Wölfersheim = WÖ, Ludwigshafen = LU, Pirmasens = PS, Königstein = KÖ, Sebnitz = SEB, Stralsund = HST, Anklam = ANK. Die Ziffern in den Tabellen geben an, ob nur eine (= 1) oder beide (= 2) Fraktionen von SPD und CDU Angaben zur jeweiligen Kategorie gemacht haben; bleibt das Feld leer, hat sich kein Interviewpartner zu der Frage geäußert. In den Tabellen sind jeweils alle in den Interviews gegebenen Antworten enthalten; sie sind lediglich zu Antwortgruppen zusammengefasst. Die Häufigkeiten der Angaben über alle acht Kommunen hinweg sind jeweils in der letzten Spalte ausgewiesen.

## 4.1 Wahlerfolg und Auftreten der extremen Rechten in der Stadt/ Gemeinde

*Frage 1.1: Wie erklären Sie es sich, dass die NPD/„Republikaner“ in ihrer Stadt/Gemeinde (zum wiederholten Mal) einen solchen Wählerzuspruch erfahren hat/haben? Zum Gesprächseinstieg wurden die Interviewpartner nach den aus ihrer Sicht möglichen Ursachen des rechts-extremen Wahlerfolgs in ihrer Kommune gefragt. In fast allen Interviews wird dieser Wählerzuspruch mit einer Protesthaltung erklärt, die sowohl eine Unzufriedenheit mit der eigenen und/oder der allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen Situation als auch eine Unzufriedenheit mit der Politik und Problemlösungskompetenz der etablierten Parteien zum Ausdruck bringe.*

„Also, ich glaube, es ist zum einen eine Enttäuschung gegenüber den etablierten Parteien, die dabei zum Ausdruck kommt, also ein Protestwählerverhalten, das in der Stadt nach rechts geschlagen ist, nicht nach links geschlagen ist, insbesondere in der Kommunalwahl 2004, die nun auch unter einem besonderen bundespolitischen Aspekt stand, wie man sich vielleicht erinnert, mit einer hohen Unzufriedenheit auch mit der Bundesregierung. Das ist, glaube ich, ein Punkt.“

„Zum Großteil ist es Protest und auch nicht rational, also nach meinem Verständnis. Es ist immer die Frage, was erachtet der Einzelne als rational, aber es ist eben nicht politisch rational im Sinne von vernünftig, wenn ich ohne jetzt an einer Sachentscheidung oder an großen Dingen zu knüpfen, an Sachthemen, einfach sage: „Und diesmal sollen es die Braunen sein.““

„Ich rechne das im Wesentlichen dem Protestwahlverhalten zu und sicherlich auch einer sich verstärkenden rechten Szene – das will ich dabei nicht ausschließen –, die wir schon beobachten und mit Sorge beobachten.“

„Ich denke, das ist eine Vielzahl von Gründen, die zu so einem Wahlergebnis führt. Das ist zum Teil Frust- oder Protestwahl, zum Teil auch tendenziell rechte Überzeugungen, die vielleicht mit mangelndem Geschichtsbildungsstand oder mangelnden Schlussfolgerungen zusammenhängen, also dass man einfach auch Zusammenhänge nicht sieht.“

Die Interviewpassagen zeigen, dass die Stimmabgabe zugunsten von NPD und REP nicht oder nicht nur als eine reine bzw. rationale Protestwahl erklärt wird. In den Gesprächen wird immer wieder auf die Bedeutung von (tendenziell) rechtsextremen oder zumindest latent fremdenfeindlichen Einstellungen für die Wahlentscheidung hingewiesen. Der NPD-Erfolg in der mittelhessischen Gemeinde Ehringshausen wird von beiden Interviewpartnern als Bekenntniswahl deklariert, die Ausdruck einer ideologischen Gesinnung sei, deren nationalistischen, fremdenfeindlichen und antisemitischen Inhalte gerade am Stammtisch, in Kneipengesprächen, im vertrauten Bekannten- und Freundeskreis mehr oder weniger offen gezeigt würden.

„Wir haben bei uns in der Gemeinde immer noch eine gewisse Klientel, also auch bei älteren Leuten, bei denen diese Thesen, die die vertreten, auf fruchtbaren Boden stoßen. Die sich zwar nicht offen dazu bekennen, NPD zu wählen, die aber doch gerade, was Ausländerpolitik usw. betrifft, der NPD zustimmen. Also an den Stammtischen und Biertischen wird noch fleißig gefischt von der NPD.“

„Es gibt anscheinend in der Bevölkerung so diese rechten Tendenzen, genauso wie es auch immer noch, was ich hier feststelle, einen latenten Antisemitismus gibt. Am Stammtisch dann oder in der Kneipe kommt schon hier und da mal der Spruch vom Finanzjudentum und was die Amerikaner nicht alles gemacht hätten, und der Irak-Krieg, das wäre nur inszeniert wegen der Ölinteressen usw. Also da ist schon, man merkt es – auch weil ich mich gerade so mit der jüdischen Geschichte in Ehringshausen auseinandergesetzt habe –, merkt man’s schon, dass da so hier und da das so anklingt. Ja, und was damals gemacht wurde und ... Also, so latent ist das hier und da, ist das immer noch da.“

Vornehmlich in den strukturschwachen Gebieten (Westpfalz, Sächsische Schweiz, Vorpommern) werden Unzufriedenheit und Protest, aber auch rechtsextreme Einstellungen und Fremdenfeindlichkeit in erster Linie auf die hohe Arbeitslosigkeit und die ebenso vielfältigen wie weitreichenden sozialen Probleme zurückgeführt. Darüber hinaus seien es Bildungsdefizite und entsprechend geringe Chancen auf dem Arbeits-

markt, die eine Wahlentscheidung zugunsten rechtsextremer Parteien begünstigen würden. In den ostdeutschen Regionen komme außerdem bei einigen Menschen das Gefühl hinzu, den Anforderungen des politisch-ökonomischen Systemwechsels und den Folgen des sozialen Strukturwandels nicht gewachsen zu sein.

„Das hat mit der Schwäche der anderen Parteien zu tun. Das hat mit der allgemeinen Lebenssituation hier etwas zu tun. Man hat hier aufgrund wirtschaftlicher, sozialer und auch vor allem bildungsmäßiger Verwerfung ein leichtes Feld, um Ideen, populistische Ansätze für Lösungen zu verbreiten und damit Stimmen zu gewinnen.“

Zum Teil wird die Rechtswahl auch einfach als Jugendproblem und Bildungsdefizit erklärt. Eine niedrige schulische Bildung und die damit in der Regel verbundenen schlechteren Berufsaussichten sowie eine gewisse Unkenntnis über die Ideologie und Programmatik der extremen Rechten mache gerade junge Leute für autoritär-nationalistische Parolen und populistische Lösungsangebote empfänglich. Insbesondere seien es die jungen Männer, die sich von der NPD und der rechtsextremen Szene angezogen fühlen. Zur Attraktivität der extremen Rechten trage außerdem ihr verstärktes Engagement im Jugend- und Freizeitbereich bei, welches von CDU und SPD nicht geleistet werden könne, sei es nun aufgrund von „Imageproblemen“ als Regierungsverantwortliche oder bedingt durch fehlende finanzielle und personelle Ressourcen.

„Ich denke mal, das ist eine Unzufriedenheit in der Bevölkerung gewesen und die Parolen, mit denen die Leute agieren, die sind angenommen worden von einer Schicht – das denke ich zumindest –, die zum Teil Jugendliche sind, zum Teil unzufriedene Leute sind – mit sich selber – und die einfach das angenommen haben, sag ich mal, und da diejenigen die Stimmen gezogen haben.“

„Auf der einen Seite gibt es die allgemeine Entwicklung vor allem in der Jugend, der männlichen Jugend relativ viel Unzufriedenheit mit der gesamtpolitischen Situation, eine gewisse Protesthaltung nach dem Motto: ‚Wählen wir gerade mal

NPD.‘ Das spielt sicher eine große Rolle. Auch fehlende Auseinandersetzung mit den Hintergründen der NPD. Das ganz sicher auch.“

„Und bei jungen Leuten –, ich kenne es von meinen Kindern – die sind um Gotteswillen keine Rechtsradikalen, die sind eher links eingestellt –, aber sie haben da halt Bekannte und Freunde und Clubs und Treffs und was weiß ich nicht alles, und dort erzählen die, dass es also doch teilweise unter den jungen Männern eine große Sympathie gibt für die NPD.“

„Es gibt auch noch ein anderes Problem, was da sicher dahinter steckt. Die NPD und die PDS, das sind eigentlich die beiden Parteien, denen es gelingt, Jugendarbeit zu machen. Das fehlt uns, der CDU. Wir haben kaum Möglichkeiten mit unserem Programm, mit unserer Geschichte, mit unserer Darstellung in der Öffentlichkeit, wie es heute Regierungsverantwortung eben ist, an junge Leute ranzukommen. Und der SPD scheint das ähnlich zu gehen. Nach meiner Wahrnehmung ist in unserer Region noch ein bisschen Jugendarbeit für die FDP möglich. Junge Leute, die sich für Politik interessieren tendieren zur FDP teilweise.“

„Protest, sag ich jetzt mal, einfach mit der Unzufriedenheit, was ja eigentlich geschuldet ist ihrem Bildungsstand. Ich tue es jetzt mal auf die, die man so kennt aus der Stadt, die Leute, wo ich weiß, die gehören zu dem Kreis. Das sind ja unbestritten viele Arbeitslose, die aber aufgrund ihres Bildungsstandes einfach keine Arbeit mehr finden, ja, das wissen wir ja, das ist nun mal so.“

Die mangelnde Auseinandersetzung sowohl mit dem heutigen Rechtsextremismus als auch mit dem historischen Nationalsozialismus führe darüber hinaus zu einer Verharmlosung, die es möglich macht, dass sich eine nach ihrer Ideologie und Programmatik klar antidemokratische Partei wie die NPD als eine wählbare politische Alternative darstellen kann. In den neuen Bundesländern werde daher die NPD von vielen Bürgerinnen und Bürgern als eine „normale demokratische“ Partei begriffen, auch weil sich dort ihre Anhänger strategisch geschickt mit neonazistischen Parolen zurückhielten. Der Umstand, dass die NPD nicht verboten ist und damit in den Augen vieler Menschen nicht oder weniger stigmatisiert sei, verhindere zudem eine kritische wie gleicher-

maßen couragierte Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus in Ostdeutschland.

„Sicherlich auch fehlendes Geschichtsbewusstsein, das denk ich mal. Die NPD versteht es ja, sehr geschickt gewisse Stammtischparolen zu transportieren, hofähig zu machen. Und zu Stammtischparolen gehört sicherlich auch, dass man sagt: ‚Was brauchen wir in Deutschland Ausländer‘, ‚Der Adolf war ja doch nicht so schlecht‘. Solche Sprüche gibt’s sicherlich überall in Deutschland; nicht nur in Deutschland, die gibt’s auch anderswo. Und das verkörpert die NPD letzten Endes. Und dadurch, dass sie legal wählbar ist, ist das die Möglichkeit, solchen Gedankengängen auch mal Ausdruck zu verleihen, denke ich: ‚Okay, so schlecht sind die ja gar nicht, die übrige Politik passt mir eh nicht, also wählen wir die jetzt mal.‘“

„Es ist eine gewisse Normalität in unserer Gegend. NPD ist wählbar. Die sind Leute keine Dummen, die sich auch zurückhalten mit Parolen.“

„Hinzu kommt, dass die NPD nicht in dem Maße stigmatisiert ist in den neuen Bundesländern, wie das in den alten Bundesländern der Fall ist. Also hier wird sie vielfach tatsächlich als demokratische Partei begriffen, weil sie ja nicht verboten ist und zum dritten aufgrund des Strategiewechsels der NPD, die nicht mehr martialisch, glatzköpfig durch die Straßen marschieren, sondern die nett gescheitelten blonden Jungs beginnen jetzt, den alten Damen über die Straße zu helfen und die Einkäufe nach Hause zu tragen.“

„Auch was ich eingangs sagte, die NPD ist nichts Unberührbares, dass man sagt: ‚I bäh! Wollen wir nichts mit zu tun haben.‘“

In vier der untersuchten Kommunen wird die Wahl der NPD vor allem als Wahl einer bestimmten Personen erklärt, der es gelungen sei, das rechtsextreme Wählerpotential – ob nun aus Protest oder aus Überzeugung – an sich zu binden. Beispiele sind Volker Sachs in Wölfersheim, Uwe Leichsenring († 30.08.2006) in Königstein und Dr. Johannes Müller in Sebnitz. Die Wahlentscheidung wird von den Interviewpartnern weniger auf die Parteizugehörigkeit als vielmehr auf die Person selbst zurückgeführt, die allerdings zugleich das Gesicht der NPD vor Ort ist.

„Ja, über 20 Prozent. Ich muss allerdings dazu sagen, der Herr Sachs, ich sag immer nur Herr Sachs, weil der eigentlich das Leitbild der NPD in Wölfersheim ist. Es gibt keine mehr hinter ihm und keine mehr nach ihm, so dass das Ganze steht und fällt mit dem Herrn Sachs eigentlich, und ich würde mal sagen, das ist ein Familienbetrieb.“

„Es spielte hier auch die Person eine Rolle bei der Wahl. Der Herr Leichsenring, der damals noch gelebt hat, der verunglückt ist letztes Jahr, den würde man als den netten Nachbarn von nebenan beschreiben. Er ist bekannt gewesen, er war Fahrschullehrer hier am Ort. Viele haben ihren Führerschein dort gemacht, haben ihn als gar nicht so als den Rechtsradikalen oder Rechtsextremen kennen gelernt, sondern eben als den netten Mitmenschen. Und das ist für viele, die haben eben nicht die NPD gewählt, sondern den Uwe, eben den Uwe Leichsenring. So, und der hat ja auch ein Wahlplakat gedruckt, wo nicht NPD drauf stand, sondern: UWE. Da haben mich manche gefragt, so Touristen hier in der Region, was das für eine Partei ist, ob das eine Umweltpartei ist, und bis sie dann dahinter gekommen sind, das ist ja eigentlich ein Vorname: Uwe.“

„Ja, das ist ja dort so ähnlich gelaufen, so ist der Leichsenring, ich sag mal, über unseren Johannes Müller der Aktivposten in der Sächsischen Schweiz gewesen. Da hat er dann als Einzelperson auch unwahrscheinlich viele Stimmen auf sich geeint.“

Die insgesamt 15 Antwortkategorien und ihre Verteilung über die acht Städte und Gemeinden hinweg sind in Tabelle 9 dokumentiert. Der Blick auf die Tabelle zeigt, dass die Befragten den Wählerzuspruch für die extreme Rechte vor allem in einer Mischung aus politischer Unzufriedenheit und wirtschaftlichen wie sozialen Problemlagen in Verbindung mit fremdenfeindlichen und mitunter auch ausgeprägten rechtsextremen Einstellungen begründet sehen. In Bezug auf die Häufigkeiten der Kategorien ist zu erkennen, dass die Stimmabgabe zugunsten von NPD oder REP fast überall vornehmlich als Protestwahl erklärt wird. Einzige Ausnahme sind die beiden Interviewpartner in Ehringshausen, die eher von einer Bekenntniswahl ausgehen. Das Motiv der Unzufriedenheit findet sich dagegen in allen acht Kommunen wieder, wenn auch nicht in allen 16 Interviews. Es lässt sich somit festhalten, dass die Befragten zur Er-

klärung der rechtsextremen Wahlerfolge auf einen Wählertypus verweisen, der in der Wissenschaft, aber auch in der Politik und den Medien häufig als „Modernisierungsverlierer“ bezeichnet wird. Diesen Typus charakterisiert eine individuelle ökonomisch-soziale Benachteiligung, die sowohl real in einer objektiven Mangelercheinung (Arbeitslosigkeit, niedriges Einkommen etc.) als auch imaginiert in einer subjektiven Wahrnehmung (Zukunftspessimismus, soziale Vergleichsprozesse) begründet sein kann.

Tab. 9: Wie erklären Sie es sich, dass die NPD/„Republikaner“ in Ihrer Stadt/Gemeinde (zum wiederholten Mal) einen solchen Wählerzuspruch erfahren hat/haben?

Kategorien	Mittel-hessen		Pfalz		Sächs. Schweiz		Vor-pommern		Σ (N = 16)
	EHR	WÖ	LU	PS	KÖ	SEB	HST	ANK	
Protestwahl		2	2	2	2	2	2	2	14
Unzufriedenheit	1	1	2	1	1	1	1	2	10
Bekenntrniswahl	2	1	1	2	1	2		1	10
Fremdenfeindlichkeit	1	1		2	1	1	1	2	9
Arbeitslosigkeit/soziale Probleme		1		2	2		1	2	8
Personenwahl		2			2	2	1		7
Bildungsdefizite					2	1	1	1	5
NPD als „normale“ Partei						2	1	1	4
Ängste als „Wendefolgen“							1	2	3
Probleme mit Systemanpassung								2	2
Ländliche Struktur								2	2
Jugendphänomen						2			2
Jugendarbeit der Rechten						1			1
Verharmlosung Rechtsextremismus								1	1
Fehlen von Zivilcourage								1	1

*Frage 1.2: Sind Aktivitäten der NPD/„Republikaner“ auch außerhalb des Parlaments festzustellen?* Die Parteien der extremen Rechten fallen in den meisten der untersuchten Städten und Gemeinden vor allem durch das Verteilen von Flugblättern, Flyern oder sonstiger Postwurfsendung auf, wobei ihre kommunalen Repräsentanten wenig bis gar nicht als Repräsentanten ihrer Partei in Erscheinung treten. Die Verteilung der Flugblätter konzentrierte sich nach Auskunft der Inter-

viewpartner vorzugsweise auf solche Gegenden oder Stadtteile, die von den Befragten als „soziale Brennpunkte“ bezeichnet werden und wo (dementsprechend) die extreme Rechte ihre Wählerklientel vermutet. Die keineswegs vorrangig kommunal- bzw. lokalpolitischen Themen und Inhalte der rechtsextremen Flugblätter seien ebenso populistisch wie provokativ aufbereitet und würden in der Bevölkerung teilweise auf verdeckte, mitunter auch offene Zustimmung stoßen.

„Und dann finde ich halt ab und zu mal die Blättchen der NPD im Briefkasten, ja? Das ist eigentlich das, wo der Sachs am meisten auffällt, dass er ein eifriger Verteiler von Pamphleten ist.“

„Sie produzieren Flugblätter und verteilen die in der ganzen Stadt. Die sind nie aktuell die Dinger, deshalb brauchen die manchmal drei, vier Monate, bis überall diese Flugblätter landen, aber sie kommen an, und sie machen das mit ihrer Handvoll Leute, die sie haben.“

„Also die Menschen mit Informationen zu versorgen, und sie scheuen auch überhaupt nicht zurück, sich mit der Presse anzulegen. Ich erinnere mich an ein Flugblatt im letzten Jahr, da stand oben drüber groß ‚Schweinejournalismus‘. Weil einfach die Presse bei uns zu Hause halt auch mal aufgezeigt hat, wo die Fehler liegen des Einfachgestricktseins, und dann wurde das als ‚Schweinejournalismus‘ bezeichnet. Und das geht dann in einer Kommune rum, und, äh, wenn sie, äh, 20 000 dieser Flugblätter verteilen, dann stoßen sie ganz bestimmt auf 150, 200 Leute, denen das gefällt, was da drinnen steht.“

„Also, der Herr Leichsenring hat halt Informationsarbeit geleistet, der hat halt immer mal so eine – wie hieß das –, ja, Klartext, so ein A4-Faltblatt verteilt. [...] Nee, der hat direkt hier für die Stadt so ein Klartext, so ein Zettelchen da geschrieben und hat dann immer mal berichtet als Stadtrat oder zu Themen, die hier, ich sag jetzt mal, populistisch sind.“

„Von der NPD kommen regelmäßig Flyer in alle Haushalte, die die politische Arbeit der NPD im Landtag vorstellen und in besten Worten umschreiben.“

„Ich habe noch nie hier, ganz selten mal so ein Flugblatt im Briefkasten gehabt. Also sie wissen offensichtlich, wo sie hingehen müssen, wo sie auch Anerken-

nung und ein Ohr finden. Das ist draußen in diesen Vorstädten und diesen sozialen Brennpunkten. Also wenn ich in die Kneipe gehe, ist das noch nie Thema gewesen, weil hier ein ganz anderes Publikum ist.“

„Natürlich. Dieser Herr Andrejewski, der geht, jetzt nicht mehr, weil er jetzt ja in Schwerin paar Tage in der Woche wohl auch noch sitzen muss, und ansonsten hat man den täglich hier im Stadtbild gesehen, dass der in der Regel fast alleine hier die Briefkästen und ähnliche Dinge mit Flugblättern und Schriften, Inselbote, Anklamer Bote , so was gibt's hier alles, versehen hat.“

Wie in Tabelle 10 zu erkennen ist, werden als weitere Aktivitäten der extremen Rechten auch Plakataktionen genannt, die allerdings nur in Wahlkampfzeiten verstärkt betrieben würden. In den beiden vorpommerschen Hansestädten Stralsund und Anklam sowie im pfälzischen Ludwigshafen wird von Aufmärschen der Rechtsextremen berichtet, wie am 1.-Mai-Feiertag. In Stralsund verweisen die Befragten zudem auf „Kinderfeste“ der NPD, die die Partei hin und wieder an öffentlichen Plätzen für Familien veranstalte und die sich durchaus einer regen Teilnahme erfreuen würden; der NPD kommt hier anscheinend ihr vergleichsweise moderates Auftreten sowie ihre in Teilen der Bevölkerung vorhandene Akzeptanz als „normale Partei“ zugute.

„Also zum Beispiel hier in Bodenaue, das ist der Park, den Sie hier sehen, wenn Sie aus dem Fenster gucken, da haben die regelmäßig Kinderfeste durchgeführt. Die netten jungen Burschen haben dann Sackhüpfen gemacht und, was weiß ich, Malaktionen, dies, das und jenes, und das fanden natürlich viele Leute, die hier so sonntags durch die Bodenaue gehen, um den Kindern ein bisschen Grün zu zeigen, natürlich schick, dass da irgendwas war.“

Tab. 10: Sind Aktivitäten der NPD/„Republikaner“ auch außerhalb des Parlamentes festzustellen?

Kategorien	Mittel-hessen		Pfalz		Sächs. Schweiz		Vor-pommern		Σ (N = 16)
	EHR	WÖ	LU	PS	KÖ	SEB	HST	ANK	
Flugblätter		2		2	1	1	2	2	10
Plakate			1		1	1		1	4
Aufmärsche			2				1	2	3
„Kinderfeste“							2		2

*Frage 1.3: Existiert eine sichtbare rechtsextreme Szene in Ihrer Stadt/Gemeinde?* Die Frage nach dem Vorhandensein einer rechtsextremen Szene in der Kommune wird von den meisten Interviewpartnern negativ beantwortet, wie in Tabelle 11 (am Ende dieses Abschnitts) zu sehen ist. Sieben Befragte schließen zwar die Existenz einer solchen Szene nicht aus, betonen aber zugleich, dass diese noch bis vor einigen Jahren kaum öffentlich wahrnehmbar gewesen sei. Einige der interviewten Kommunalpolitiker bekunden zudem freimütig ihre Unwissenheit in Bezug auf die Existenz einer rechtsextremen Szene vor Ort.

„Ja also, die gibt es, aber die ist noch sehr klein. Sie kommen nicht so richtig hoch, sagen wir es mal so; sie soll es geben. Also ich persönlich weiß es nicht hundertprozentig, aber es soll die geben. Wie gesagt, es wird nicht so, so, so publik gemacht, dass es diese Szene gibt.“

„Es gab damals auf dem Höhepunkt, so vor zehn, zwölf Jahren, gab es hier und da mal Hakenkreuz-Schmierereien, aber das war auch das Einzige.“

Im Zusammenhang mit dem öffentlichen Auftreten rechtsextremer Personen und Gruppen wird darauf hingewiesen, dass von den Bürgerinnen und Bürgern diese Präsenz nicht als sonderlich problematisch wahrgenommen wird. Die Zugehörigkeit zur rechtsextremen Szene werde stattdessen als ein Teil der Jugendkultur gesehen und als weitgehend normal empfunden.

„Am Neuen Markt genau, da ist das. Da haben die ihren Laden, und das ist auch Szenetreff. Die hatten auch früher schon mal einen Laden, der ist aber eingeschlafen wieder. Also die versuchen schon immer, sich hier zu etablieren [...]. Es ist andererseits, aber auch nicht stigmatisiert. Also wenn man zum Beispiel Freunde aus dem Westen zu Besuch hat, die beispielsweise aus dem Ruhrgebiet kommen, die staunen darüber, mit welcher Offenheit hier durchaus rechtsradikale Symbole, Kleidung getragen wird. Wenn der durch Gelsenkirchen gehen würde, der hätte nach zwei Minuten die Fresse dick. Das würde sich ja kein Mensch trauen. Ja, und das ist schon so ein Unterschied. Also der gemeine Bürger nimmt das so nicht wahr, dass das wirklich, dass das rechtsradikal ist, sondern das ist halt ein Jugendlicher mit seiner für ihn typischen Kleidung. Ob das ein Punker

ist oder ein Rechtsradikaler, da machen sich viele Leute gar keinen Kopf drum, das unterscheiden die so nicht.“

Zu einer verstärkten Akzeptanz in Teilen der Bevölkerung verhilft den Rechtsextremen auch ihr öffentliches bzw. öffentlichkeitswirksames Auftreten als klein- und gutbürgerliche Biedermänner. Auf diese Weise gelingt es ihnen, eine Art Gruppenzugehörigkeit, eine gewisse Nähe und Vertrautheit zu den Bürgerinnen und Bürgern herzustellen, um angebliche Gemeinsamkeiten und Schicksalsbezüge mit ihnen zu konstruieren.

„Das war vorher schon zu spüren, dass man da also nicht diese vordergründige, doch etwas auch abstoßende, für viele abstoßende Masche gewählt hat, sondern mehr diese leise Biedermann-Geschichte. [...] Das ist teilweise auch ganz gut angekommen: ‚Das sind doch eigentlich welche von uns, die sind doch eigentlich nicht anders, denen geht es genauso beschissen wie uns. Das sind doch welche von uns, die sprechen auch so ein bisschen Platt.‘ Und genau bei diesen, da kommen sie am besten an.“

Ein erhebliches Personenpotential für die extreme Rechte wird von den Interviewpartnern in Anklam gesehen. Sollte die Akzeptanz der NPD in der Bevölkerung weiter steigen, wäre es nach Meinung der Befragten durchaus denkbar, dass sich Menschen zur NPD bekennen, die dies ansonsten nie getan hätten. Eine schwindende Stigmatisierung der extremen Rechten würde also die öffentliche politisch-ideologische Positionierung für die NPD erst möglich machen.

„Ich sehe sogar – und ich sag das mal, ohne Namen zu nennen – sehe ich hier Leute, wenn die merken, dass die Sache – na, wie soll man das ausdrücken – erfolgreich ist, erfolgreich ist und auch, sagen wir mal, von den Menschen hier nicht – na ja, heute ist es immer so eine gewisse Empfindlichkeit da, ob man sich jetzt wirklich als Nazi öffentlich hinstellen würde –, dann könnten auch Leute, ich sag mal, wie ich und andere: ‚Der? Das kann ja wohl nicht wahr sein.‘ Aber wie sie hoffähig hier wird, und sie ist dabei hoffähig zu werden, da springen auf den Wagen ... Ich könnte Ihnen Namen nennen, ich könnte die Namen ..., und ich könnte die auch versiegeln.“

In Stralsund und Anklam würden zudem Angehörige der Kommunalverwaltung heimliche Sympathien für die NPD hegen. So wird angeführt, dass Verwaltungsangestellte Informationen zu brisanten Themen an die NPD weitergeleitet hätten, um diese gezielt in die öffentliche Diskussion bringen zu können. Trifft die Behauptung zu, dann würden rechtsextreme Orientierungen bis in die städtische Administration hineinreichen und wären nicht nur ein Phänomen sozialer Problemviertel, wie oft in den Interviews behauptet wird.

„Ein weiteres Beispiel: Es gab einen Asylbewerber, der hier aufhältig war, der brauchte für eine Erkrankung sehr, sehr teure Medikamente. Dem wurden wöchentlich, ich sag jetzt mal, dem mussten dreitausend Euro zur Verfügung gestellt werden als außerplanmäßige Leistung für medikamentöse Versorgung. Das wurde thematisiert. Ich weiß nicht, wie die drauf gekommen sind. Man muss dazu sagen, es gibt in der Verwaltung Leute, die denen die Themen auch so zuwerfen, das soll ja nicht. So, und das haben die thematisiert.“

Darüber hinaus ist es in Stralsund das Verhalten der Polizei gegenüber rechtsextremen Gruppierungen und Straftätern, das aus Sicht eines Befragten genügend Anlass zur Kritik bietet. Beim Thema Rechtsextremismus offenbare sich eine Zögerlichkeit und mangelnde Einsatzbereitschaft der Beamten, die es politisch motivierten Straftätern relativ leicht mache. Nach Meinung des Interviewpartners sei die Stralsunder Polizei deshalb auch auf dem „rechten Auge blind“.

„Ja, ein gewisses Gewaltpotential klar, aber ich würde jetzt nicht sagen – also ich mache ja selber auch viel Strafrecht –, dass das hier überdurchschnittlich ist, hier in Stralsund, oder überdurchschnittlich rechtsradikal. Ja, und ich habe mal ein persönliches Erlebnis gehabt, da habe ich noch in der Innenstadt gewohnt, und das war im Sommer. Da habe ich aus dem Fenster geschaut, und da zog so eine Gruppe vorbei, und einer brüllte immer ‚Heil, Hitler! Heil, Hitler! Heil, Hitler!‘ Und da habe ich gesagt, er soll die Schnauze halten, und da brüllte er immer weiter. Und da habe ich gesagt, so jetzt machste mal ernst und habe die Polizei gerufen. Die kam dann auch und allein aus der Tatsache, dass ich nie als Zeuge vernommen worden bin, unterstelle ich mal, dass die die Geschichte

gar nicht weiterverfolgt haben. [...] Ja, ja. Also das noch mal bisschen zu der Ernsthaftigkeit der Arbeit der Ermittlungsbehörden. Also auf dem rechten Auge sind die hier wirklich blind. Im Zweifel sind das die eigenen Söhne, die hier rum marschieren.“

Tabelle 11 zeigt die Verteilung der Antworthäufigkeiten über die acht Kommunen. Im pfälzischen Pirmasens sowie in den beiden untersuchten Städten der Sächsischen Schweiz wird die Existenz einer rechtsextremen Szene ausdrücklich verneint. Zur Begründung wird angeführt, dass die extreme Rechte gerade dort, wo sie wahltaktisch erfolgreich ist, nicht negativ in und gegenüber der Öffentlichkeit auffallen wolle und aus diesem Grund darauf bedacht sei, ihr „Nest sauber zu halten“, so die Formulierung der Interviewpartner. Allerdings muss auch angemerkt werden, dass in den übrigen Kommunen die Hinweise auf Aktivitäten rechtsextremer Gruppierungen keineswegs so deutlich und ausgeprägt sind, wie die Zahlen dies vermuten lassen.

Tab. 11: Existiert eine sichtbare rechtsextreme Szene in Ihrer Stadt/Gemeinde?

Kategorien	Mittel-hessen		Pfalz		Sächs. Schweiz		Vor-pommern		Σ (N = 16)
	EHR	WÖ	LU	PS	KÖ	SEB	HST	ANK	
Rechtsextreme Szene	1	1	2				2	1	7
Verwaltung verharmlost Rechts							1	1	2
Sympathisanten in der Verwaltung							1	1	2
Personenpotential								2	2
Auftreten als Biedermänner								1	1
In Bevölkerung nicht stigmatisiert							1		1
Kritik am Verhalten der Polizei							1		1

## 4.2 Wahrnehmung der extremen Rechten im Kommunalparlament

*Frage 2.1: Welche Themen spricht die NPD/sprechen die „Republikaner“ im Parlament an?* Die Übersicht in Tabelle 12 (am Ende dieses Abschnitts) zeigt, dass die thematische Schwerpunktsetzung der rechtsextremen Fraktionen und Mandatsträger vor allem lokalpolitisch und

sachorientiert ausgerichtet ist und sich weniger an einer akzentuiert erkennbaren Ideologiefacette oder Programmatik orientiert. In Mittelhessen wie auch in der Sächsischen Schweiz und Vorpommern wird von den Interviewpartnern der SPD und CDU übereinstimmend angegeben, dass die NPD-Abgeordneten vorzugsweise lokale und alltagsbezogene Sachfragen zu sozial-, verkehrs- und finanzpolitischen Themen aufgreifen, die es ihnen erlauben, sich als „Anwälte der kleinen Leute“ und „Verteidiger deutscher Interessen“ gegen „die da oben“ zu profilieren. Bei der Themenauswahl gehe es der NPD denn auch nicht um eine inhaltliche Stringenz oder Qualität ihres politischen Angebots, sondern allein um dessen öffentliche Wirksamkeit. Die rechtsextreme Politik wird deshalb von den Befragten als vorrangig protestorientiert und ausgesprochen populistisch charakterisiert.

„Ja, ein roter oder brauner Faden lässt sich da eigentlich nicht erkennen, sondern das kommt drauf an. [...] insbesondere wird halt den Volksparteien vorgeschlagen, äh, vorgeworfen, dass sie die ‚kleinen Leute‘ nicht vertreten und die ‚kleinen, dummen Deutschen‘ insbesondere nicht.“

„Also, soweit ich es mitbekommen habe, haben die bisher immer Themen besetzt, wo sie meinten, da gibt es eine Unzufriedenheit, und da haben die versucht, drauf zu springen, allerdings oft in der Ausführung halt sehr dilettantisch, das muss man auch sehen.“

„Ja, man greift die Themen auf, die der Bürger auf der Straße hat. Also ob jetzt der Fußweg verbreitet werden muss, weil die Frau mit dem Kinderwagen nicht lang kommt.“

„Sonst sind das ganz stinknormale Themen: die Wanderwege müssen ..., die Bank, die verfault, muss wieder in Ordnung gebracht werden oder der Fußweg oder ... Also ganz normale, ich sag jetzt mal, Sachthemen im Stadtrat.“

„Er hat also sich die Themen, die sozialen Themen raus gegriffen: Straßenausbau, Beitragerhöhung, Grundsteuer, und alles solche Sachen, die notwendig sind, damit der kommunale Haushalt funktioniert, wo auch die Rechtsaufsicht

mit draufguckt. [...] Gut, wir mussten viel einsparen: Kindergarten, Schulesen, alles solche Sachen. Die Eltern verstehen das ja am Ende. Aber so was kann man ja mit Populismus ganz schön zum Hochkochen bringen. Und das sind so die Themen.“

„Sie haben ja so ein paar von den Themen, die Sie gesagt haben: ‚Da sind wir als NPD dagegen.‘ Die sind schon festgelegt, das ist zum Beispiel Thema Straßenausbaubeiträge, dieses Thema, was ja bei Instandsetzung einer Straße auftritt, da sind sie konsequent dagegen, und das wird auch jedes Mal, weil das Thema auch relativ oft, immer wieder rein kommt, weil dann immer eine Satzungsänderung oder irgendwas ist, geht das jedes mal wieder los, ist es also jedes mal wieder eine Grundsatzdiskussion im Stadtparlament dann. Das ist ein Hauptthema.“

„Das sind Themen wie der Zustand von Spielplätzen. [...] Die gehen dann so in diese Vororte und stellen sich da hin, und dann kommt irgendwie eine Mutter und sagt: ‚Mensch, das ist ziemlich doof hier, dass die Hunde immer in die Sandkiste kacken.‘ So, dann: ‚Oh, das nehmen wir an.‘ Solche Alltagsthemen, und beim letzten Mal hatten sie hier etwas, da ging es um Nutzung einer Parkfläche einer leer stehenden Schule, [...] und dann stellen die eben so einen Antrag und sagen: ‚Wir möchten gerne, dass geprüft wird, ob man die nicht für die Nutzer der Turnhalle der Schule‘, die immer noch in Betrieb ist, ‚zur Verfügung gestellt wird.‘ So Sachen, wo man auf den ersten Blick denkt: Ja Mensch, die denken sich was dabei, das kommt dem Bürger unmittelbar zu Gute.“

Einzig die Stadtfraktionen der „Republikaner“ in Ludwigshafen und Pirmasens würden nach Auskunft der Interviewpartner weniger sach- oder protestorientierte Themen aufgreifen. Die Politik der Partei sei stattdessen eher fremdenfeindlich, antisemitisch und geschichtsrelativistisch ausgerichtet. Wie in einigen anderen untersuchten Kommunen, werde auch hier der Versuch unternommen, die soziale Frage mit der nationalen zu verbinden; die ökonomisch-sozialen Problemlagen der Kommune werden ethnisch eingefärbt und nationalistisch aufgeladen, um Sündenböcke und vermeintlich Schuldige präsentieren zu können.

„Also, wahrnehmbar waren Anfragen, die sich auseinandergesetzt haben mit der Frage Migration, Ausländerpolitik, Migrationspolitik der Stadt, anfangs auf

einem würdelosem Niveau, teilweise von der Fragestellung her so, dass die Ausländerfeindlichkeit erkennbar war.“

„Hartz IV und Ausländer, wobei das verknüpft wird, indem er sagt, die Ausländer sind dran schuld; man hat Schuldige.“

„Ich sagte ja vorhin schon mal, sie haben ein Thema, was sich durch alles durchzieht, das ist die Ausländerfrage – bei jeder sich bietenden Gelegenheit.“

„Manchmal, manchmal geht es auch in die Richtung antijüdisch. Also es gibt, Sie kennen diese Aktion vielleicht: Stolpersteine. [...] Da sind sie sehr dagegen, dass man so was macht. [...] Sie sagen dann: ‚Wenn man das macht, dann wär’s doch mindestens genauso berechtigt auch für die vielen Opfer der Weltkriege, die von den Alliierten zu verantworten sind, auch ein Denkmal zu errichten.‘“

„Es wird im Prinzip Weltpolitik dargestellt. Also, die Juden sind dran Schuld, die haben das Kapital, die haben das andere unterstützt, die Amerikaner haben Deutschland zerbombt und, und, und. Also es geht überhaupt nicht um lokale besondere Situationen, die werden allenfalls als Beispiel genannt, um darauf hinzuweisen.“

Tab. 12: Welche Themen spricht die NPD/sprechen die „Republikaner“ im Parlament an?

Kategorien	Mittel-hessen		Pfalz		Sächs. Schweiz		Vor-pommern		$\Sigma$ (N = 16)
	EHR	WÖ	LU	PS	KÖ	SEB	HST	ANK	
Sachorientiert/lokalpolitisch	2	2			2	2	2	2	12
Protestorientiert/populistisch	1				1	2	2	1	7
Rechtsextrem/fremdenfeindlich		1	1	2	2		2	1	7

*Frage 2.2: Wie sieht das Verhalten, das heißt vor allem die Kommunikation und das Auftreten, der NPD/„Republikaner“ im Parlament aus?*  
 Das Verhalten der rechtsextremen Mandatsträger fällt im Vergleich der acht Kommunen sehr unterschiedlich aus, wie Tabelle 13 (am Ende dieses Abschnitts) zu entnehmen ist. Als verbal aggressiv und konfrontativ wird ihre Kommunikation in den Städten Pirmasens und Stralsund sowie in den mittelhessischen Gemeinden Ehringshausen und Wölfersheim (hier zur Hochphase der NPD Anfang der 1990er Jahre) beschrieben.

„Es kommt natürlich an jeder passenden und unpassenden [Gelegenheit] durchaus mal vor. Also wenn's mal höher hergeht in der Gemeindevertretung, dann kriegen wir gesagt, dass wir alle die Büttel der Alliierten sind und überhaupt ... den Zionismus unterstützen und Gott weiß, was alles machen. Das kommt schon an jeder passenden und unpassenden Stelle, aber hat oft so keinen Sachbezug oder wird nicht in Anträge umgesetzt, also dass die Gemeinde bestimmte Sachen tun oder lassen sollte.“

„Die Aggressivität fällt schon massiv auf, weil man schon merkt, da ist eine andere Qualität dahinter an Ablehnung, nicht nur der inhaltlichen Art, sondern halt wirklich bis tief ins Persönliche, weil wir eigentlich alle dauernd unterstellt bekommen, eigennützig zu verfahren oder uns persönlich zu bereichern oder uns gegenseitig Bauplätze zuzuschancen [...], aber solche Sachen kommen eigentlich dauernd.“

„Ja, aber das war nur '89/'90, als die Presse, Funk und Fernsehen da waren, ja, da hat er mal richtig gewettert, was wir eigentlich wollten. Die NPD wären doch die Juden Deutschlands, von der jetzigen Lage her, sie würden doch nur verfolgt.“

„Ja gut, das sind, ja sind sicherlich schon schlimme Äußerungen: ‚Multikulti ist Völkermord‘ und so was.“

In den anderen Kommunen präsentiere sich die extreme Rechte nach Einschätzung der Befragten eher kleinbürgerlich und bieder. Das moderate Auftreten stelle jedoch nur ein taktisches Verhalten dar, um ihr einen „bürgerlichen Anstrich“ zu geben und auf diese Weise mehr Akzeptanz in der Bevölkerung zu erlangen. Rechtsextreme Positionen und Akteure sollen damit „salonfähig“ gemacht werden und vom Rand in die Mitte der Gesellschaft rücken.

„Er macht sich hier als der Biedermann, als der Soziale für die Leute Einstehende, eigentlich deutschnationale Saubermann dastehen.“

„Nun muss man aber auch wissen, dass die ‚Republikaner‘ in unserem Stadtrat nicht augenfällig als ausdrücklich Rechte oder Ausländerfeinde auftreten. Sie bemühen sich immer sehr, einen bürgerlichen Anstrich zu formulieren und sich deutlich gegenüber der rechten Szene abzusetzen, ja?“

„Es ist eben eher diese Strategie, ein stückweit, wenn man Stellung genommen hat, das zu nutzen, um eben rüber zu bringen: Die ‚Republikaner‘ seien eine normale Partei, und es sei ganz normal, dass die Republikaner im Stadtrat sitzen. Beispielsweise hat auch der frühere Fraktionsvorsitzende, eben um dies zu dokumentieren, immer so eine Miniversion des Grundgesetzes mit schwarz-rot-goldenem Einband dabei gehabt und das demonstrativ vor sich aufs Pult gelegt, das war dann sein Erkennungszeichen.“

„Der ist also auch ganz ‚gentlemanlike‘, würde man sagen. Würden Sie nie denken, dass das ein Richter ist, würden Sie nie denken, also wenn Sie den erleben.“

In der Sächsischen Schweiz sowie in der Hansestadt Anklam wird das Auftreten der NPD-Abgeordneten als ruhig und sachlich bezeichnet. Schließlich könnte verbale Aggressivität auch negativ für Wahlerfolg und Ansehen eines Fahrschullehrers, Arztes oder Juristen sein.

„Für mich war jedenfalls der Herr Leichsenring – im Vergleich zu manch anderen, die ich im rechten Lager beobachtet habe –, war er eher soft, würde ich mal so sagen. Aber das kann auch täuschen.“

„Also ganz freundlich, nett, sachlich. Das liegt sicherlich auch ein bisschen an der Person. Der Herr Dr. Müller ist ganz sicherlich nicht der typische NPD-Vertreter, wie man das so erwartet und wie man das aus den Medien und eben auch aus dem Sächsischen Landtag kennt.“

„Aber im Stadtparlament, muss man sagen, da tritt er ruhig auf, sachlich auf, bescheiden auf, nicht so wie man das so von Sachsen sieht oder so, und ist ja auch Volljurist und tritt auch sachlich fundiert auf, begründet auch viele Sachen gut und hat sich eigentlich eine heimliche Anerkennung erworben.“

Tab. 13: Wie sieht das Verhalten, d.h. vor allem die Kommunikation und das Auftreten, der NPD/„Republikaner“ im Parlament aus?

Kategorien	Mittel-hessen		Pfalz		Sächs. Schweiz		Vor-pommern		Σ (N = 16)
	EHR	WÖ	LU	PS	KÖ	SEB	HST	ANK	
Verbal aggressiv/konfrontativ	1	2		2			2		7
Kleinbürgerlich/biedermännisch		1	2		1	2		1	7
Ruhig/sachlich					2	2		2	6

*Frage 2.3: Lässt sich bei der NPD/den „Republikanern“ eine kommunalpolitische Kompetenz feststellen oder nutzt/nutzen sie das Parlament lediglich als „Bühne“ zur politischen Selbstinszenierung? In sieben der acht untersuchten Städten und Gemeinden wird die kommunalparlamentarische Repräsentanz der extremen Rechten vornehmlich als eine politische Selbstinszenierung bewertet. Eine inhaltliche politische Arbeit, die auf die Lösung kommunaler Probleme ausgerichtet ist, leisteten weder die NPD-Abgeordneten noch die Mandatsträgern der „Republikaner“. Nach Erfahrung der Befragten diene das Parlament den Rechtsextremen in erster Linie als „Bühne“, um sich den anderen Fraktionen populistisch und nicht selten auch mit Polemik entgegenzustellen.*

„Es ist inhaltlich oft überhaupt nicht begründet und das, was als Antragstext vorgelegt ist, ist zum einen mit Grundregeln der deutschen Sprache oft nicht vollständig vereinbar. [...] Also hier in der Gemeindevertretung mit Sicherheit keine kommunalpolitische Kompetenz.“

„Es ist immer wieder ein Phänomen: Die ‚Republikaner‘ haben wohl überhaupt keinen Einblick in die Situation einer Kommune. Es interessiert sie auch nicht.“

„Wir haben das große Glück in Stralsund – wir haben zwar das Pech, dass wir zwei drin haben in der Bürgerschaft, aber das große Glück –, dass es zwei Blödköpfe sind.“

„Also, wie gesagt, ich muss immer wieder darauf zurückkommen, die NPD in meinen Augen: Parolen und das war’s dann aber auch. So richtige Sacharbeit wird man mit denen, jedenfalls mit den beiden, die wir hier bei uns in der Bürgerschaft haben, werden die nicht leisten können.“

In Königstein und Sebnitz, wo die NPD als „Ein-Mann-Aktivitäten“ in Erscheinung tritt, wird dagegen den Fraktionsvorsitzenden (beide auch Mitglieder des Kreis- und Landtages) von allen vier Befragten eine mehr oder weniger ausgeprägte kommunalpolitische Kompetenz attestiert.

„Man hat ja in dem Moment, wo man sich einbringt in Sacharbeit, indem man Themen besetzt, macht man ja auch Parteiarbeit, weil die Partei das Thema durch die Person besetzt. Da hat Leichsenring sich immer eingebracht zu Tagesordnungspunkten, da war er schon aktiv.

„Und hat, ja, Anträge gestellt und ist auch ..., relativ schnell hat er auch, hat er sich auch in die Materie reingearbeitet, weil er war ja auch neu im Stadtrat und [...], was ich sagen wollte, der Leichsenring hat sich schon, hat das gemerkt, der war auch ehrgeizig, er wollte auch sich mit der Gemeinde, hat sich auch mit dem Haushaltsrecht befasst, er wollte auch den Haushaltsplan verstehen können und ... Da war schon auch der Intelligenzgrad da, den Sachverhalt schnell zu erfassen.“

„Na ja, muss man schon sagen, dass die natürlich – am Anfang war das nicht so, ist ja klar, wie jeder, der anfängt ist man ... –, aber das wächst jetzt ganz einfach dadurch, dass er, er ist ja ein Profipolitiker geworden. Er ist Mitglied des Stadtparlaments, er ist Mitglied des Kreisparlaments und Mitglied des Sächsischen Landtags, und wenn ich in allen drei Ebenen bin, dann brauche ich ja nur immer bloß zuzuhören, und erfahre vieles an Fakten, sagen wir mal aus dem Land, das erfahre ich schon mal nie, also wenn mir das nicht irgendwie durch irgendwelche anderen Linien mal auf mich zukommt. Aber er hat's halt nah, und da bildet sich automatisch eine gewisse Kompetenz in gewissen Sachen.“

Wie in Tabelle 14 zu erkennen ist, sind sich die Interviewpartner von SPD und CDU in Anklam nicht einig, wenn es um die Bewertung der kommunalpolitischen Kompetenz des NPD-Stadtverordneten Michael Andrejewski geht, der zugleich Abgeordneter seiner Partei in Kreis- und Landtag ist. Während der SPD-Fraktionsvorsitzende dem aus Baden-Baden stammenden Andrejewski eine solche Kompetenz vor allem aufgrund dessen fehlender persönlicher Beziehung zu Stadt und Region abspricht, hebt der CDU-Fraktionsvorsitzende die politische Arbeit des NPD-Politikers in der Stadtvertretung hervor und bescheinigt ihr eine ebenso formale wie inhaltliche Qualität. Die unterschiedliche Schwerpunktsetzung der Interviewpartner in Bezug auf die Kompetenzeinschätzung legt die Vermutung nahe, dass bei den Befragten der kritische Blick auf die extreme Rechte in der Kommune unterschiedlich akzentuiert ist.

„Es ist eindeutig eine Frage der politischen Selbstinszenierung mit dem Ziel praktisch, weiterhin erfolgreich sein zu können. Eine tiefgründige kommunalpolitische, örtliche Kenntnis kann er gar nicht haben. Der ist ja hier praktisch kurz vor der Wahl, ein Jahr vor der Wahl, hergeordnet werden. Er hat sich ja auch selbst in einem Interview, noch in der Berliner Zeitung, als ‚Berufsrevolutionär‘ bezeichnet.“

„Es will keiner mit ihm ... und ich auch nicht mit ihm. Doch wenn er sachlich redet, dann spitzen sie die Ohren, weil er im Grunde keinen Stuss [redet] ..., wenn um Kommunalpolitik, da geht es ja in der Regel nicht um, um, um das Weltbild der NPD, dann geht es ja um Probleme vor Ort, und da hat er oft eine ordentliche oder eine sachkundige Meinung, die man nicht immer teilen muss, aber es ist kein Schnee. [...] Also als Bühne, nee, direkt nicht. Ich denke, da ist er nicht der Typ. Als Bühne nicht.“

Tab. 14: Lässt sich bei der NPD/den „Republikanern“ eine kommunalpolitische Kompetenz feststellen oder nutzt/nutzen sie das Parlament lediglich als „Bühne“ zur politischen Selbstinszenierung?

Kategorien	Mittel-hessen		Pfalz		Sächs. Schweiz		Vor-pommern		Σ (N = 16)
	EHR	WÖ	LU	PS	KÖ	SEB	HST	ANK	
Politische Selbstinszenierung	1	1	1	2		1	2	1	9
Kommunalpolitische Kompetenz					2	2		1	5

### 4.3 Umgang der demokratischen Parteien mit der extremen Rechten im Parlament

*Frage 3.1: Besteht ein differenziertes Verhalten gegenüber der NPD/den „Republikanern“, indem zum Beispiel ihren Anträgen zugestimmt wird oder ihre Themen aufgegriffen werden?* Die von den Befragten angesprochene Sach- und Protestorientierung der rechtsextremen Fraktionen und Mandatsträger bei der Auswahl ihrer Themen (vgl. Tab. 12) macht es für die demokratischen Parteien schwierig, insbesondere Vorschläge oder Anträge zu sozial- und verkehrspolitischen Problemen, die vielleicht noch instandhaltungs- und/oder sicherheitsrelevant sind, zu ignorieren oder einfach abzulehnen. Dies würde nach Meinung der Interviewpartner

zu einem berechtigten Unverständnis und Missmut in der Bevölkerung führen und der NPD somit erst recht Aufwind geben. Wie die quantifizierende Auswertung des Interviewmaterials in Tabelle 15 zeigt, kommt es in Königstein und Sebnitz vor, dass man (kommunale) Themen der NPD aufgreift und ihren Anträgen teilweise sogar zustimmt. Der vertiefende Blick ins Material gibt jedoch zu erkennen, dass von den demokratischen Parteien die Themen und Anträge der Rechtsextremen nicht einfach auf- bzw. hingegenommen werden, sondern versucht wird, diese Themen und Anträge selbst und in abgewandelter bzw. erweiterter Form (später) ins Plenum einzubringen, um somit der NPD keine öffentliche Darstellung ihres politischen Erfolgs zu ermöglichen. Mit etwas populistischem Geschick könnte dieser schließlich als ein „Erfolg für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt“ präsentiert werden, der allein der NPD zu verdanken sei.

„Also nach Möglichkeit nicht, aber wenn es Dinge sind, die offensichtlich sind oder die sowieso dran gewesen wären, dann ist es manchmal nicht zu vermeiden. Also wir versuchen dann schon – auch durch einen kurzen Draht zum Bürgermeister –, solchen Dingen zuvorzukommen und dann vielleicht den eigenen CDU-Antrag dagegen zu setzen oder einen drauf zu setzen, also dass wir unseren Antrag dann beschließen können und den anderen ablehnen können. Das funktioniert meistens aber nicht immer, muss man fairerweise sagen, weil es halt letztlich um sachliche Themen geht. Und wenn’s halt darum geht, dass eine Straße anders gebaut werden soll, weil die Anwohner das anders verlangen, und man feststellt, dass vielleicht die Verwaltung an der Stelle über das Ziel hinausgeschossen ist – hatten wir halt im vergangenen Jahr so einen Fall: die wollten da eine Straße mit abgesenktem Bürgersteig bauen, und die ist sehr schmal, und da haben die Leute sich halt unsicher gefühlt –, da mussten wir dann letzten Endes das revidieren. Dann muss man halt letzten Endes, um den Bürgerwillen zu erfüllen, natürlich die Sache aufgreifen, und wir haben das dann in den CDU-Antrag ummünzen können, aber sicher wird’s da den ein oder anderen Bürger geben, der dann sagen wird: ‚Die NPD hat mir geholfen.‘“

„Also, ich sag jetzt mal, wenn jemand sagt, da ist, also wenn, wenn, wenn jetzt von der NPD jemand sagt, was weiß ich: ‚Das Gelände ist kaputt, da besteht Absturzgefahr.‘ Da werd’ ich nicht sagen: ‚Nee, ihr könnt es kaputt lassen.‘ Dann würde ich auch sagen: ‚Klar, dass muss in Ordnung gebracht werden.‘

So. Wenn jemand sagt: ‚Mir ist zugetragen worden, das Geländer ist kaputt‘, ich nehme das Beispiel jetzt mal, an, was weiß ich, an der Biela, das ist so ein Fluss, der durch Königstein fließt. So, und der Bürgermeister sagt: ‚Ich werde das prüfen.‘ So, dann sage ich als Stadtrat, als SPD-Stadtrat, halt vielleicht, so, um jetzt mal die Situation zu konstruieren, sage ich: ‚Ich fordere die Stadtverwaltung auf zur Beseitigung der Gefahrenquelle, sie sind Ortpolizeibehörde als Ortsbürgermeister.‘ Also, ich bringe dann auch das fundierter; ich nehme ihn nämlich dort in die Pflicht, die Gefahr unverzüglich zu beseitigen und im nächsten Stadtrat darüber zu berichten. Verstehen Sie den Unterschied? Also, ich bin dann verbindlicher, dass ich vielleicht so ein Thema aufgreife, wenn ich es kenne. Manchmal ist es ja so, dass ich es parallel mir auch auf einen Zettel geschrieben habe, dass bloß – je nachdem, wer gerade zuerst ans Wort kommt ... Das kann man also, das kann man jetzt nicht so allgemein sagen, also dass jetzt nur ständig von der NPD Themen kommen, würden die anderen aufgreifen, so ist es auch nicht, das ist dann eher zufällig mal.“

Tab. 15: Besteht ein differenziertes Verhalten gegenüber der NPD/den „Republikanern“, indem z.B. ihren Anträgen zugestimmt wird oder ihre Themen aufgegriffen werden?

Kategorien	Mittel-hessen		Pfalz		Sächs. Schweiz		Vor-pommern		Σ (N = 16)
	EHR	WÖ	LU	PS	KÖ	SEB	HST	ANK	
Themen werden aufgegriffen					1	1			2
Anträgen wird zugestimmt					1				1

*Frage 3.2: Wie sieht Ihr persönlicher Umgang mit den/der/dem Abgeordneten der NPD/„Republikaner“ aus?* Angaben zum eigenen Verhalten der Befragten gegenüber den Mandatsträgern der extremen Rechten finden sich in 14 der insgesamt 16 Interviews; in zwei Gesprächen (CDU Ehringshausen und CDU Pirmasens) wurde auf diese Frage nicht eingegangen. Wie Tabelle 16 (am Ende dieses Abschnitts) zu entnehmen ist, geben neun der befragten Fraktionsvorstände von SPD und CDU an, dass sich ihr persönlicher Umgang mit den Mitgliedern der NPD- bzw. REP-Fraktion auf formale Gesten und Verhaltensweisen, wie zum Beispiel ein allgemein-höfliches Begrüßen oder Türaufhalten, beschränke; darüber hinaus gäbe es keinen Kontakt mit den Rechtsextremen. Betrachtet man die Antwortkategorie unter dem Aspekt der Parteizugehörigkeit,

dann ist anhand der Tabelle festzustellen, dass es sich bei der CDU um alle Befragten (außer in Ehringshausen und Pirmasens), bei der SPD um die Befragten in Königstein und Sebnitz sowie um einen der beiden Gesprächspartner in Wölfersheim handelt.

„Aber, wie gesagt, mein persönlicher Umgang beschränkt sich eigentlich darauf: Ich biete ihm die Zeit: guten Morgen, guten Tag, guten Abend; und das war's eigentlich. Also privat möchte ich mit diesen Leuten – sage ich ganz ehrlich – nichts zu tun haben.“

„Man streitet nicht, man sagt sich ‚Guten Tag‘, man spricht auch miteinander, und dann geht man halt wieder.“

„Ich sag mal nur, was jetzt meine Person oder meine Fraktion anbelangt, nur das, was, ich sag mal, Mindestmaß an Höflichkeit ist, aber auch da sag ich: stark eingeschränkt. Ich meine, Höflichkeit über das, was normal ist im Miteinander, dass man sich vielleicht zunickt und begrüßt, okay. [...] Dieses Minimalgebot der Höflichkeit, dass man sich wenigstens per Zunicken grüßt, kann man einhalten, aber weitergehende Kommunikation, geschweige denn Kontakt in allen politischen Dingen findet nicht statt.“

„Also, ich habe ihn nicht gemieden, wir haben uns begrüßt und einen guten Tag gewünscht, und dann war's das, sag ich mal so. Also ich bin ihm freundlich gegenübergetreten, habe ihn nie unbedingt so gemieden oder irgendwas, aber wir waren auch keine Freunde.“

„Ja, es ist nicht ganz so einfach, der Umgang. Auf der einen Seite muss man schon akzeptieren, sie sitzen nun mal im Stadtrat, sind gewählt, also muss ich ihm auch ‚Guten Tag‘ sagen, wenn ich ihnen über den Weg laufe, denke ich jedenfalls, [...]. Also, so versucht man das Verhältnis nicht eskalieren zu lassen, so würde ich es mal beschreiben. Andererseits gehe ich auch nicht bewusst hin und reich denen die Hand, um ‚Guten Tag‘ zu sagen.“

„Also, ich gebe ihm dann auch die Hand. Er ist auch da rein gewählt worden.“

Mit Ausnahme der drei oben erwähnten SPD-Vertreter geben die anderen Sozialdemokraten an, sie würden die Mandatsträger von NPD und REP entweder kon-

sequent ignorieren oder demonstrativ ausgrenzen, wobei es auch eine Mischung dieser beiden Umgangsformen gibt.

„Ich habe noch nie dem Herrn Sachs die Hand gegeben. Ich mache da einen großen Bogen rum; alles, was da rundherum hängt.“

„Also, mir persönlich ist wichtig, überhaupt keinen Umgang mit denen zu haben.“

„Ganz kurz und bündig: Ich lasse, wenn's irgendwie geht, einfach links liegen.“

„Ich ignoriere sie, ich habe da eine hohe Distanz, weil ich ein sehr klares antifaschistisches Leitbild habe.“

„Also, bei uns gibt's einen Konsens: Wir reden mit denen nicht. Also, wenn mir jemand die Tür öffnet oder so von denen, dann sage ich danke, aber mehr auch nicht. Also, ich denke, das bin ich einfach meiner Kinderstube schuldig, aber ich grüße die nicht und nehme die auch nicht wahr.“

In einigen Kommunen wird von den Befragten zudem darauf hingewiesen, dass sowohl Abgeordnete anderer demokratischer Parteien als auch Mitarbeiter der Kommunalverwaltung weder ein distanziertes noch ein distanzierendes Verhalten gegenüber den rechtsextremen Mandatsträgern zeigen würden, wie zum Beispiel in Pirmasens und Anklam. Folgt man den Ausführungen des SPD-Fraktionsvorsitzenden in der Hansestadt, dann werde sogar ein persönlicher Umgang zwischen Mitgliedern der CDU-Fraktion und dem NPD-Abgeordneten Michael Andrejewski gepflegt, der zuvor im Gespräch mit dem CDU-Fraktionsvorsitzenden jedoch nicht erwähnt wurde.

„Nee, aber für mich persönlich ging das schon damit los, dass ich eigentlich überhaupt keinen Grund sehe, die zu begrüßen, denen, irgendjemand von denen die Hand zu geben, wie das eine ganze Reihe der Verwaltungsspitze macht und auch einige von den anderen Fraktionen. Dazu habe ich überhaupt keine Veranlassung.“

„Ich sage ihm nicht ‚Guten Tag‘, ich trinke keinen Kaffee mit ihm, ich nehme ihn auch nicht in meinem privaten Auto mit – alles macht aber die CDU. Die sitzen regelmäßig zusammen und trinken Kaffee in der Pause in der Stadtvertreterversammlung, man herzt sich, man schlägt sich auf die Schulter.“

Tab. 16: Wie sieht Ihr persönlicher Umgang mit den/der/dem Abgeordneten der NPD/„Republikaner“ aus?

Kategorien	Mittel-hessen		Pfalz		Sächs. Schweiz		Vor-pommern		Σ (N = 16)
	EHR	WÖ	LU	PS	KÖ	SEB	HST	ANK	
Formale Begrüßung		2	1		2	2	1	1	9
Ignorieren/Ausgrenzen	1	1	1	1			1	1	6

*Frage 3.3: Welche Strategievarianten zum Umgang mit der NPD/den „Republikanern“ im Parlament hat Ihre Fraktion entwickelt?* In allen untersuchten Kommunen wird die Meinung vertreten, dass man sich mit den Mandatsträgern der extremen Rechten nicht mehr als unbedingt nötig auseinandersetzen sollte. Ansonsten bestünde die Gefahr, den Rechts-extremen eine erhöhte öffentliche Aufmerksamkeit teil werden zu lassen, die ihnen eine populistische Selbstdarstellung ermöglichen könnte. Daher zeigt sich die Mehrzahl der befragten Fraktionsvorstände von SPD und CDU darauf bedacht, nur in Ausnahmen und dann auch nur kurz und knapp auf politisch meist eher wenig gehaltvolle Beiträge der Mandats-träger von NPD und REP einzugehen.

„Wir wollen nicht noch mal Gelegenheit geben, wir antworten nicht auf die Beleidigungen mit Gegenbeleidigungen, sondern wir sagen: ‚Ihr Verhalten hier ist wieder unakzeptabel. Sie stellen sich über das Recht, und deswegen wird das abgelehnt, was Sie sagen‘, aber wirklich nur mit zwei, drei Sätzen.“

„Deswegen sag ich ja auch immer wieder: So wenig wie möglich über diese Leute reden, nur mit Fakten kontern und ansonsten die Leute links liegen lassen oder rechts liegen lassen.“

„Wenn, sag ich jetzt mal, eine Gelegenheit sich bietet gegen die NPD einen Satz zu sagen, dann sollte man das wahrnehmen, unbedingt, auch in der Öffentlichkeit, wenn man dann hinterher auch Schelte kriegt, egal.“

„Auch da ist ja eigentlich gesagt worden – das halte ich auch von der Strategie für richtig –, man soll ihnen nicht mehr politische Freiräume und Plattformen geben als nötig. Ist schon schlimm genug, dass sie da drin sitzen und dann irgendwelche Reden halten können. Und wenn man jetzt eben sich mit so einer Darstellung da noch öffentlich auseinandersetzt, ist ja praktisch, automatisch die Öffentlichkeit noch größer.“

Tabelle 17 (am Ende dieses Abschnitts) zeigt, dass die Strategie des „Nicht mehr als unbedingt nötig“ häufig damit einhergeht, die Rechtsextremen mehr oder weniger konsequent zu ignorieren. Als Mittel in der Auseinandersetzung ist mit der Strategie des Ignorierens einerseits gemeint, die rechtsextremen Abgeordneten „rechts liegen zu lassen“, wie es oftmals von den Interviewpartnern formuliert wurde; andererseits kann diese Strategie aber auch eine (demonstrative) Ausgrenzung der Mandatsträger von NPD und REP bedeuten, die allerdings nicht mit einer dezidierten Auseinandersetzung gleichzusetzen ist.

„Wir wollen den ‚Republikanern‘ keinen Stellenwert geben, und das würden wir automatisch tun, wenn wir ihre Beiträge kommentieren würden oder uns mit ihnen auseinandersetzen würden. Unsere Politik ist so, dass wir sie ignorieren, sie nicht wahrnehmen und ihnen damit keine Bedeutung beimessen im Kommunalparlament.“

„Das Zweite ist, dass wir politisch entschieden haben, wir ignorieren die Republikaner, um ihnen auch kein politisches Podium zu geben, dass man sich mit ihnen auseinandersetzt.“

„Ich sag mal, wir versuchen – das ist mehr oder weniger ein Abkommen mit allen Fraktionen –, der NPD keine Plattform zu geben. So, und das ist natürlich jetzt sehr schwierig, ihnen keine Plattform zu geben. Dann heißt es auch, dass man auf bestimmte Sachen nicht reagiert, weil, sonst, schaukelt man sich ja auch irgendwo hoch.“

„Wir strafen sie eigentlich mit einer Nichtachtung in der Bürgerschaft und versuchen wirklich, es zu vermeiden, uns oder ihnen –, ich will jetzt nicht sagen, wir versuchen es zu vermeiden, uns mit ihnen auseinanderzusetzen, nein, um Gottes willen, das soll es damit nicht heißen, aber wir wollen ihnen keine Plattform geben in der Bürgerschaft.“

„Also wenn der dann sagt: ‚Ja, diese Türken und dieses Pack dahinten‘, dann sagen wir nicht: ‚Halt, halt, halt‘, sondern ist gar nichts mehr, keine Reaktion; weil der hat sich an uns, an unsere Reaktion, ist der immer wilder geworden, der hat sich da empor gehangelt. Und je mehr wir gesagt haben, umso mehr hat er Contra gegeben.“

In drei Kommunen wird darüber hinaus die Strategie verfolgt, Anträge der NPD prinzipiell und ohne vorherige Diskussion abzulehnen oder (wie in Stralsund) auch in die entsprechenden Ausschüsse zu verweisen, wobei dies „normalerweise Beerdigung zweiter Klasse“ sei, wie ein Interviewpartner süffisant bemerkt. Ziel der demokratischen Parteien ist es auch hier wieder, eine öffentliche Wahrnehmung rechtsextremer Politik im Kommunalparlament zu verhindern.

„Also wir diskutieren das für jeden Antrag neu, wie wir drauf reagieren. Ob wir zum Beispiel diese Hauruckablehnung machen, einfach sagen, das ist aus den und den Gründen nicht zu machen und wird auch nicht besser, wenn’s in einen Ausschuss geht, wird auch dann nicht irgendwie konsensfähig. Das ist Regelfall, aber wir machen’s in jedem einzelnen Fall neu.“

„Wir haben eigentlich so eine interne Übereinkunft unter den demokratischen Parteien: Wenn von denen irgendwas kommt, was so in die Richtung geht – normalerweise gehen Anträge in die Ausschüsse, werden dann da behandelt –, wir haben uns jetzt darauf geeinigt, wenn von denen so ein Unsinn kommt, das wird ohne Debatte im Parlament abgelehnt.“

„Dass wir irgendwann mal gesagt haben, wir befassen uns gar nicht mehr mit den Anträgen, wir lehnen sie kommentarlos ab.“

„Das wird also – was ich auch richtig finde – die Fraktionen sagen dann immer: ‚Kein Podium schaffen.‘ Also gehen dann gar nicht an oder schieben das immer

ab in die Ausschüsse, weil, wie gesagt, die sind zwar öffentlich, aber die Öffentlichkeit ist da kaum vertreten und so was ...“

In der Auseinandersetzung mit der Stadtratsfraktion der „Republikaner“ findet in Pirmasens eine explizite Zusammenarbeit der demokratischen Parteien statt. So haben sich die Fraktionen von CDU, SPD, FWG und Grünen darauf geeinigt, nur noch eine gemeinsame Stellungnahme zu den Anträgen und Anfragen der „Republikaner“ abzugeben. Im Wechsel und nach jeweils kurzer Beratung äußert sich stellvertretend für die anderen nur einer der vier Fraktionsvorsitzenden.

„Und dann war die Überlegung, wir hatten uns dann mal zusammengesetzt, die Fraktionsvorsitzenden, und haben eigentlich übereinstimmend gemerkt, dass wir die nur aufwerten, wenn ein Antrag der ‚Republikaner‘ da ist oder wenn eine Wortmeldung der ‚Republikaner‘ da ist und als Antwort kommen vier andere Wortmeldungen, wird das nur aufgewertet. Deshalb haben wir uns darauf verständigt, dass nur einer antwortet für alle. Also die vier Fraktionen machen eine Aussage zu den Aussagen der ‚Republikaner‘ im Namen aller, und damit es hier keine Probleme gibt, wechseln wir uns einfach ab.“

„Wir verständigen uns vorher kurz; ist klar. Also ich würde jetzt nicht der Fraktionsvorsitzenden der CDU eine Blankovollmacht geben und dann nichts sagen dazu. Also man verständigt sich natürlich, wie die Grundrichtung ist unserer gemeinsamen Position, und die wird dann vorgetragen.“

Im sächsischen Königstein wird dagegen vom Interviewpartner der SPD eine konsequente Auseinandersetzung mit den Mandatsträgern der NPD angemahnt. Im Ansinnen einer „streitbaren und wehrhaften Demokratie“ müssten sich die Demokraten erst recht dieser Auseinandersetzung stellen und dürften nicht davor zurückscheuen. Die politische Konfrontation mit den verschiedenen Formen des Extremismus wird hier geradezu als „Bürgerpflicht“ gesehen und gefordert.

„Ich denke, nicht ausgrenzen ist der Weg, sondern auseinandersetzen. Also, wenn man die jetzt ausgrenzt und sagt, hier Fraktionsstatus, also auch nicht im Ältes-

tenrat vertreten, das wäre ja dann der Fall, das hieße ja: ausgrenzen. Und ich sage, wir müssen die nicht ausgrenzen, wir haben auch keine Angst vor denen. Warum sollen wir irgendwo Angst signalisieren? Wir sind Demokraten, wir haben eine Auffassung zu Themen oder auch zu der NPD an sich oder zu Extremismus generell, und wenn da jemand kommt, ich kann mich doch damit auseinandersetzen. Ich habe da keine Angst davor, ich kusche nicht vor denen.“

Tab. 17: Welche Strategievarianten zum Umgang mit der NPD/den „Republikanern“ im Parlament hat Ihre Fraktion entwickelt?

Kategorien	Mittel-hessen		Pfalz		Sächs. Schweiz		Vor-pommern		Σ (N = 16)
	EHR	WÖ	LU	PS	KÖ	SEB	HST	ANK	
Nicht mehr als unbedingt nötig auseinandersetzen	2	1	1	2	1	2	2	2	13
Ignorieren/Ausgrenzen	1	2	2		1	1	2		9
Anträge prinzipiell ablehnen	2	1					1		4
Anträge in Ausschüsse verweisen							2		2
Beratung und gem. Stellungnahme der demokratischen Fraktionen				2					2
Konsequent auseinandersetzen					1				1

*Frage 3.4: Würden Sie Ihre Verhaltensweise gegenüber der NPD/den „Republikanern“ als eher gelungen oder als eher weniger bzw. gar nicht gelungen bewerten?* Diejenigen der Befragten, die schon seit längerer Zeit mit der extremen Rechten in ihrem kommunalen Parlament konfrontiert sind, bewerten die entwickelten Strategievarianten im Umgang mit NPD und REP als durchaus gelungen. In diesen Städten und Gemeinden zeigt sich jeweils mindestens ein Interviewpartner davon überzeugt, dass sich die angewandte Verhaltensweise bewährt habe. In Anklam und Pirmasens gelang der NPD bzw. den „Republikanern“ der Einzug ins Stadtparlament erst(mals) bei den Wahlen 2004, so dass die Befragten in diesen beiden Städten keine Bewertung ihres Verhaltens abgeben konnten.

„Also als gelungen kann ich nur die bezeichnen, die wir, denk ich, von Anfang an bis heute durchgeführt haben, ganz einfach die des Nichtbeachtens, des nicht Aufwertens, nicht mit einbeziehen mehr als nötig.“

„Doch, find ich schon, wobei ... Wenn man das jetzt mit den Prozenten sieht, Wahlergebnis, kann man sagen, nicht gelungen. Aber ich denke für mich oder für uns, für den Stadtrat, ist es gelungen, weil, das merkt man jetzt ja am Ende, er hat ja nie was erreicht mit seinen Argumenten oder Sticheleien, sag ich jetzt einfach mal.“

Wie Tabelle 18 zu entnehmen ist, haben sich sechs der insgesamt 16 Fraktionsvorstände positiv über die von ihnen gewählte bzw. entwickelte Umgangsstrategie geäußert. Ein Vergleich mit Tabelle 17 zeigt, dass es sich dabei um die Kommunen handelt, in denen die Mandatsträger von NPD und REP nach Möglichkeit ignoriert und/oder ausgegrenzt werden. Zusammen mit der Strategie, nur dann die Auseinandersetzung zu suchen, wenn es denn unbedingt nötig ist, wird diese Verhaltensweise, die man auch mit dem Begriff „differenzierendes Ignorieren“ belegen könnte, als durchaus gelungen eingeschätzt. Der Blick in Tabelle 18 sowie in das Interviewmaterial lässt allerdings auch erkennen, dass ein Gesprächspartner das Verhalten der demokratischen Parteien gegenüber der NPD eher skeptisch oder zumindest kritisch sieht, wenn auch nicht gänzlich als misslungen bewertet.

„Nun ja, es ist ja das große Streitthema. Das ist auch nicht ganz entschieden, was richtig ist: ausgrenzen oder, weil sie der Bürger gewählt hat, also mal mitmachen lassen, so tun, als wenn nichts wäre, und durch Diskussionen, äh, durch Gespräche in den Kampf führen. Das ist ja am Ende wieder Ausgrenzung. Ich meine, ja, kann man aber nach meiner Auffassung nur bis zu einem gewissen Grad machen. Allein schon, wenn sie den dritten meiden, ist das Thema gegessen, da kann ich machen, was ich will, da sind sie einfach drin. Und letztendlich ist es auch, ja, vielleicht ist es auch ein bisschen kindisch.“

Tab. 18: Würden Sie Ihre Verhaltensweise gegenüber der NPD/den „Republikanern“ als eher gelungen oder als eher weniger bzw. gar nicht gelungen bewerten?

Kategorien	Mittel-hessen		Pfalz		Sächs. Schweiz		Vor-pommern		Σ (N = 16)
	EHR	WÖ	LU	PS	KÖ	SEB	HST	ANK	
Eher bewährt	1	1	1		1	2	1		7
Eher weniger/gar nicht bewährt						1			1

*Frage 3.5: Welche Absicht haben Sie mit Ihrem Verhalten verfolgt? Wollten Sie Ihren Standpunkt zu und gegenüber der NPD/den „Republikanern“ klarmachen oder wollten Sie sie ideologisch demaskieren?* Trotz Vorgabe zweier Antwortmöglichkeiten sind die meisten Gesprächspartner auf diese Frage nicht sonderlich eingegangen, wie Tabelle 19 zu entnehmen ist. Dies lag jedoch weniger an einer expliziten Verweigerung der Befragten als vielmehr daran, dass vielen entweder ihre Verhaltensintention nicht klar war oder sie den Rechtsextremen kein Forum zur politischen Selbstdarstellung bieten wollten. Sicherlich sind die geringen Fallzahlen hier im Zusammenhang mit den beiden Strategievarianten der Vermeidung öffentlicher Wahrnehmung und Aufmerksamkeit zu sehen, wie sie zu Frage 3.3 beschrieben wurden. Es zeigt sich, dass mit der Auseinandersetzung und dem Ausgrenzen der NPD in Ehringshausen, Königstein und Sebnitz neben deren ideologischer Demaskierung auch das Anliegen verbunden ist, den Rechts-extremen und der kommunalen Öffentlichkeit den eigenen Standpunkt klarmachen zu wollen. Auch die Strategie einer gemeinsamen Stellungnahme der demokratischen Parteien im Rat der Stadt Pirmasens beinhaltet nach Meinung der Befragten ausdrücklich die Intention, sowohl die Anträge der „Republikaner“ ideologisch bloßzustellen als auch der Partei selbst „die Maske vom Gesicht zu reißen“.

„Also normalerweise versuchen wir beides zu kommunizieren, zu sagen, dass mangels inhaltlicher Substanz das nicht geht, mit Sachargumenten zu kommen, aber schon auch zu sagen: Wenn sich’s denn anbietet, also wenn man wirklich erkennt, dass irgendwie eine Grundhaltung dahinter steckt, die mit dem Bild der Gesellschaft, die wir wollen, jedenfalls nicht vereinbar ist, dann sagen wir das auch.“

„Ich versuche, ihn da halt zu stellen und die Demokratie, mein Demokratieverständnis dem darzustellen und versuche dann also klarzumachen, dass das, was er unter Demokratie versteht, was die NPD unter Demokratie versteht – in den Programmen kann man das ja nachlesen –, dass das eigentlich gar nichts mit Demokratie im eigentlichen Sinne zu tun hat – die wollen ja eine Elite-Regie-

rung installieren – und dass sie sich eigentlich mit dem Begriff Demokratie gar nicht schmücken dürfen und können.“

Tab. 19: Welche Absicht haben Sie mit Ihrem Verhalten verfolgt? Wollten Sie Ihren Standpunkt zu und gegenüber der NPD/den „Republikanern“ klarmachen oder wollten Sie sie ideologisch demaskieren?

Kategorien	Mittel-hessen		Pfalz		Sächs. Schweiz		Vor-pommern		Σ (N = 16)
	EHR	WÖ	LU	PS	KÖ	SEB	HST	ANK	
Ideologische Demaskierung	1			1	2	1			5
Standpunkt klarmachen	1				1	1			3

#### 4.4 Änderungen der „parlamentarischen Spielregeln“

*Frage 4.1: Wurden seit dem Einzug der NPD/„Republikaner“ ins Parlament die sog. parlamentarischen Spielregeln geändert, zum Beispiel in Bezug auf Redezeiten, Antragstellung, Mittelflüsse, Ämtervergabe, Besetzung von Ausschüssen?* In den Satzungen der Kommunalparlamente wurden nach Auskunft der Interviewpartner weder die Redezeiten oder finanzielle Zuschüsse noch die Verfahrensweisen zur Ämtervergabe oder Antragstellung geändert, auch weil diesbezügliche Regelungen in den meisten Fällen gar nicht erst existieren. Änderungen hinsichtlich der Besetzung der Ausschüsse und Gemeindevorstände sind jedoch in den beiden mittelhessischen Kommunen vorgenommen worden. Durch die Änderung der Hauptsatzung wurde in Wölfersheim der Gemeindevorstand so verkleinert, dass die kleineren Parteien (NPD und Grüne) keinen Sitz mehr erhielten; vertreten sind damit die CDU sowie SPD und FWG, die eine gemeinsame Liste gebildet haben. In Ehringshausen wurden Gemeindevorstand und Ausschüsse um jeweils einen Sitz reduziert, damit man auf diese Weise die Mandatsträger der NPD ausschließen konnte.

„Der Gemeindevorstand wurde drastisch verkleinert, dass die NPD und die Grünen nicht mehr rein gekommen sind, und die FWG ist nur dank einer gemeinsamen

Liste mit der SPD im Gemeindevorstand. Der wurde von SPD-Seite verkleinert, um die NPD fernzuhalten. Leider sind die Grünen auch davon betroffen, aber gut.“

„Ja, wir haben nach der Wahl unsere Hauptsatzung geändert. Die Hauptsatzung hat früher vorgesehen, dass der Gemeindevorstand aus neun Mitgliedern plus Bürgermeister besteht. Die NPD hätte durch dieses komische Auszählungssystem bei der letzten Wahl, trotz dass sie zwei oder drei Prozent verloren haben, rechnerisch hätte denen ein Sitz im Vorstand zugestanden. Da haben wir die Hauptsatzung dahingehend geändert, dass wir den von neun auf acht reduziert haben, dass die NPD raus gefallen ist.“

„Die sind auch nicht in den Ausschüssen, das haben wir ähnlich dann gemacht wie beim Gemeindevorstand, haben wir die Anzahl der Ausschussmitglieder von neun auf acht reduziert, und dadurch ist die NPD raus gefallen. Die sind aber bei jeder Ausschusssitzung dabei, melden sich mal zu Wort.“

In Sebnitz wird zurzeit das Sitzzuteilungsverfahren nach d’Hondt angewandt, nach dem – anders als das Hare-Niemeyer-Verfahren – kleiner Parteien bei der Sitzvergabe benachteiligt sind.<sup>7</sup> Um bei der Ausschussbesetzung nicht von CDU und PDS übergangen zu werden, sind die kleineren Parteien (FDP, SPD und „Mitsprache Sebnitz“) eine Listenverbindung eingegangen. Die NPD erhält damit zwar als einzige Partei im Stadtrat keinen „zugeteilten“ Sitz, stellt aber dennoch in den Ausschüssen einen sogenannten „Verhinderungsvertreter“.

---

<sup>7</sup> Beim d’Hondt-Verfahren werden die für die einzelnen Wahlvorschläge (Parteien, Listen) abgegebenen gültigen Stimmen nacheinander durch 1, 2, 3 usw. geteilt, bis aus den gewonnenen Teilungszahlen so viele Höchstzahlen ausgesondert werden können, wie Sitze zu vergeben sind. Jeder Wahlvorschlag erhält so viele Sitze, wie Höchstzahlen auf ihn entfallen. Die Sitzverteilung kann dabei stark von der Proportionalität abweichen. Dieser Effekt wird noch gefördert durch große Unterschiede in den Parteistärken, eine hohe Anzahl antretender Parteien und eine niedrige Anzahl zu vergebender Sitze. Extremes Beispiel: Anzahl zu vergebender Sitze: 10, Anzahl abgegebener gültiger Stimmen: 1000. Partei A erringt 600 Stimmen, 7 weitere Parteien erringen zusammen 400 Stimmen (darunter keine mehr als 59). Im Ergebnis erhält Partei A mit einem Stimmenanteil von 60 % alle 10 Sitze. Beim Hare-Niemeyer-Verfahren wird dagegen zur Errechnung der Sitzzahl zunächst die Stimmenzahl der einzelnen Parteien mit den zu vergebenden Parlamentssitzen multipliziert und das Produkt durch die Gesamtzahl der Stimmen aller Parteien geteilt. Die dabei verbleibenden Restsitze werden in der Reihenfolge der höchsten Zahlen hinter dem Komma an die Parteien vergeben (vgl. <http://www.wahlrecht.de/verfahren/dhondt.html>; <http://www.wahlrecht.de/verfahren/hare-niemeyer.html>; <http://www.wahlaus-wertung.de/probewahl/sitzverteilung/index.html>).

„Ausschussbesetzungen nach d’Hondt werden bei uns vorgenommen, da gibt’s verschiedene Methoden. Aber wenn, müssen ja dann alle gewählten Vertreter grundsätzlich gleichberechtigt behandelt werden. Es ist aber möglich, dass die anderen Parteien sich zusamm tun und die Ausschussbesetzung absprechen. So haben wir das gemacht, dass wir das Wahlverhalten vorher, das taktische Wahlverhalten, vorher absprechen, so dass die NPD in den Ausschüssen selbst, ich glaube, immer nur als Verhinderungsvertreter vertreten ist. Also, man kann sie gar nicht wählen bei den gesetzten Ausschüssen. Man kann aber die Platzierung beeinflussen, die nach dieser d’Hondt-Regelung sich ergibt. Es ist wohl so, wenn eine Partei, die 50 Prozent der Stimmen hat, 50 Prozent der Stadtratsitze hat, auch mit 50 Prozent in den Ausschüssen repräsentiert sein muss; so gibt’s wohl die allgemeine Regelung, so ist es uns jedenfalls erklärt worden. Und da die NPD ja sich um die zehn Prozent in Sebnitz bewegt und wir die meisten Ausschüsse nur mit fünf oder sechs Personen besetzt haben, besteht also kein automatischer Anspruch für die NPD, mit ihren zehn Prozent den Sitz zu bekommen. Da kann man das ein bisschen steuern. Wenn die zwanzig Prozent hätten, wäre es schwieriger. Da hätten sie immer irgendwo mal einen Sitz bekommen müssen.“

„Da haben sich die anderen dann zum Teil zusammengetan, und eben die drei Einzelparteien, die haben dann eben eine gemeinsame Liste gemacht. [...] Und haben also bei dieser Besetzung der Ausschüsse dann die Listen so gemeinsam gebildet, dass das halt funktioniert hat, dass aus dieser Liste immer jemand mit in den Ausschuss kam und die NPD dann außen vor blieb.“

Ebenso wie in Sebnitz wird auch in Stralsund auf das d’Hondt-Verfahren zurückgegriffen, wenn es um die Besetzung von Ausschüssen geht, von denen es in der Hansestadt dreizehn gibt. Die Anwendung dieses Sitzzuteilungsverfahrens erfolgt dabei mit dem Ziel, die beiden NPD-Abgeordneten aus den Gremien der Bürgerschaft herauszuhalten. Zwar sind die Rechtsextremen dadurch tatsächlich in keinem Ausschuss oder sonstigem Gremium vertreten, doch ging dieser Erfolg auch zu Lasten anderer kleinerer Gruppierungen im Parlament.

„Ja, das war gleich nach der Kommunalwahl. Die Hauptsatzung haben wir geändert, nicht die Geschäftsordnung. [...] Und die Hauptsatzung legt ja fest, wie groß diese Gremien sein müssen, ne? Und das kann man ja selber bestimmen und auch, wie sie besetzt sind, nach der Hare-Niemeyer und nach der d’Hondt. Und

Hare-Niemeyer begünstigt ja immer die kleinen Fraktionen, und das war ja seiner Zeit noch Thema, wie weit sie diese Anerkennung kriegen als Fraktion, ne? Um das eben auszuhebeln, haben wir dann gesagt, wir besetzen nach d'Hondt, und damit kamen die dann nicht rein. Die werden erst bei einer Größenordnung, ich glaube, bei dreizehn Sitzen, dann wären sie mit rein gekommen.“

„Ja, wir haben einen Ausschuss verkleinert, ansonsten hätten die sich reinklagen können. Wird ja nach Proporz vergeben, deswegen haben wir verkleinert, und dadurch fielen die Kleinen dann auch raus. Ja, also das haben wir zu Beginn der Konstituierung auch so durchgesetzt, aber insgesamt sind die in keinem Ausschuss drin, in keinem anderen Gremium, in keinem Aufsichtsrat, in keinem Verwaltungsrat, da haben die gar keine Infos.“

Tabelle 20 zeigt, dass auch in Anklam eine Möglichkeit gefunden wurde, wie man die NPD bei der Besetzung von Ausschüssen außen vor lassen kann. Ähnlich wie in Wölfersheim und Sebnitz wurde hier das Prinzip der Listenverbindung aufgegriffen. Durch den Zusammenschluss der PDS mit einer der beiden im Parlament vertretenen Wählergemeinschaften ist es gelungen, die Berufung des NPD-Abgeordneten Michael Andrejewski in den Hauptausschuss zu verhindern.

„Im Prinzip hat man da versucht, den Andrejewski aus dem Ausschuss raus zu kriegen, ist vielleicht auch nicht ganz demokratisch gewesen, aber da haben die zwei Bürgerbewegungen hier, [...] die haben mit der PDS, hat sich die eine Bürgerbewegung zusammengeschlossen, und dadurch hat dann die Bürgerbewegung einen Sitz mehr als ihnen eigentlich zustand. [...] Dadurch haben sie jetzt den Andrejewski aus dem Hauptausschuss raus gewählt, sonst wäre der im Hauptausschuss drin gewesen.“

Tab. 20: Wurden seit dem Einzug der NPD/„Republikaner“ ins Parlament die sog. parlamentarischen Spielregeln geändert, z.B. in Bezug auf Redezeiten, Antragstellung, Mittelflüsse, Ämtervergabe, Besetzung von Ausschüssen?

Kategorien	Mittel-hessen		Pfalz		Sächs. Schweiz		Vor-pommern		Σ (N = 16)
	EHR	WÖ	LU	PS	KÖ	SEB	HST	ANK	
Ausschussbesetzung	2	1				2	2	1	8

*Frage 4.2: Wie beurteilen Sie die parteiübergreifende Zusammenarbeit der Demokraten in der Auseinandersetzung mit der NPD/den „Republikanern“?* Der Blick auf Tabelle 21 (am Ende dieses Abschnitts) lässt erkennen, dass 14 der insgesamt 16 befragten Fraktionsvorstände von SPD und CDU die Zusammenarbeit zwischen den demokratischen Fraktionen in den Kommunalparlamenten als eher gut bewerten, sofern es die Auseinandersetzung mit den Fraktionen und Mandatsträgern der extremen Rechten betrifft. Viele Interviewpartner sehen die Zusammenarbeit in diesem Punkt sogar als ausgesprochen gut an. Maßstab der Bewertung ist hier die Durchsetzung der jeweils entwickelten Umgangs- und Gegenstrategien im Parlament. So geht es den Fraktionen erstens darum, den Rechtsextremen nach Möglichkeit keine „Bühne“ zur öffentlichen und politischen Selbstdarstellung zu geben; zweitens sollen die Mandatsträger von NPD und REP zumindest aus den wichtigen und entscheidenden Gremien der kommunalen Politik herausgehalten werden. Überall dort, wo diese Ziele aus Sicht der Befragten weitestgehend und nach Ausschöpfung aller kommunalrechtlichen Mittel erreicht wurden, wird auch die parteiübergreifende Zusammenarbeit der demokratischen Fraktionen als äußerst gelungen bewertet.

„Ein Beispiel, kann man sagen, ist die Wahl zum Gemeindevorstand. Da haben wir auch eine Listenverbindung gemacht. Dadurch ist die FWG rein gekommen, und die NPD draußen geblieben.“

„Das ist das Paradoxe da dran: Dadurch, dass wir die NPD im Parlament haben, sind eigentlich die Anderen enger zusammengerückt. [...] Vor jeder Parlamentssitzung gibt es mal so eine kleine Telefonkonferenz unter den Fraktionsvorsitzenden, dass man sich so ein bisschen abstimmt und dass man dann auch solche Sachen dann bespricht und sagt: Hier, den Antrag geben wir nicht in die Ausschüsse, den lehnen wir gleich ab, mit dem Blödsinn tun wir uns nicht beschäftigen.“

„Die ist, was die Republikaner anbelangt, außerordentlich gut und offen und einvernehmlich zwischen den demokratischen Fraktionen. Da gibt es, glaube ich,

keine Unterschiede in der Bewertung und auch in der Bereitschaft, sich davon abzugrenzen.“

„In dieser Auseinandersetzung: ja. Also da sind wir uns vollkommen einig, von den Grünen die immer so ein bisschen – ich möchte jetzt mal sagen – exotisch, sehr sympathisch, aber sehr exotisch manchmal auch Ansichten haben, aber auch bis zur SPD, die halt hier ihre Macht verloren hat, ja. Also das ist überparteilich, und zwar ohne dass man sagt: ‚Ja, aber da haben sie ja nicht unrecht.‘ Es ist wirklich unisono.“

Hinsichtlich der Auseinandersetzung mit der NPD gehen jedoch in den Städten Königstein und Anklam die Meinungen über die Qualität der parteiübergreifenden Zusammenarbeit auseinander. Während von den CDU-Fraktionsvorsitzenden die Zusammenarbeit mit den anderen Parteien als eher gut bzw. durchaus gelungen bewertet wird, üben die Interviewpartner der SPD zum Teil harsche Kritik am Verhalten der Christdemokraten, das nur wenig kooperativ sei. Ob diese Kritik aber damit zusammenhängt, dass die CDU in beiden Städten mit fast 40 % deutlich stärkste Partei ist und ihr im Stadtrat bzw. in der Stadtvertretung eine gewisse Vorrangstellung zukommt, lässt sich auf Grundlage des vorliegenden Materials nicht mit Sicherheit belegen (siehe auch Kap. 3.3 und Kap. 3.4). Am Beispiel der Stadt Königstein sind jedoch die unterschiedlichen Ansichten zur Qualität der parteiübergreifenden Zusammenarbeit erkennbar, wie die ausgewählten Interviewpassagen der Fraktionsvorsitzenden von CDU und SPD dokumentieren.

„Hm ... Also mit den anderen Parteien, also mit der SPD und mit der VBI [Vereinigte Bürgerinitiativen, Anm. d. Verf.] geht das schon, also versuchen wir schon den Konsens zu finden, um mögliche Chancen der Auseinandersetzung dort zu verhindern, beziehungsweise ich meine, die eine Person oder die zwei Personen, die hätten selbst gegen uns als CDU alleine ... Mit dem Bürgermeister hätten wir ja sowieso die Mehrheit. Da wäre sowieso nichts geworden. Aber es macht immer ein besseres Bild, wenn man einen Konsens findet.“

„Also, ich würde mal sagen, generell schlecht. Also schlecht dahingehend, dass eine übergreifende oder überhaupt eine fraktionsübergreifende Zusammenarbeit kaum da ist. Es macht jede Fraktion seins, und jede Fraktion versucht, ihre Auffassung durchzusetzen.“

Tab. 21: Wie beurteilen Sie die parteiübergreifende Zusammenarbeit der Demokraten in der Auseinandersetzung mit der NPD/den „Republikanern“?

Kategorien	Mittel-hessen		Pfalz		Sächs. Schweiz		Vor-pommern		Σ (N = 16)
	EHR	WÖ	LU	PS	KÖ	SEB	HST	ANK	
Eher gut/finde explizit statt	2	2	2	2	1	2	2	1	14
Eher schlecht/finde nicht statt					1			1	2

#### 4.5 Wahrnehmung der parlamentarischen Auseinandersetzung mit der extremen Rechten in der Bevölkerung nach Einschätzung der demokratischen Parteien

*Frage 5.1: Wird nach Ihrer Meinung die parlamentarische Auseinandersetzung der demokratischen Parteien mit der NPD/den „Republikanern“ von den Bürgerinnen und Bürgern Ihrer Stadt/Gemeinde wahrgenommen?* Fast alle Interviewpartner sind der Überzeugung, dass die Auseinandersetzung mit den Fraktionen und Mandatsträgern der extremen Rechten, aber auch jedes andere politische Handeln im Kommunalparlament sowohl in der Bevölkerung als auch in der lokalen Presse auf wenig Interesse stößt. Aus Sicht der meisten Befragten gibt die mangelnde Berichterstattung jedoch nicht nur Anlass zur Kritik, sondern wird in Bezug auf NPD und REP auch als eher positiv bewertet, um der Strategie entsprechend den Rechtsextremen keine öffentliche Aufmerksamkeit zu schenken. Die Presse wird daher nicht selten als inoffizieller Verbündeter der Politik im Kampf gegen den lokalen Rechtsextremismus gesehen.

„Aber, wie gesagt, diese Strategie, denke ich, ist insgesamt aufgegangen, weil die auch für die kommunalpolitische Arbeit ja unverzichtbare Presse ist hier, ohne dass das offiziell wäre oder dass das ein förmliches Agreement wäre, die ist

ähnlich auf der Linie, dass da eine Berichterstattung im Rahmen der Presse eben nicht stattfindet über die ‚Republikaner‘.“

„Und das ist für mich ein ganz zentraler Punkt: Wir dürfen denen dieses Podium nicht bieten, weil die Presse kann auch nur ein Stückweit ignorieren. Also auf Dauer wird es keine Presse, keine Zeitung auf die Reihe kriegen, dass sie sagt, wir schreiben von denen grundsätzlich nichts.“

„Die kann man ja bloß wahrnehmen, wenn man als Bürger interessiert in die Ratsitzung geht. [...] Presse ist auch da. Es ist mir aber jetzt auch nicht bekannt, dass die mal irgendwas geschrieben haben, wenn wir uns da gegenseitig beharkt haben, wobei das ja relativ selten vorgekommen ist.“

„Die Presse berichtet auch nicht drüber, da gibt es auch so einen inoffiziellen Konsens. Das funktioniert bisher ganz gut.“

„Das Gute ist eben auch, es dringt kaum etwas nach außen, also an die Bevölkerung, dass das so richtig in der Presse ausgeschlachtet wird, wo ja eigentlich die Presse diejenigen sind, die viel raustragen, jetzt egal, ob nun Rechte oder ... Also, nee, in dem Falle, muss ich ehrlich sagen, ist die Presse top, weil, man kann ja eine Stimmung auch richtig anheizen.“

„Also, wenn sie überhaupt groß wahrgenommen wird, denn das Problem ist einfach, dass die Lokalpresse – für meine Begriffe – rabenschlecht ist in der kommunalpolitischen Berichterstattung. Also, sie können weder sich darüber ärgern, dass die jetzt zu freundlich mit der NPD umspringen, noch dass die irgendwie denen zu breiten Raum in der Berichterstattung aus der Gemeindevertretung einräumen. All das findet ja sowieso kaum statt.“

Wie Tabelle 22 zeigt, wird in einigen Interviews aber auch erwähnt, dass eine Wahrnehmung in der Bevölkerung bzw. eine Berichterstattung in der lokalen Presse durchaus stattfindet, allerdings nur in geringem Umfang und eher als Ausnahme- denn als Regelfall.

„Das wird wahrgenommen. Also ich weiß, dass viele gesagt haben, dass so, wie wir das machen, das wir die außen vor lassen mit ihrem Mist, dass die Bevölkerung das schon sieht.“

„Eingeschränkt, partiell berichtet die Lokalpresse, aber nicht als Dauerkonflikt, ja? Wie man dann, wenn’s eine Rolle spielt, wie jetzt bei der Konstituierung des Rates, wo es dazu eine Auseinandersetzung, Bewertung gegeben hat. Aber es vermittelt sich nicht breit, weil, wo nichts ist, kann man auch nichts vermitteln.“

„Also, er hat einmal eine Rede gehalten und da hat er diesen ‚schönen‘ Satz lassen: ‚Multikulti ist Völkermord.‘ Und das sind natürlich Sachen, das spießt die Presse natürlich auf, da muss sie dann drauf los, aber dann werden die dermaßen zerrissen. Und da war’s auch so, dass viele Abgeordnete auch raus gegangen sind und ... Das war sein bisher spektakulärster Auftritt.“

Tab. 22: Wird nach Ihrer Meinung die parlamentarische Auseinandersetzung der demokratischen Parteien mit der NPD/den „Republikanern“ von den Bürgerinnen und Bürgern Ihrer Stadt/Gemeinde wahrgenommen?

Kategorien	Mittel-hessen		Pfalz		Sächs. Schweiz		Vor-pommern		Σ (N = 16)
	EHR	WÖ	LU	PS	KÖ	SEB	HST	ANK	
Wird nicht wahrgenommen/ Presse berichtet nicht	1	2	2	2	1	1	2	1	12
Wird wahrgenommen/ Presse berichtet	1		1		1		1		4

*Frage 5.2: Wenn es Änderungen der „parlamentarischen Spielregeln“ gab, wurden diese nach Ihrer Einschätzung auch von der Öffentlichkeit wahrgenommen?* Die Beantwortung dieser Frage fällt in den meisten Interviews sehr knapp aus, da es entweder keine Regeländerungen gab oder diese nach Einschätzung der Gesprächspartner weder von der Öffentlichkeit wahrgenommen noch von der lokalen Presse thematisiert wurden. Wie Tabelle 23 ausweist, wurde lediglich aus dem mittelhessischen Ehringhausen berichtet, dass die Modifikation der Hauptsatzung zwar nicht in der Presse, aber doch in der Gemeinde selbst diskutiert und auch von den Bürgerinnen und Bürgern begrüßt worden sei. In den anderen Kommunen wird hervorgehoben, dass eine Berichterstattung über den parlamentarischen Umgang mit der extremen Rechten ebenso wenig stattfindet wie dessen Wahrnehmung in der Bevölkerung. Allerdings wird dieser Mangel an Öffentlichkeit nicht nachteilig gesehen, sondern – auch hier wieder mit

Blick auf eine entsprechend ausgerichtete Strategie im Parlament – ausdrücklich begrüßt und fast schon als eine Art strategischer, wenn auch nicht öffentlicher oder offizieller Partnerschaft zwischen lokaler Presse und kommunaler Politik interpretiert.

„Ich glaube kaum. Also es gab mal einen Bericht in der Lokalpresse, dass wir das halt gemacht haben, weil das auch in der konstituierenden Sitzung schon Gegenstand war, der Sitz in der Gemeindevertretung, wo es ja üblich gewesen wäre, einen Vorstand zu wählen, und das haben wir auf Grundlage der zu dem Zeitpunkt noch nicht geänderten Hauptsatzung nicht machen können, so dass aus dem formalen Grund zunächst mal eine Unebenheit im Ablauf war. Die Leute haben sich schon gefragt: ‚Warum machen die das nicht?‘ Also so ein paar Interessierte haben’s wahrscheinlich mitbekommen, aber durch die Lokalpresse jedenfalls eben nicht.“

„Also die Presse, sag ich mal, gerade, was die NPD betrifft, sind sie sehr ruhig. Sie sind ja sonst nicht immer unser Freund, die Presse, aber in dem Falle [...] wurde mit keinem Wort die NPD erwähnt, dass da überhaupt ein Antrag gestellt wurde.“

Tab. 23: Wenn es Änderungen der „parlamentarischen Spielregeln“ gab, wurden diese nach Ihrer Einschätzung auch von der Öffentlichkeit wahrgenommen?

Kategorien	Mittel-hessen		Pfalz		Sächs. Schweiz		Vor-pommern		$\Sigma$ (N = 16)
	EHR	WÖ	LU	PS	KÖ	SEB	HST	ANK	
Wurden nicht wahrgenommen/ Presse berichtet nicht	1	1				2	1		5
Wurden wahrgenommen/ Presse berichtet	1								1

*Frage 5.3: Gibt es in der Auseinandersetzung mit der NPD/den „Republikanern“ eine Kooperation zwischen Parlament und Kommunalverwaltung?* Folgt man den Auskünften der Interviewpartner, dann existiert in gut der Hälfte der untersuchten Städte und Gemeinden eine Kooperation zwischen Kommunalverwaltung bzw. (Ober-)Bürgermeister(in) auf der einen und dem Kommunalparlament bzw. den darin vertretenen demokratischen Fraktionen auf der anderen Seite. Der Blick auf Tabelle 24 (am

Ende dieses Abschnitts) macht deutlich, dass eine solche Kooperation in der Auseinandersetzung mit den rechtsextremen Fraktionen und Mandatsträgern vor allem in den vier westdeutschen Kommunen Mittelhessens und der Pfalz, aber auch im sächsischen Sebnitz vorhanden sei. Insbesondere wenn es darum gehe, die Nutzung öffentlicher Einrichtungen durch NPD oder REP zu verhindern, zeige sich die Verwaltung sehr engagiert und äußerst kooperativ.

„Ja, nur dahingehend, dass die Verwaltung, wenn sie merkt, dass irgendwelche NPD-Leute Hallen oder Säle anmieten wollen, auch sofort blockt und versucht, die raus zu halten, weil sie dann nur Ärger haben, sie haben Polizeiaufbruch, sie haben sofort das Gesindel rundherum, ja?“

„Also, es wird wohl in der Verwaltungspraxis alles versucht, die irgendwie fernzuhalten von öffentlichen Einrichtungen. Wenn's denn wirklich zu rechtlichen Auseinandersetzungen kommt, können wir es zum Teil nicht unbedingt verhindern, aber die Gemeinde hat wohl versucht – oder mit Kautionsregelungen und Fingerspitzengefühl bei der Raumvergabe immer frühzeitig zu gucken: Könnte da so was dahinter stecken, wenn ein Dorfgemeinschaftshaus angefragt wird. Das war in den letzten Jahren im Großen und Ganzen erfolgreich. Irgendwann hatte die NPD mal einen Landesparteitag in einem der hiesigen Dorfgemeinschaftshäuser. Da war's irgendwie nicht gelungen, vorher den Strohhalm als solchen zu identifizieren, aber in der Regel wird da sehr drauf geachtet.“

„Ja gut, der hat die Bürgerhäuser und so weiter nicht bekommen, weil sie belegt waren zum damaligen Zeitpunkt. Hatten ja auch ... Wie soll ich das sagen? Der beantragt das Bürgerhaus mit Datum von heute, und dann beantragt die SPD das ganze Ding mit Datum von vorgestern.“

„Der Stadtverwaltung ist es bisher gelungen, in den wenigen Fällen – vor Weilen ist das mal aktuell gewesen – dafür zu sorgen, dass die Räume vorher schon belegt wurden, die da gebraucht wurden.“

Die Zusammenarbeit zwischen der Kommunalverwaltung und den demokratischen Parlamentsfraktionen wird hier in den meisten Fällen als gut bewertet. Allerdings wird von einigen Gesprächspartnern darauf hingewie-

sen, dass die Verwaltung kommunalrechtlich dazu verpflichtet sei, die Repräsentanten von NPD und REP nicht anders zu behandeln als die übrigen demokratisch gewählten Parteien, zumindest was kommunalpolitische und kommunalparlamentarische Prozesse und Informationen betrifft. Eine weiterreichende Gleichbehandlung der extremen Rechten (zum Beispiel im persönlichen Umgang oder bei öffentlichen Anlässen und Veranstaltungen der Kommune) wie auch eine Ungleichbehandlung der demokratischen Parteien (entgegen zuvor getroffener Absprachen) wird insbesondere von den SPD-Fraktionsvorsitzenden in Pirmasens und Anklam sowie in Stralsund kritisiert, wie Tabelle 24 zu erkennen gibt.

„Wir müssen eben konstatieren, es ist eine gewählte Fraktion, ja, Ausdruck des Bürgerwillens, so sehr uns das auch missfällt. Das heißt, den Rechtsrahmen haben wir zu respektieren, und den respektieren wir auch, diese Angriffsfläche bieten wir nicht. Aber die Verwaltung prüft schon sehr genau, ob wir bestimmte Aufmärsche hier zulassen. Es hat auch vielfältige Verbote von NPD-Demonstrationen und ‚Republikaner‘-Demonstrationen gegeben, weil wir einfach gesagt haben, das wollen wir nicht in unserer Stadt. Aber Sie kennen ja auch den Rechtsrahmen, da wird dann geklagt.“

„Gut, die Stadtverwaltung ist natürlich gebunden, zum Beispiel an Vorgaben der Gemeindeordnung, und die werden natürlich eingehalten, korrekt, sag ich mal, um eben auch da keine Flanke zu eröffnen. Aber darüber hinaus, und da ist eben auch der Konsens, wird mehr oder weniger den ‚Republikanern‘ entgegen gebracht. Es ist also auf das Minimum wenig beschränkt, was Vorgabe ist. [...] Aber über das, was aus diesem Grund geboten ist hinaus, ist auch für die Verwaltung klar nicht mehr Kooperation als wirklich rechtlich notwendigen Geboten.“

„Ist schon da. Wobei die NPD ... Gut, als Parlamentarier werden die genauso behandelt wie alle anderen auch, also die kriegen auch die Vorlagen dann, wann sie die anderen haben. Aber gerade dadurch, dass die Demokraten mit dem Bürgermeister schon viel länger in Kontakt sind, sind die eigentlich außen vor.“

„Die Kommunalverwaltung trennt sich in gleicher Weise gegen die ‚Republikaner‘ ab, wobei sie zu respektieren hat, dass sie gewählte Stadtratsmitglieder sind. Wenn man dieses an Mindestmaß an Beschäftigung mit ihnen mal abzieht, dann gibt es auch eine klare Abgrenzung der Verwaltung.“

Gemeinsame Erklärungen von Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung gegen die extreme Rechte gibt es in Pirmasens und seit kurzem auch in Anklam. So hatte der Rat der Stadt Pirmasens bereits im Jahr 2000 eine Resolution „für Menschlichkeit, Toleranz und Gewaltfreiheit“ verfasst, die 2006 noch einmal erweitert wurde;<sup>8</sup> ferner liegt die sogenannte *Pirmasenser Erklärung* vor, zu deren Unterzeichnern auch die CDU und der Oberbürgermeister gehören.<sup>9</sup>

„Wir hatten damals, vielleicht kann ich das als Beispiel bringen, die Pirmasenser Erklärung: „Mut für Miteinander – Mut gegen rechte Parolen“. Also, da war der Unterzeichner auch die CDU Pirmasens und unser CDU-Oberbürgermeister, und da war die öffentliche Veranstaltung im Stadtzentrum.“

Eine „überfraktionelle Erklärung der Fraktionen der Stadtvertretung und des Bürgermeisters der Hansestadt Anklam“ wurde im August 2007 veröffentlicht: „Die Stadtvertreter und der Bürgermeister der Hansestadt Anklam bringen ihre Betroffenheit über die Aktivitäten der NPD in unserer Stadt zum Ausdruck.“<sup>10</sup> Gemeint sind jedoch weniger die parlamentarischen Aktivitäten des NPD-Abgeordneten als vielmehr die Planung eines NPD-Schulungszentrums in der Stadt.

#### **4.6 Zivilgesellschaftliches Engagement in der Stadt/Gemeinde**

*Frage 6.1: Gibt es in Ihrer Stadt/Gemeinde ein zivilgesellschaftliches Engagement gegen die NPD/„Republikaner“, zum Beispiel ein Bürgerbündnis oder Ähnliches?* Mit Ausnahme der Städte Königstein und Sebnitz gibt es nach Auskunft der Befragten in allen untersuchten Kommunen ein zivilgesellschaftliches Engagement gegen die extreme Rechte, ob nun in Form eines Bürgerbündnisses, eines Bürgerforums oder anderer

---

<sup>8</sup> Vgl. die Homepage der Stadt Pirmasens (<http://www.pirmasens.de>).

<sup>9</sup> Vgl. die Homepage der CDU Pirmasens (<http://www.cdu-pirmasens.de/index.php?id=4>).

<sup>10</sup> Vgl. die Homepage der Hansestadt Anklam (<http://www.anklam.de>).

bürgerschaftlicher Initiativen. Die Analyse des Interviewmaterials zeigt jedoch auch, dass dieses Engagement in den meisten Fällen nur zeitlich befristet aktiv ist, das heißt, solange Rechtsextremismus als kommunales Problem in der Öffentlichkeit sowie in der medialen Berichterstattung wahrgenommen wird (Wahlerfolg, Aufmärsche, Gewalt etc.). Insbesondere die Bürgerbündnisse gegen Rechts hätten hier aber ihren Zweck erfüllt, indem bspw. die Stimmenanteile der rechtsextremen Parteien zurückgegangen und/oder sonstige Aktivitäten rechter Gruppierungen verhindert worden seien. Das gemeinschaftliche Auftreten gegen den lokalen Rechtsextremismus hat aus Sicht der Gesprächspartner darüber hinaus sowohl den Zusammenhalt als auch eine gewisse kollektive Identität der kommunalen Gemeinschaft gestärkt bzw. erst entstehen lassen. Einen Eindruck über das zivilgesellschaftliche Engagement in den untersuchten Städten und Gemeinden Mittelhessens, der Pfalz und Vorpommerns geben die folgenden Interviewpassagen, die jeweils einer der sechs Kommunen entliehen sind; die Reihenfolge entspricht dabei der Auflistung in den Auswertungstabellen (von links nach rechts): Ehringshausen, Wölfersheim, Ludwigshafen, Pirmasens, Stralsund, Anklam.

„Der Stimmenrückgang für die NPD rührt daher, dass sich damals, als die so stark wurden, es eigentlich gar niemand so richtig begriffen hat. Erst danach sind die demokratischen Parteien, würde ich mal sagen, näher zusammengerückt und haben dann gemeinsam mit Kirche, mit gemeindlichen Gremien, mit Vereinen so eine Art Bündnis gegen Rechts gemacht. Es gab mal Lichterketten und alles Mögliche, und es gibt auch jetzt, gab vor der Kommunalwahl wieder einen Aufruf an die Bürger, den demokratischen Parteien die Stimme zu geben und nicht die rechten Bauernfänger zu wählen. Das, denk ich mal, das hat viel bewirkt. Gerade auch, dass die Kirchen dann mit im Boot waren und die Schulen. Das Motto war quasi: ‚Wir wollen zwar streiten über alles Mögliche, politisch; aber wir wollen nicht, dass die da noch mal so stark werden in unserem Parlament.‘“

„Das sind die Wöbüs, Wölfersheimer Bürger gegen Extremismus. Die haben sich damals auch nach '89 dann gegründet, wie das hier dann solche Ausmaße annahm, und versucht, Dinge anders zu machen.“

„Wir haben ein Bürgerforum gegen Rechts, an dem wir auch beteiligt sind – als Partei und als Fraktion –, wo sich also auf der kommunalen Ebene verschiedene Initiativen, Institutionen, Parteien zusammenfinden, die sich als Zusammenhang begreifen, der sich mit den Rechten auseinandersetzt, mit der rechten Szene.“

„Und da gibt’s auch gerade mit diesem Ziel gegen Rechts eine breite bürgerschaftliche Bewegung, wo alle vertreten sind eigentlich; Sportvereine sind vertreten, Parteien sind vertreten, leider nicht alle Parteien.“

„Es gibt ein Bündnis gegen Rechts, getragen von den Parteien, von den Gewerkschaften, von freiwilligen Initiativen. [...] Aber dadurch, dass die selber wenige Aktionen machen, also der letzte Marsch der NPD, ich weiß nicht wie lange der schon her ist, das dürfte paar Jährchen sein, und wenn so was passiert in den Gedenkveranstaltungen, dann wird das Bündnis aktiv und versucht, da irgendwas gegen zu organisieren, wobei ja die Beteiligung ist schon – ich muss mich da selber auch mit einbeziehen –, die ist leider sehr dürftig.“

„Bunt statt Braun nennt sich das hier. Das ist aber, ich sage mal so, kommt so ganz aus der PDS-Linken; und das ist dann eine reine linke Sache oder fast, und da, na ja, die sind dann auch ein bisschen halt unter sich.“

Tabelle 25 zeigt, dass die Existenz eines zivilgesellschaftlichen Engagements in Stralsund ebenso differenziert wie kritisch gesehen wird. Unterschieden wird hier zwischen dem organisierten Engagement eines Bürgerbündnisses und dem persönlichen Engagement der Bürgerinnen und Bürger, das jedoch kaum vorhanden sei. Die Kritik bezieht sich auf die mangelnde individuelle Bereitschaft in der Bevölkerung, sich aktiv an der politisch-sozialen Ausgestaltung des kommunalen Zusammenlebens in der Hansestadt zu beteiligen.

„Es gibt in dem Sinne kaum Engagement von Bürgerinnen und Bürgern. Das ist ein ganz großes Problem. Ich weiß nicht, wie es in anderen Gemeinden ist. Also ich gehe ab und zu auch mal auf überregionale Veranstaltungen und Kongresse, und da komme ich immer ganz neidisch zurück. Es ist, also, die Leute sind hier schon ziemlich antriebsarm, was das angeht. Die haben da sicherlich ihre Meinung, aber bis mal einer wirklich aufsteht und den heimischen Herd oder seinen

Garten verlässt, um mal wirklich Farbe zu bekennen. Also, das ist eine ganz kleine Minderheit, die das tut.“

Tab. 25: Gibt es in Ihrer Stadt/Gemeinde ein zivilgesellschaftliches Engagement gegen die NPD/„Republikaner“, z.B. ein Bürgerbündnis oder Ähnliches?

Kategorien	Mittel-hessen		Pfalz		Sächs. Schweiz		Vor-pommern		Σ (N = 16)
	EHR	WÖ	LU	PS	KÖ	SEB	HST	ANK	
Engagement vorhanden	2	2	2	2			2	1	11
Engagement nicht vorhanden					2	2	1		5

*Frage 6.2: Besteht eine Kooperation Ihrer Partei und/oder der Kommunalverwaltung mit dem zivilgesellschaftlichen Engagement in Ihrer Stadt/Gemeinde?* Die Auswertung der Interviews zeigt, dass in fast allen Städten und Gemeinden, in denen es ein zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus gibt, auch eine Zusammenarbeit der gesellschaftlichen Gruppen vorhanden ist. In der Auseinandersetzung mit der extremen Rechten wird die Kooperation zwischen Politik, Verwaltung und Bürgerinitiative in den vier westdeutschen Kommunen als gut, in Stralsund kritisch und in Anklam als eher schlecht bewertet, wie Tabelle 26 (am Ende dieses Abschnitts) dokumentiert.

„Das ist breit aufgestellt, das Bündnis; und gibt’s auch gute Kontakte jeweils. Wir haben auch von vornherein damit gearbeitet und sind auch durch entsprechende Personen in dem Bündnis vertreten.“

„Es ist jetzt nicht so irgendwie organisiert. Es ist, es kommt halt immer nur so vor den Kommunalwahlen. Da setzt man sich halt zusammen und macht zumindest einen Aufruf gegen Rechts, wo halt dann alle demokratischen Kräfte plus Schule plus Kirchen plus dem parteilosen Bürgermeister dann sagen: ‚Hier Leute, wählt demokratische Parteien und nicht die rechten.‘“

„Allerdings haben wir’s nicht so unterstützt wie die SPD, weil, ich sag mal, der Vorstand von den Wöbüs waren gleichzeitig SPD-Mitglieder, aber wir haben die schon unterstützt, aber nicht so großartig, ja.“

„Es kommt immer drauf an, wer was organisiert. Also dieses Konzert, was da jetzt organisiert wurde, was hier beim Rügendammbahnhof war, das ist nicht von der CDU organisiert worden, das ist mehr oder weniger von der PDS/Die Linke organisiert worden. Sicherlich hat sich die Stadt mit dran beteiligt, und wenn sich die Stadt mit dran beteiligt, beteiligen sich auch alle Fraktionen mit dran. Wie gesagt, aber das wir nun direkt als CDU da aufgetreten sind, das war nicht der Fall gewesen.“

Die beiden zuletzt zitierten Interviewpassagen machen deutlich, dass ein Engagement anderer bzw. weiterer politischer Kräfte durch die Dominanz einer bestimmten Partei oder Gruppierung behindert, wenn nicht sogar verhindert werden kann. Die CDU-Fraktionsvorsitzenden in Wölfersheim und Stralsund begründen daher das vergleichsweise geringe Engagement ihrer Partei im kommunalen Handeln gegen den lokalen Rechtsextremismus mit der in den Bürgerinitiativen vorhandenen Dominanz von SPD bzw. PDS (oder ihnen nahe stehenden Gruppierungen). Der CDU-Fraktionsvorsitzende in Anklam sieht sich aufgrund des starken Engagements der PDS und anderer politisch links orientierter Personen dazu veranlasst, sich selbst gar nicht erst gegen die extremen Rechte zu engagieren – außer wenn es natürlich unbedingt erforderlich sei, was jedoch selten vorkomme (siehe auch die entsprechende Interviewpassage zu Frage 6.1).

„Dazu muss ich Ihnen sagen, da ich diese ganz linken Ansichten auch nicht trage, da gehe ich da auch nicht hin, das interessiert mich dann auch nicht so. [...] Da sind vielleicht paar Parteilose auch noch drin, aber das ist eigentlich eine Sache von der PDS, denke ich.“

„Nee. Die rühren hier ja auch nicht so rum, dass man da nun aktiv gegen ..., außer wenn sie mal einen Aufmarsch machen, ich sage mal, alle zwei Jahre oder so, hier in der Stadt. Und da sind wir uns dann ja auch einig, dass uns das nicht gefällt, und wie könnte man das umgehen oder ..., aber so als ständiges ..., nee.“

Die Kooperation zwischen der SPD und dem zivilgesellschaftlichen Engagement in Anklam ist zwar vorhanden, aber nicht so stark ausgeprägt wie in Mittelhessen oder in der Pfalz. Eine Ursache dürfte hier vor

allem darin liegen, dass die Sozialdemokraten im Vergleich zu CDU und PDS nur über einen kleinen aktiven Mitgliederkreis und damit weder über die personellen noch über die organisatorischen Möglichkeiten für stärkeres Engagement verfügen (siehe auch Kap. 3.4).

„Wenig, muss ich auch dazu sagen. Ich bin da auch kein Mitglied in dem Sinne. Mir reicht das, wenn ich als SPD-Mitglied zu den Veranstaltungen dahin gehe. Das ist auch keine Frage, auch keine Berührungspunkte mit den Leuten, im Gegenteil. Aber so als unmittelbarer Mitkämpfer ...“

Während in Stralsund die Fraktionsvorsitzenden von SPD und CDU auf eine Kooperation bzw. Unterstützung ihrer Parteien und Repräsentanten mit dem zivilgesellschaftlichen Engagement gegen (Rechts-)Extremismus verweisen, wird zugleich angedeutet, dass die städtische Administration sich eher zurückhalte. Die Kommunalverwaltung wolle ihre gesetzmäßige Verpflichtung der Gleichbehandlung aller politischen Strömungen und Gruppierungen in der Hansestadt nachkommen. Diese „Neutralität“ (auch gegenüber der extremen Rechten) erscheint jedoch vor allem dann bedenklich, wenn sich der zu Frage 1.3 vorgebrachte Vorwurf, die NPD werde bei der Themenfindung von Mitarbeitern der Stadtverwaltung heimlich unterstützt, bestätigen sollte.

„Also man könnte ja daran denken, dass die Ordnungsverwaltung da möglicherweise auch noch irgendwie mit rein gebracht, aber die halten sich ganz streng an Recht und Gesetz und wollen natürlich keine Schlappe kassieren und, ja, wenn die NPD die Demo anmeldet, dann müssen sie ...“

Tab. 26: Besteht eine Kooperation Ihrer Partei und/oder der Kommunalverwaltung mit dem zivilgesellschaftlichen Engagement in Ihrer Stadt/Gemeinde?									
Kategorien	Mittel-hessen		Pfalz		Sächs. Schweiz		Vor-pommern		$\Sigma$ (n = 12)
	EHR	WÖ	LU	PS	KÖ	SEB	HST	ANK	
Kooperation vorhanden/ stark ausgeprägt	2	2	1	2	--	--	2		9
Kooperation nicht vorhanden/ schwach ausgeprägt					--	--	1	2	3

*Frage 6.3: Wie sehr verspüren Sie im Parlament einen öffentlichen Druck durch das zivilgesellschaftliche Engagement in Ihrer Stadt/Gemeinde?* In allen sechs Kommunen mit einem zivilgesellschaftlichen Engagement wird die Frage nach einem dadurch entstandenen oder wahrgenommenen öffentlichen Druck auf die kommunale Politik negativ beantwortet. Schließlich sei dieses Engagement in und aus der Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte vor Ort entstanden. Eine (aktive) politisch-parlamentarische Auseinandersetzung mit der extremen Rechten habe zudem schon vorher stattgefunden und sei nicht erst das Resultat einer öffentlichen Diskussion, die mancherorts nicht so rege geführt werde, wie es aus Sicht der Befragten zu wünschen wäre.

„Nein, das haben wir eigentlich nicht. Im Parlament haben wir schon mitgeholfen, die in die Schranken zu weisen, ja, nur geht es nicht so wie draußen.“

„Nein. Wie gesagt, es findet ja nicht eine öffentliche Diskussion zu den ‚Republikanern‘ statt, weil die ja nicht in Erscheinung treten – mit Ausnahme bei der Wahl und mit bestimmten Verhaltensweisen.“

„Also, da wir das schon vorher gemacht haben, die ganzen Jahre vorher, äh, nein; spüre ich keinen Druck. Also, ich fühle mich dazu nicht genötigt, sondern ich finde das gut und deswegen machen wir mit.“

„Nein, leider nicht. Dazu sind die einfach zu schwach, hier auch. Der Kopf dieses Bündnisses, sag ich einmal so, ist auch ein bisschen gestutzt worden, sag ich einmal. Der hatte noch eine Anstellung über den Kreis, die ist nicht verlängert worden, hat man eine andere Person vorgezogen, die überhaupt keinen regionalen Bezug hier hat. Der andere hatte wenigstens schon einige Jahre hier einen regionalen Bezug aufgebaut, der musste ausgewechselt werden, lässt auch tief blicken.“

Wie Tabelle 27 zu entnehmen ist, wird einzig in Ehringshausen von einem gewissen öffentlichen Druck auf die kommunale Politik berichtet, der allerdings weniger als Last oder Bürde denn als willkommene Unterstützung und Bestätigung des eigenen politischen Handelns gegenüber der NPD empfunden

den wird. Dieses Gefühl lässt sich auch darauf zurückführen, dass es sich beim „Ehringshäuser Bündnis“ um einen Zusammenschluss zahlreicher und unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen handelt, die wiederum eine öffentliche Aufmerksamkeit und Akzeptanz generieren und fördern können, angefangen bei den Kirchen und Vereinen über die Gewerkschaften und demokratischen Parteien bis hin zum Bürgermeister der mittelhessischen Gemeinde (siehe auch hier die entsprechende Interviewpassage zu Frage 6.1).<sup>11</sup>

„Ich nehme es an, dass der [Druck] spürbar war, wobei wir uns den ja immer gewünscht hatten. Also wir haben das, glaube ich, mehr bereichend empfunden. Es kann sicherlich sein, dass in der einen oder anderen Ecke von CDU oder Freien, das als Druck empfunden worden ist, aber wir empfanden das natürlich endlich mal als Rückenwind.“

„Na ja, schon so, dass die politische Tabuzone eben wirklich da am rechten Rand jetzt ist und auch fest ist, und dadurch, dass es jetzt gesellschaftlich missbilligt war, ja? Und das war vorher eben nicht so eindeutig der Fall.“

Tab. 27: Wie sehr verspüren Sie im Parlament einen öffentlichen Druck durch das zivilgesellschaftliche Engagement in Ihrer Stadt/Gemeinde?

Kategorien	Mittelhessen		Pfalz		Sächs. Schweiz		Vorpommern		Σ (n = 12)
	EHR	WÖ	LU	PS	KÖ	SEB	HST	ANK	
Öffentlicher Druck nicht vorhanden	1	2	2	2	--	--	1	1	9
Öffentlicher Druck vorhanden	2				--	--			2

#### 4.7 Maßnahmen gegen die extreme Rechte aus Sicht der demokratischen Parteien

*Frage 7.1: Was raten Sie Kommunalpolitikern, in deren Parlamente Vertreter rechtsextremistischer oder rechtspopulistischer Parteien gewählt worden sind?* Zum Abschluss der Interviews wurden die 16 Fraktionsvorstände von SPD und CDU zunächst nach ihren Empfehlungen für andere

<sup>11</sup> Für weiterführende Informationen siehe SPD-Parteivorstand 2005, S. 14; Staud 2006, S. 145.

Kommunalpolitiker gefragt, die sich in ihren Kreis-, Stadt- oder Gemeindeparlamenten mit Mandatsträgern der extremen Rechten konfrontiert sehen. Die Auswertung der Interviews zeigt, dass sich die Tipps und Ratschläge der Befragten zu fünf Themenkomplexen zusammenfassen lassen, wie sie in Tabelle 28 (am Ende dieses Abschnitts) dargestellt sind. Der Blick auf die Tabelle gibt zu erkennen, dass es sich bei den empfohlenen Strategievarianten in der Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Gruppierungen wie der NPD oder eher rechtspopulistischen Parteien wie den „Republikanern“ um eine Mischung handelt aus (1) ideologischer Demaskierung, (2) Ignorieren und Ausgrenzen, (3) Vermeidung von öffentlicher Aufmerksamkeit, (4) Reden und Aufklären sowie (5) politischer Transparenz und Alternative gegenüber den demokratiekritischen wie auch dezidiert antidemokratischen Inhalten und Zielen der extremen Rechten.

In sieben der acht untersuchten Kommunen wird von den Interviewpartnern der Ratschlag erteilt, selbstbewusst die dechiffrierende Auseinandersetzung zu suchen. Hinter der Maske des gutbürgerlichen Biedermanns soll auf diese Weise das wahre, ideologische Gesicht der Rechtsextremen gezeigt werden. Dabei geht es um eine Ideologie der Ungleichwertigkeit bzw. um eine Form „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“, deren „Einstellungen und Verhaltenstendenzen die Entwicklung und Festigung eines auf Gleichwertigkeit und Unversehrtheit ausgerichteten Lebens für alle in dieser Gesellschaft gefährden können“ (Schaefer/Mansel/Heitmeyer 2002, S. 123).<sup>12</sup> Aus Sicht der Befragten solle die Auseinandersetzung jedoch nicht auf der ideologischen Ebene, sondern anhand konkreter, kommunaler Sachthemen geführt werden, die für die Bürgerinnen und Bürger verständlich und nachvollziehbar seien.

---

<sup>12</sup> Zur Definition und Erforschung des Syndroms „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ im Rahmen des gleichnamigen Forschungsprojekts und Graduiertenkollegs der Universitäten Marburg und Bielefeld siehe Heitmeyer 2002 und 2006 (hier auch die weitere Ausdifferenzierung der Syndromelemente).

„Da geht’s meiner Meinung nach darum, sie bloßzustellen, ihnen die Maske vom Gesicht zu reißen und jede Chance zu nutzen, den Bürgern zu vermitteln, dass das keine Wahl ist.“

„Nein, nicht ignorieren. Also, ich will mich persönlich und inhaltlich mit denen auseinandersetzen. Ich weiß allerdings, bei denen wird es gar nichts bewirken, aber ich möchte vor allen Dingen in der Öffentlichkeit zeigen, es ist jemand da, der sich das nicht gefallen lässt und der sich dagegen wehrt.“

„Tja, im Grundsatz, das immer darzustellen, was das Ende, das Ziel der Rechts-extremen ist, und das ist eigentlich allgemein nicht bekannt, dass man das immer wieder raus bringt, bei allen möglichen Diskussionen.“

„Da, wo sich Auseinandersetzungspunkte bieten, muss man die offensiv führen, überhaupt gar keine Frage. Wenn die auftreten, einen Antrag stellen, ich sag mal beispielsweise, den Anteil ausländischer Schüler am Gymnasium zu reduzieren, dann setzt man sich natürlich damit auseinander, überhaupt gar keine Frage, dann muss man es auch öffentlich machen.“

„Wenn ich das jetzt heute zu tun hätte, mich mit denen auseinanderzusetzen, ich würde die an Sachthemen festmachen und würde die versuchen, über diese Schiene zu bekommen, zu irgendwelchen Aussagen zu bewegen, die dann klar machen, welche Natur die haben.“

„Ja, dass man sachlich miteinander umgeht und eben, wenn die da eine populistische Idee hervorbringen, dass man das hinterleuchtet, dass sie eben die populistische Schiene fahren und – Sie sagten vorhin, Maske vom Gesicht reißen oder so –, also dass man das dann doch erkennt und da nicht auf den Leim geht.“

Ebenfalls in sieben der acht untersuchten Kommunen wird empfohlen, die Mandatsträger rechtsextremer Parteien, so weit wie es geht, zu ignorieren. Allerdings ist mit der Strategie des Ignorierens nicht nur gemeint, dass Abgeordnete von NPD, REP oder anderen rechtsgerichteten Parteien einfach nicht (mehr) beachtet werden sollten. Es geht hier auch um eine klare Abgrenzung der demokratischen Fraktionen sowie um eine demonstrative Ausgrenzung der rechtsextremern Akteure. Sowohl das Ignorieren

als auch das Ausgrenzen korrespondieren dabei mit einer Strategie, die darauf zielt, sich nur dann, wenn es denn unbedingt sein muss, mit der extremen Rechten auseinanderzusetzen (siehe auch Tab. 17).

„Also ich würde jedem raten: Soweit möglich – man kann’s natürlich nicht immer sagen, es kommen vielleicht hier und da in einer Gemeinde so Klops und so Anträge, da muss man draufschlagen –, aber solange da nichts ernsthaft Demokratiebedrohendes kommt: links liegen lassen, bloß kein Podium bieten, auf dem die Jungs noch tanzen können. Das wäre mein Rat.“

„Das Dritte ist, wenn dann dennoch ‚Republikaner‘ ins Kommunalparlament kommen, sollte man ihnen die Möglichkeit der politischen Betätigung möglichst gering halten und die Auseinandersetzung mit ihnen möglichst gering halten, weil dann gibt man ihnen auch kein öffentliches Forum.“

„Und in der direkten Auseinandersetzung ignorieren, kein Podium zu geben, aber immer die Auseinandersetzung um die Frage Ausländerfeindlichkeit, Rechtsradikalismus und Neofaschismus offensiv in der Stadt führen.“

„Und ich muss dann selber meinen Weg finden, wie ich mit denen dann klarkomme, und ich habe das eigentlich, denke ich mal so, haben wir das ganz gut gelöst, dass wir versucht haben, die außen vor zu lassen, also, sie liegen zu lassen.“

„Ich denke, es muss deutlich sein, dass das keine Partner sind, mit denen man politischen Alltag auch nur auf kleinster Sparflamme gestalten kann. Das muss eigentlich jede demokratische Kraft, sei sie jetzt eher aus der CDU gestrickt oder aus der SPD, deutlich machen, weil das eben so weit außerhalb des Grundkonsenses ist, dass man auch gerade in so überschaubaren kommunalen Verhältnissen mit denen nichts gestalten kann.“

Eine weitere empfohlene Variante geht mit der Strategie des Ignorierens einher und wurde in einigen der vorangestellten Interviewpassagen bereits genannt. Die Hälfte der Befragten befürwortet es, den Repräsentanten der extremen Rechten keine Möglichkeit zur politischen Selbstdarstellung zu geben, weder inner- noch außerhalb der Parlamente. Dem rechten Populismus dürfe kein Podium bzw. keine Plattform geboten wer-

den. Eine öffentlich vorgetragene Polemik und Provokation würde es den Demokraten eher erschweren, die Repräsentanten der extremen Rechten zu ignorieren, auszugrenzen oder auch ideologisch zu demaskieren.

„Wir haben ihnen einfach kein Podium gegeben und ihnen auch kein Podium ermöglicht. Und was im Ratssaal stattfindet, muss ja noch lange nicht in der Öffentlichkeit stattfinden.“

„Also, meines Erachtens sollte man es vermeiden, der NPD unnötige öffentliche Aufmerksamkeit zukommen zu lassen. Das ist der erste Punkt.“

„Einfach versuchen, flexibel zu denken, einfach zu gucken, wie kann ich mit den Mitteln, die mir zur Verfügung stehen – mit Geschäftsordnungsmaßnahmen, mit Kommunikation mit den anderen demokratischen Fraktionen –, wie kann ich erreichen, dass ich denen möglichst wenig Bühne, möglichst wenig Projektionsfläche biete, um ihre Ideen irgendwie nach außen zu transportieren.“

„Ich sag mal, wir versuchen – das ist mehr oder weniger ein Abkommen mit allen Fraktionen –, der NPD keine Plattform zu geben. So, und das ist natürlich jetzt sehr schwierig, ihnen keine Plattform zu geben. Dann heißt es auch, dass man auf bestimmte Sachen nicht reagiert, weil sonst man sich ja auch irgendwo hochschauelt.“

Als eine vierte Strategievariante wird Kommunalpolitikern vorgeschlagen, mit den Bürgerinnen und Bürgern ihrer Stadt bzw. Gemeinde über das Problem des lokalen Rechtsextremismus zu sprechen. So gehe es vor allem darum, über die Ideologie und die politischen Zielsetzungen der extremen Rechten aufzuklären. Damit wird an die Kommunalpolitiker zugleich die Aufgabe gestellt, sich erst einmal selbst über das Thema Rechtsextremismus zu informieren (oder von fachkundiger Stelle informieren zu lassen, wie man ergänzend hinzufügen könnte).

„Ja, mit den Leuten reden, mit den Leuten reden. Versuchen, auch wenn's manchmal schwer ist und wenn's manchmal auch viel Zeit kostet. Es ist schneller so eine einfache Lösung auszuplappern.“

„Dass wir an diese Leute rankommen, die diese Unzufriedenheit haben und uns mit denen unterhalten. Dass wir also versuchen, die Leute, die die gewählt haben, zu erreichen mit unserem Programm, also nicht sagen: ‚Ach Gott, seid ihr schlimme Leute‘ und abqualifizieren, sondern dass die sich bei den demokratischen Parteien wieder aufgehoben fühlen.“

„Ja, ist doch eigentlich richtig, wir müssen an die Leute wieder ran, wir müssen in die Vereine rein, in die Institution rein: ‚Wir sind die SPD in der Bürgerschaft. Was können wir für euch tun?‘“

„Ja, auf der einen Seite muss man sich selber mit Geschichte und auch dem Anliegen der NPD, dem Programm der NPD, befassen, um die Differenz, die da ja da ist in den Argumenten nach außen und den Programmen nach innen bei der NPD auch erst mal zu erkennen.“

Reden und Aufklären gehen aus strategischer Sicht der Interviewpartner häufig damit einher, den Bürgerinnen und Bürgern die Politik der demokratischen Parteien (immer wieder) verständlich und nachvollziehbar zu machen. Schließlich würden die rechtsextremen Parteien ja gerade davon profitieren, dass es ihnen scheinbar gelingt, einfache Antworten auf komplexe Fragen zu geben. Den demokratischen Parteien müsse deshalb vor allem an der Transparenz ihrer eigenen politischen Inhalte sowie ihres eigenen politischen Handelns gelegen sein, um auch und insbesondere für das politikverdrossene Protestpotential in der Bevölkerung (wieder) eine wählbare politische Alternative zu den rechtsextremen Parteien darstellen zu können.

„Ich würde den Kommunalpolitikern raten, ihre eigene Politik so zu übersetzen, dass sie bei den Bürgern entsprechenden Zuspruch findet und dass solche Gruppierungen wie die ‚Republikaner‘ keine Lücke finden, die bei einer bestimmten Wahl dann ausnutzen können.“

„[...] und ansonsten eine gute kommunale Arbeit leisten, um eine Wahlalternative zu sein, um für den Wähler eine Alternative zu sein und zu sagen: ‚Leute, der bewegt‘ oder ‚Die bewegen was für mich und eben nicht die NPD, weil die NPD,

mit der NPD wird nichts besser‘. Die NPD, habe ich immer gesagt, löst keine Probleme, sie schafft Probleme.“

„Aber gut, man muss dagegen arbeiten, man muss die Leute versuchen zu überzeugen, dass die NPD eben nicht das Richtige ist. Aber das ist natürlich schwierig bei manchen Leuten; die wollen das gar nicht.“

Tab. 28: Was raten Sie Kommunalpolitikern, in deren Parlamente Vertreter rechtsextremistischer oder rechtspopulistischer Parteien gewählt worden sind?

Kategorien	Mittel-hessen		Pfalz		Sächs. Schweiz		Vor-pommern		Σ (N = 16)
	EHR	WÖ	LU	PS	KÖ	SEB	HST	ANK	
Ideologische Demaskierung	1	1	2	2	1	2		1	10
Ignorieren/Ausgrenzen	2	1	2		1	1	1	1	9
Kein Podium bieten	1	1	1	2	1	1	2		8
Reden und aufklären				2	2	2	2		8
Pol. Transparenz u. Alternative			1	1	1	2	2		7

*Frage 7.2: Was, denken Sie, müsste passieren, damit rechtsextremistische oder rechtspopulistische Parteien nicht (mehr) in Kommunalparlamente einziehen?* Die Beantwortung dieser letzten von insgesamt 21 Interviewfragen lässt sich in acht Themenkomplexe untergliedern, die in Tabelle 29 (am Ende dieses Abschnitts) nachzulesen sind. Am häufigsten davon genannt wird die Forderung, sowohl über die Akteure und Organisationen als auch über die ideologischen Inhalte und politischen Ziele der extremen Rechten aufzuklären. Die Hälfte der Interviewpartner (in sechs von acht untersuchten Kommunen) setzt damit zur Bekämpfung des (organisierten) Rechtsextremismus auf eine Strategievariante aus Aufklären, miteinander Reden und ideologischer Demaskierung, ähnlich wie zuvor bei Frage 7.1 (vgl. Tab. 28).

„Das Zweite ist, ich empfehle eine breite Bürgeraufklärung aller demokratischen Parteien, die sich dazu verhalten.“

„Tja, mehr Bewusstsein bei den Wählern, welche Konsequenz aus diesen einen Wahlakt, den man da macht, möglicherweise politisch entsteht. Das heißt, man

muss mehr vermitteln, was steht eigentlich dahinter, was ist gewollt, was ist gemeint und will man das eigentlich, ja?“

„[...] und auf der anderen Seite natürlich aufklären, was für eine Programmatik man wählt, wenn man Republikaner wählt.“

„Ich glaube die Leute müssten sich mehr mit dem Hintergrund befassen, was eigentlich jede einzelne Partei oder gerade die NPD darstellt, oder was wirklich das Ziel ist. Sie haben das vorhin gesagt, viele wissen gar nicht, dass die praktisch Holocaust, Nazis verherrlichen oder Demokratie abschaffen und was dann alles so, aber nicht in der Argumentation aus Reden von der NPD, sondern einfach für sich selber. Das mal sich vornehmen und durchlesen und dann mal darüber nachdenken, wie die Demokratie funktioniert, was die gerade ausmacht und was die eigentlich wollen.“

„Es kann eigentlich nur durch starke, andere demokratische Kräfte passieren. Mit Gewalt oder mit Verboten wird man auf Dauer diese Sache nicht verändern. Gewalt erzeugt immer Gegengewalt. [...] Man muss die alle schon bei den Wurzeln fassen, den Leuten hier klar machen, dass diese Parolen hier keine Veränderung zum Positiven erwägen, im Gegenteil. Das ist teilweise schon deutlich geworden. Investoren haben sich hier schon aus dem Staube gemacht, als sie gehört haben, sie wollen ..., wörtlich: ‚Wenn man aufpassen muss, laufend in die braune Scheiße zu treten, dann gehe ich da erst mal gar nicht hin.‘“

Auch hier wird auf die Bedeutung von politischer Transparenz und Alternativen hingewiesen. Die eigene Politik und ihre oftmals komplexen Inhalte und Verfahren müssten für die Bürgerinnen und Bürger (wieder) ebenso verständlich wie nachvollziehbar sein bzw. entsprechend vermittelt werden. Zudem müsse es den demokratischen Kräften (wieder) gelingen, sich als Alternative zu rechtsextremistischen und rechtspopulistischen Parteien zu präsentieren. Kritik gibt es aber auch am Verhalten der Bürgerinnen und Bürger selbst, die sich ihrerseits mehr für Politik und insbesondere für kommunale Politik interessieren und einbringen sollten.

„Populismus mag ich nicht, weil ich der Meinung bin, Politik ist keine Komödie, sondern das ist ..., da geht's um ehrliche Arbeit. [...] So, und dann lieber unbe-

quem sein und auch den Leuten mal Hintergründe beleuchten, warum ich eine scheinbar unpopuläre Maßnahme treffen muss, zum Beispiel Haushaltskonsolidierung, dass ich eben keine Kredite weiter aufnehmen kann, weil wir sonst die Verschuldung hochfahren und die Tilgung auf unsere nächste Generation übertragen, was auch nicht ganz fair ist.“

„[...] und das andere: wach sein, aufmerksam sein und der NPD nicht die Spielräume überlassen, die die natürlich auch brauchen. Also wenn Bürgerproteste da sind, dann darf man die eben nicht der NPD überlassen, sondern muss die auch als etablierte Partei versuchen aufzugreifen, damit der Bürger also nicht den Eindruck bekommt, die NPD hilft ihm, und die anderen helfen ihm nicht. Das wäre ganz fatal.“

„Wenn der Wähler in die fatale Situation kommen würde, der sagt: ‚Die demokratischen Parteien, die können sie alle in die Tonne schmeißen; es bleibt ja bloß noch das kleinere Übel NPD.‘ Also, das wäre ja schlimm! Also, das sollte jedem bewusst sein.“

„Ich denke schon, dass die etablierten Parteien sich sehr von dem Menschen entfernt haben, aber auch umgekehrt. Also, ich will mal eine Lanze für die Parteien brechen, weil es ja nicht Aufgabe der Parteien ist, den Menschen hinterher zu laufen. Die sollen natürlich was anbieten, Angebote machen, sollen die Türen aufmachen. Aber der Mensch muss schon selber dahin gehen und sagen: ‚Okay, ich interessiere mich dafür. Und was habt ihr zu bieten?‘ Und diese allgemeine Politikverdrossenheit, also ich persönlich habe da sehr wenig Verständnis für, werde auch schnell mal böse, wenn ich da gewisse Leute höre, die sagen: ‚Ach, ist alles Quatsch‘ und ‚Die wollen sich alle nur profilieren‘ und ‚Die machen das alles für sich selbst‘. Ich bin auch nur ehrenamtlicher Politiker, und ich kann mir auch Schöneres vorstellen in meiner Freizeit als elende Diskussionen zu führen, Nackenschläge einzustecken.“

„Das heißt, die etablierten Parteien müssen deutlicher machen, warum ihre Entscheidungen so und so gefallen sind, also, ich sag mal, auch ein bisschen mehr dafür werben, dass Entscheidungen verstanden werden und nicht als negativ empfunden werden und mit Quittungen versehen werden.“

Der wahrgenommene Mangel an einer Problemlösungskompetenz der demokratischen Parteien führt nach Ansicht einiger Interviewpartner zur verstärkten Akzeptanz fremdenfeindlicher oder auch rechtsextremer Po-

litikangebote in Teilen der Bevölkerung. Eine zentrale Rolle spiele dabei die Lösung sozio-ökonomischer Probleme. Insbesondere Arbeitslosigkeit und das Gefühl, sozial benachteiligt bzw. ungerecht behandelt zu werden, würden die Hinwendung zu einem rechten Populismus fördern, der die soziale mit der nationalen Frage verbindet: „Für soziale Probleme (deutscher Unterschichten) propagiert er nationale Lösungen, die zu Lasten der Menschen- und Bürgerrechte von Nichtdeutschen gehen“ (Butterwegge/Meier 1997, S. 56; vgl. auch Hafenecker 1995). Die Entwicklung von Gegenmaßnahmen orientiert sich damit an der sogenannten Modernisierungsverliererthese, wie sie von den Befragten schon zur Erklärung des kommunalen Wahlerfolgs von NPD und REP herangezogen wurde (vgl. Frage 1.1).

„Also in Pirmasens bin ich überzeugt davon, wenn unsere Arbeitslosenzahl nicht 15 Prozent wäre, sondern vielleicht sechs oder sieben Prozent, wäre der Spuk bald vorbei, weil die Arbeitslosigkeit bedeutet Probleme für die Menschen, und wenn Menschen Probleme haben, dann wollen sie oder sind sie auf der Suche nach Lösungen, und diese Lösungen machen uns wohl oder viele von uns im Moment sprachlos, weil wir keine Lösungen haben. Die Republikaner haben Lösungen, die sie den Leuten erklären, und die Leute glauben diesen Lösungen, und deshalb sind sie auch bereit zu unterstützen.“

„Bleiben wir beim Selbstwertgefühl. Selbstbewusstsein. Also, ich denke, das ist ein alter Hut, und Udo Lindenberg hat das da mal so schön in einem Lied geschrieben, dass er gesagt hat: ‚Wenn du sonst nichts bist und nichts hast, du bist jedenfalls Deutscher.‘ Ja, und so denken die Leute eben: ‚Ich lebe in unangenehmen Verhältnissen, ich habe keine Perspektive, ich bin eigentlich arm, nach meinem eigenen Empfinden arm, ich bin Deutscher, und damit kann ich mich abgrenzen von so einem Kümmeltürken mit seinem Dönerstand.‘“

„Solange dieses Lohnniveau hier ist, dass die Leute so wenig verdienen oder viele Leute entweder keine Arbeit haben oder nur so viel verdienen wie Hartz IV hat. Denn das sehen die ja: Der kriegt die Wohnung bezahlt, der die Energie bezahlt, dann hat er noch 345, dann hat er zusammen 1.000 Euro, ja, wenn er alles zusammenrechnet, und vielleicht noch eine Sonderzulage. So viel haben ja die anderen gar nicht. Und wer dann da kein festes Bewusstsein hat, der fällt

natürlich auf solche Parolen rein. Denk ich, die Studierten eher nicht, aber das ist die wahre Ursache.“

Mit dem Problem der Arbeits- und zugleich Perspektivlosigkeit geht nach Ansicht der Interviewpartner auch ein Mangel an Bildung einher, der für einfache, nationalistische Positionen und Parolen besonders empfänglich mache. Bildung wird dabei vor allem als kognitive Fähigkeit zum komplexen Denken verstanden, mit der sich eine rechtsextreme Orientierung bekämpfen bzw. überhaupt vermeiden ließe. Bildung und Aufklärung werden auf diese Weise miteinander verbunden und als Bedingung für die Akzeptanz einer pluralistischen Gesellschaft gesehen.

„Protest, sag ich jetzt mal, einfach mit der Unzufriedenheit, was ja eigentlich geschuldet ist ihrem Bildungsstand. Ich tue es jetzt mal auf die, die man so kennt aus der Stadt, die Leute, wo ich weiß, die gehören zu dem Kreis. Das sind ja unbestritten viele Arbeitslose, die aber aufgrund ihres Bildungsstandes einfach keine Arbeit mehr finden, ja, das wissen wir ja, das ist nun mal so.“

„Bildung! Aufklärung und Weiterbildung. Und den Leuten klar machen, dass das eben nicht alles schwarz und weiß ist, dass das nicht daran liegt ..., zum Beispiel, wie man sagt, hier von wegen: ‚Die oben in der Stadt ...‘ und so was, ‚die wollen mir das Geld nicht geben.‘ Und die NPD geht ja auf dieses Pflaster, dass die sagen von wegen: ‚Die gönnen euch das nicht‘ oder ‚Die wollen das nicht‘ oder so was, auf diese platte Form gehen die da immer und haben damit ihre Anhänger, ne? Oder: ‚Die Ausländer nehmen uns die Arbeit weg‘ – blöde, platte Formel, ne?“

„Und dieses ganze Image, was die hier aufbauen, das muss man einfach zerstören. Da muss man aber mit dem Kopf, man muss in die Köpfe der Leute kommen hier. Und das fängt in der Schule, das fängt in der Berufsausbildung an, vielleicht sogar schon im Kindergarten hier. Und da haben sie Defizite ohne Ende.“

Als weiterer Punkt wird von einigen Befragten die Stärkung der demokratischen Kräfte vor Ort genannt. Die politische Arbeit in den Städten und Gemeinden müsse von den Parteizentralen stärker unterstützt wer-

den, da gerade in den ostdeutschen Regionen die personellen Ressourcen oftmals nicht vorhanden seien, um der extremen Rechten wirksam und nachhaltig gegenüberzutreten zu können. Es gehen damit Forderungen einher, die sowohl ein größeres Interesse der Bundespolitik für die (strukturell schwachen) Regionen verlangen als auch ein verstärktes Engagement der Bürgerinnen und Bürger anmahnen. Außerdem müsse Jugendarbeit (wieder) eine zentrale Aufgabe der demokratischen Parteien sein und dürfe nicht der extremen Rechten überlassen bleiben.

„Die großen Parteien müssten, müssen begreifen, dass es kein Thema einer kleinen Region ist und dass man da was tun muss, denn die NPD hat das begriffen, die tut was. Und die großen Parteien tun wenig, und wenn sie's tun, machen sie's nur kurz, und das ist nicht Erfolg versprechend.“

„Ich meine, dass man politische Arbeit vor Ort machen muss, und die NPD macht das sehr intensiv, und die großen Parteien meinen noch, das nirgends machen zu müssen. Sie verlassen sich da ein bisschen auf die Parteileute und Kommunalpolitiker vor Ort [...]. An vielen Stellen sind die überfordert, gerade in so einer Struktur, wie wir sie haben, wo mit, na ja, mit knapp 200 Leuten im Landkreis, SPD-Mitgliedern, da kann die politische Auseinandersetzung nur fragmenthaft sein.“

„Ja, so wie die nachher lange im Landtag sind oder im Bundestag [...], dann sehen die nur wieder ihre Probleme, und dann bist du vor Ort wieder allein-gelassen.“

„Und dann muss man natürlich auch erwarten, dass die überörtliche Politik hier nicht so nach dem Motto agiert: ‚Hier sind so und so wenig Wähler, hier sind sowieso wenig Menschen, hier lassen wir sie mal austoben, [...] bei großen Wahlen hätte sich nicht mal hinterm Komma groß was an Wählerstimmen verändert.‘ Ich glaube, das ist völlig der verkehrte Weg. Brecht hat mal gesagt, glaub ich: ‚Wehret den Anfängen.‘ Es kann eigentlich nur durch starke, andere demokratische Kräfte passieren.“

„Es müsste, meines Erachtens, von den etablierten Parteien, nenne ich das mal, in Sachen Jugendarbeit ganz dringend was getan werden, aber professionell.“

Mit Blick auf das geänderte Wahlrecht in Hessen wird zudem empfohlen, bei Kommunalwahlen (wieder) eine Fünf-Prozent-Hürde einzuführen. Der Einzug in die Kreis-, Stadt- und Gemeindeparlamente würde damit (häufig) den rechtsextremen Parteien verwehrt bleiben, deren Stimmenanteile zumindest in Hessen rapide gesunken sind, wie die Beispiele Ehringshausen und Wölfersheim zeigen (vgl. Kap. 3.1).<sup>13</sup> Bezogen auf die letzten Wahlergebnisse in den acht untersuchten Kommunen hätte eine solche Sperrklausel allerdings nur in Ehringshausen (4,9 %) und Stralsund (3,9 %) Auswirkungen gehabt, wo die NPD unterhalb der Fünf-Prozent-Marke geblieben ist, wenn auch in der mittelhessischen Gemeinde nur äußerst knapp (vgl. Kap. 3).

„Wobei, man könnte etwas dagegen tun. Das ist natürlich auch nicht gewollt, ich will das auch nicht. Man könnte in den Kommunalparlamenten die Fünf-Prozent-Klausel wieder einführen. Durch das Kumulieren und Panaschieren, das wird jetzt haben, kann es ja durchaus passieren, dass jemand mit 1,3, 1,4 Prozent als Einzelvertreter im Parlament auftaucht. Kann natürlich verstärkt in Hessen vorkommen, dass dadurch eben Rechte Zugang zu den Parlamenten finden auf kommunaler Ebene.“

Tab. 29: Was, denken Sie, müsste passieren, damit rechtsextremistische oder rechtspopulistische Parteien nicht (mehr) in Kommunalparlamente einziehen?									
Kategorien	Mittel-hessen		Pfalz		Sächs. Schweiz		Vor-pommern		Σ (N = 16)
	EHR	WÖ	LU	PS	KÖ	SEB	HST	ANK	
Aufklärung über extreme Rechte		1	2	1	1	2		1	8
Pol. Transparenz u. Alternative			1	1	1	1	2		6
Sozio-ökonomische Problemlösung				2	1		1	1	5
Stärkung der demokratischen Kräfte						2		1	3
Bessere (Schul-)Bildung							1	1	2
Ziviles Engagement/Jugendarbeit						1	1		2
Interesse Bundespolitik für Regionen								2	2
5%-Hürde bei Kommunalwahlen		1							1

<sup>13</sup> Für eine Übersicht der Stimmenanteile von NPD und REP bei den hessischen Kommunalenwahlen 2001 und 2006 siehe Hafenecker/Becker 2007, S. 26f.

## 4.8 Fazit der empirischen Untersuchung

Als Resümee der Interviewauswertung sollen die zentralen Ergebnisse der empirischen Untersuchung herausgearbeitet und in konzentrierter Form wiedergegeben werden. Die Zusammenfassung der zum Teil sehr heterogenen Befunde erfolgt unter der Leitfrage, welche Folgen die parlamentarische Präsenz der extremen Rechten für die kommunale Politik und die lokale Demokratie hat. Hinsichtlich dieses erkenntnisleitenden Interesses der Studie lassen sich folgende sechs Punkte nennen, die einen Überblick über die wichtigsten empirischen Ergebnisse der qualitativen Analyse liefern. Im Mittelpunkt steht dabei deren Bedeutung für die Entwicklung von Umgangs- und Gegenstrategien. Da es sich bei der vorliegenden Studie um ein qualitatives Vorgehen handelt, sind repräsentative Verallgemeinerungen der Ergebnisse oder ein Ost-West-Vergleich nicht möglich. Das Allgemeine ist jedoch (fast) immer auch im Speziellen präsent, so dass die Ergebnisse dieser Studie wichtige Anhaltspunkte für eine erfolgreiche kommunalpolitische Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus geben können.

1. Die Wahlentscheidung zugunsten der extremen Rechten wird in erster Linie mit einer Protesthaltung erklärt, die allerdings weniger von rationalen bzw. wahltaktischen Überlegungen als vielmehr von einer (tendenziell) rechtsextremen Überzeugung geprägt sei. Die Interviewpartner sehen den Wählerzuspruch in einer Mischung aus politischer Unzufriedenheit und wirtschaftlichen wie sozialen Problemlagen in Verbindung mit fremdenfeindlichen und mitunter auch ausgeprägten rechtsextremen Einstellungen begründet. Das Stimmenpotential der extremen Rechten wird daher vor allem unter sogenannten Modernisierungsverlierern vermutet. Die Wahl rechtsextremer Parteien wird somit als Protestwahl gedeutet, bei der jedoch rechtsextreme oder zumindest fremdenfeindliche Einstellungen durchaus bedeutsam seien, auch wenn sie gegenüber sozioökonomischen Faktoren eine untergeordnete Rolle spielen.

2. Aktivitäten der rechtsextremen Parteien sowie die Präsenz einer rechtsextremen Szene in den untersuchten Kommunen sind nach Angaben der Interviewpartner kaum oder gar nicht festzustellen. Die lokalen Akteure der extremen Rechten würden sich selbst häufig als gutbürgerliche Biedermänner präsentieren. Nicht selten handele es sich bei ihnen um Einzelakteure, die in der Stadt bzw. Gemeinde bekannt sind und die der Partei vor Ort ein Gesicht geben. In diesen Fällen erzielt die extreme Rechte also ihren Wahlerfolg über die Person und weniger über deren Parteizugehörigkeit. Die Akzeptanz der rechtsextremen Parteien und Gruppierungen in der Kommune vollzieht sich hier über die Akzeptanz ihrer Repräsentanten in (Teilen) der Bevölkerung.

3. Das Auftreten der rechtsextremen Mandatsträger in den Parlamenten pendelt in den untersuchten Kommunen zwischen verbal aggressiv und konfrontativ auf der einen Seite und eher ruhig, sachlich, mitunter kleinbürgerlich und bieder auf der anderen Seite. Dementsprechend sind die von den Rechtsextremen in die Kommunalparlamente eingebrachten Themen vor allem protestorientiert und populistisch ausgerichtet. Deren Inhalte sind allerdings weniger von dezidiert Fremdenfeindlichkeit oder klassisch rechtsextremen Ideologiefacetten geprägt, sondern vielmehr an lokalen und alltagsbezogenen Sachfragen der kommunalen Sozial-, Verkehrs- und Finanzpolitik orientiert. Eine kommunalpolitische Kompetenz wird den Fraktionen und Mandatsträgern der extremen Rechten dabei in den meisten Fällen jedoch nicht attestiert. Stattdessen würden sie die Parlamente vorzugsweise als Bühne zur politischen Selbstinszenierung als Interessenvertreter der „kleinen Leute“ und öffentlichen Selbstdarstellung einer vermeintlichen politischen Alternative (be)nutzen.

4. Rechtsextreme Abgeordnete werden von den Demokraten weitgehend ignoriert und im Rahmen der parlamentarischen Möglichkeiten ausgegrenzt. So werden Anträge in fast allen untersuchten Kommunen prinzi-

piell und ohne vorherige Parlamentsdiskussion abgelehnt oder aber in die jeweiligen Ausschüsse verwiesen, wo dann die Ablehnung erfolgt. Durch Verfahrensänderungen bei der Ausschussbesetzung wird zudem der Versuch unternommen, die rechtsextremen Abgeordneten, soweit es geht, außen vor zu lassen. Die Auseinandersetzung mit den Vertretern der extremen Rechten wird von den demokratischen Fraktionen kurz und knapp gehalten, um ihnen keine Bühne zu bieten, und auch nur dann geführt, wenn es unbedingt nötig ist bzw. es sich nicht anders vermeiden lässt (zum Beispiel bei rechts-extremen Verbalausfällen und persönlichen Beleidigungen oder bei der satzungsgemäßen Beantwortung von Anfragen). Für das politische Handeln der Rechtsextremen bedeutet dies, dass sie über ihre parlamentarischen Rechte hinaus keinerlei Mitgestaltungsmöglichkeiten in der Kommune haben.

5. Die überparteiliche Zusammenarbeit der Demokraten im Umgang mit den rechtsextremen Fraktionen und Mandatsträgern wird in den meisten untersuchten Kommunen als gut bewertet; gegenläufige Meinungen finden sich in einigen ostdeutschen Städten. Das Interesse der kommunalen Öffentlichkeit für die parlamentarische Auseinandersetzung mit der extremen Rechten sei sowohl in der Bevölkerung als auch bei den lokalen und regionalen Medien nur gering oder gar nicht vorhanden. Diese Feststellung lässt sich für die untersuchten ostdeutschen Kommunen auch in Bezug auf die Existenz eines organisierten wie eines eher privaten, individuellen zivilgesellschaftlichen Engagements gegen Rechtsextremismus treffen. Dagegen ist nach Auskunft der Interviewpartner in allen betrachteten westdeutschen Städten und Gemeinden ein solches zivilgesellschaftliches Engagement, zum Beispiel in Form eines Bürgerbündnisses, vorhanden, das zudem in die kommunale Gemeinschaft weit hineinreicht und nahezu alle gesellschaftlichen Gruppen umfasst.

6. Die Befunde zur Präsenz und Repräsentanz der extremen Rechten in Parlament und Kommune zeigen, dass jeweils eine spezifische Form der

Auseinandersetzung gefunden werden muss, die den lokalen Rechtsextremismus mit seinen jeweiligen Akteuren, Aktivitäten und Organisationsformen berücksichtigt. Die Entwicklung von angemessenen Umgangs- und Gegenstrategien hat somit situationsbezogen zu erfolgen und muss sich dabei stets deren Ziele und Wirkungen bewusst sein. Entsprechend bedeutsam ist, dass sich eine betroffene Kommune der Auseinandersetzung mit dem in ihrem Bereich auftretenden Rechtsextremismus stellt. Die empirischen Ergebnisse machen zudem deutlich, dass in den Kommunen ein Beratungsbedarf zum Thema Rechtsextremismus besteht, wobei Beratung nicht bedeutet, pauschale Lösungsangebote oder eindimensionale Handlungsempfehlungen zu unterbreiten, sondern das gemeinsame Arbeiten von Kommune, Zivilgesellschaft und Experten meint.

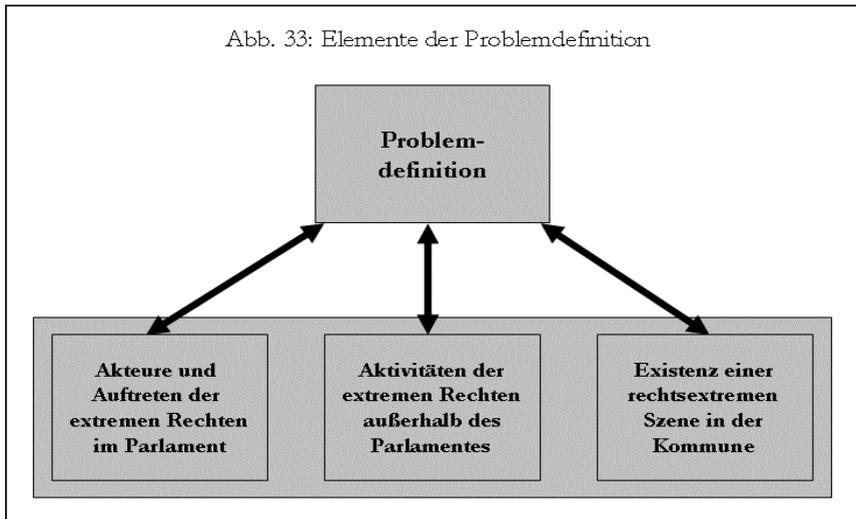
## 5. Kommunale Politik im Umgang mit der extremen Rechten. Ein Leitfaden für die Problemanalyse und Strategieentwicklung

Aus den empirischen Befunden der Interviewauswertung lassen sich in Verbindung mit dem bisherigen Forschungs- und Diskussionsstand sowohl Hinweise als auch konkrete Empfehlungen für einen parlamentarisch-kommunalen Umgang mit der extremen Rechten ableiten, der den demokratischen Parteien eine angemessene politische Auseinandersetzung mit den Fraktionen und Mandatsträgern der extremen Rechten ermöglicht. Hinsichtlich der Entwicklung politischer Strategien gegen die extreme Rechte soll deshalb ein Handlungsschema entworfen werden, das betroffenen Kommunalpolitikern einen Leitfaden an die Hand gibt, der es ihnen situationsspezifisch sowie ergebnis- und prozessorientiert erlaubt, das Problem „ihres“ lokalen Rechtsextremismus zu analysieren und mögliche Ziele, Strategien und Kooperationen in der parlamentarisch-kommunalen Auseinandersetzung zu erörtern.

### *Problemdefinition*

Die Problemdefinition unterscheidet drei Dimensionen des lokalen Rechtsextremismus, mit deren Hilfe sich die spezifische Situation in der Kommune erfassen lässt (vgl. Abb. 33). Dabei geht es um die Präsenz und Repräsentanz, das heißt um die Akteure, Aktivitäten und Organisationsformen, der extremen Rechten in der jeweiligen Stadt, Gemeinde und/oder Region. Ziel der Situationsanalyse ist die gemeinsame Problemdefinition auf der Basis aller drei Dimensionen des organisierten Rechts-

extremismus, mit denen sich die Akteure der kommunalen Demokratie – Vereine, Verbände, Kirchen, Parteien, Verwaltung, Gewerkschaften, Arbeitgeber, Initiativen – sowohl zivilgesellschaftlich und politisch als auch unter rechtstaatlichen Aspekten und Kriterien auseinandersetzen müssen.



(1) Der analytische Blick richtet sich zunächst auf *die Akteure und das Auftreten der extremen Rechten im Parlament*. Im Mittelpunkt dieser ersten Situationsanalyse stehen die kommunalpolitische Kompetenz der Mandatsträger und deren parlamentarische Kommunikationsformen, die auf ein bestimmtes Muster eines politisch-parlamentarischen Verhaltens hinweisen. Zur Erörterung dieser lokalen Rechtsextremismusdimension können die folgenden Fragen herangezogen werden:

- Handelt es sich um eine Einzelperson oder um eine Gruppe?
- Ist diese eher passiv oder eher aktiv (Anträge, Anfragen, Reden etc.)?
- Handelt es sich dabei vor allem um eine „Ein-Mann-Aktivität“?

- Ist das Auftreten eher ruhig/sachlich oder eher verbal aggressiv/konfrontativ?
- Werden kommunale Sachthemen oder rechtsextreme Ideologiefacetten angesprochen?
- Ist bei den/dem Akteur(en) der extremen Rechten eine kommunalpolitische Kompetenz festzustellen oder dient das Parlament vorrangig zur politischen Selbstdarstellung?

(2) Die weitere analytische Betrachtung widmet sich den *Aktivitäten der extremen Rechten außerhalb des Parlamentes*. Hier geht es um die Präsenz und das (politische) Handeln von Parteien oder Einzelakteuren des organisierten Rechtsextremismus in der kommunalen Öffentlichkeit. Es gilt dabei, ein breit gefächertes Spektrum an Aktivitäten zu berücksichtigen und zu entdecken, das zugleich Hinweise auf die personellen, organisatorischen und auch finanziellen Ressourcen der extremen Rechten vor Ort liefert:

- Plakate und Postwurfsendungen (Gratiszeitungen, Broschüren, Flugblätter etc.)
- Öffentlichkeits- und Propagandaarbeit (zum Beispiel Internetvideos)
- Öffentliche Präsenz (Aufmärsche, Kundgebungen, Demonstrationen etc.)
- Freizeitangebote (zum Beispiel „Kinder- und Familienfeste“)
- Sportveranstaltungen (zum Beispiel Fußballspiele und sportliche Wettbewerbe)
- Jugendarbeit („Schulhof-CD“, Schülerzeitungen, Sportaktivitäten etc.)

(3) Eine dritte Dimension des lokalen Rechtsextremismus ist die *Existenz einer rechtsextremen Szene in der Kommune*. Gegenstand der analytischen Betrachtung sind hier die verschiedenen lokalen wie regionalen Akteure des eher lose organisierten und zumeist eher jugendlichen

Rechtsextremismus. Besonderes Augenmerk gilt der Vernetzung untereinander bis in die rechtsextremen Parteien hinein. Überschneidungen mit den genannten außerparlamentarischen Aktivitäten der extremen Rechten sind durchaus möglich und ebenso wahrscheinlich (vor allem in den Bereichen Freizeitangebote, Sportveranstaltungen und Jugendarbeit). In Bezug auf die Gruppierungen der rechtsextremen Szene lassen sich folgende Unterscheidungen treffen:

- Neonazistische Kameradschaften (Propaganda, Demonstrationen, Gewaltdelikte etc.)
- Rechte Jugendcliquen (Aussehen/Erscheinung, Sprüche/Parolen, Gewaltdelikte etc.)
  - öffentlich (Vereine, Jugendclubs, Bushaltestellen etc.)
  - nicht öffentlich (zum Beispiel Grill- und Hüttenfeste)
- Rechtsextreme Frauen- und Kulturorganisationen (zum Beispiel Ideologieschulung oder Pflege und Lehre völkischen Brauchtums)
- Rechtsextreme Bands, Verlage, Versandfirmen und Internetportale (Rechtsrock-Konzerte, neonazistische Broschüren und Zeitungen, Propagandamaterialien etc.)

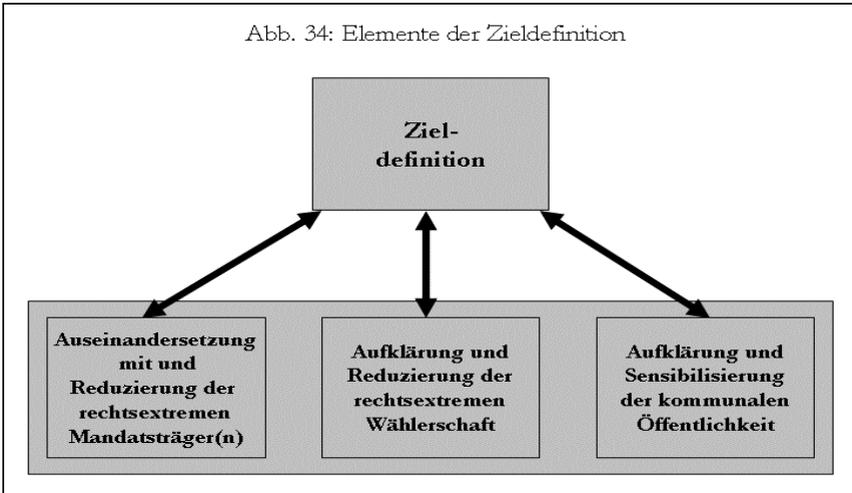
Für eine gemeinsame Problemdefinition des lokalen Rechtsextremismus müssen die drei Dimensionen – quasi als ein gegenseitiges Bezugssystem – zusammen betrachtet und in dieser Weise auch für die Entwicklung angemessener Umgangs- und Gegenstrategien berücksichtigt werden. Unberücksichtigt bleiben darf dabei jedoch nicht die Resonanz des (lokalen) Rechtsextremismus in der Bevölkerung. Die Annahme ist durchaus fraglich, „dass sich eine klare Grenze zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren und Institutionen sowie einer an demokratischen Wertvorstellungen orientierten staatlichen Politik auf der einen Seite und dem Rechtsextremismus auf der anderen Seite ziehen lässt“ (Scherr 2007, S. 94). Die individuellen Einstellungen der Bürge-

rinnen und Bürger, wie sie in einem *latenten* Rechtsextremismus zum Ausdruck kommen (vgl. Stöss 2005), bereiten oftmals (erst) den Nährboden für den *organisierten* Rechtsextremismus, für seinen politischen Aufstieg ebenso wie für seine kommunale oder auch regionale Verankerung. Das Problem besteht somit nicht „nur“ darin, „dass rechtsextreme Parteien und Gruppierungen selbst Teil der Zivilgesellschaft sind und die Instrumente zivilgesellschaftlichen Engagements für ihre Ziele beanspruchen“ (Scherr 2007, S. 94; vgl. Staud 2006; Lynen Berg/Palloks/Steil 2007; Palloks/Steil 2007). Darüber hinaus finden sich autoritär-nationalistische und menschenfeindliche Einstellungen auch jenseits der Anhänger und Mitglieder rechtsextremer Gruppierungen. Allerdings sind derartige Einstellungen „keine Sonderform für Deprivierte“ (Heitmeyer 1988); sie reichen vielmehr bis weit in die (politische) Mitte der demokratischen Gesellschaft hinein (vgl. Stöss 2005; Iser/Schönfelder 2005; Decker/Brähler/Geißler 2006; Heitmeyer 2007; Schönfelder 2008).

### *Zieldefinition*

Bevor es um die Auswahl angemessener Umgangs- und Gegenstrategien gehen kann, muss zunächst geklärt werden, wen die politische Auseinandersetzung mit den Fraktionen und Mandatsträgern der extremen Rechten erreichen soll. Hinweise dazu finden sich unter anderem in der Problemdefinition, die sowohl über die rechtsextremen Akteure und Akteurskonstellationen in Parlament und Kommune als auch über deren Auftreten, Kommunikation und Ressourcen informiert. Mit der Zieldefinition wird die Frage nach den Adressaten der parlamentarischen Auseinandersetzung gestellt, wobei sich drei Gruppen unterscheiden lassen (vgl. Abb. 34).

Abb. 34: Elemente der Zieldefinition



(1) Soll die *Auseinandersetzung mit den rechtsextremen Mandatsträgern* gesucht werden, um durch Überzeugungsarbeit deren Anzahl im Parlament zu reduzieren? Soll damit zugleich der Versuch unternommen werden, die Akteure des lokalen Rechtsextremismus wieder in die „demokratische Mehrheitsgesellschaft“ zurückzuholen? Schließlich sind rechtsextreme Parteien und Gruppierungen immer auch ein Teil der Zivilgesellschaft und stehen keineswegs außerhalb, wie häufig suggeriert wird (vgl. Scherr 2007, S. 94). Allerdings dürfte es den demokratischen Parteien schwerlich gelingen, sowohl den lager- und mentalitätsbezogenen Einbindungen als auch den langjährigen Verfestigungsprozessen und biografisch-politischen Sozialisationserfahrungen im rechtsextremen Milieu entgegenzuwirken. Es würden all jene Versuche am Ende solcher Entwicklungen ansetzen, die darauf abzielen, neue Einsichten und andere Einstellungen bei den Repräsentanten der extremen Rechten zu generieren (vgl. Hafener 2000, S. 108). Das Parlament ist damit vor allem Ort der politischen Auseinandersetzung und weniger ein Ort der politischen Aufklärung und Überzeugung rechtsextremer Mandatsträger.

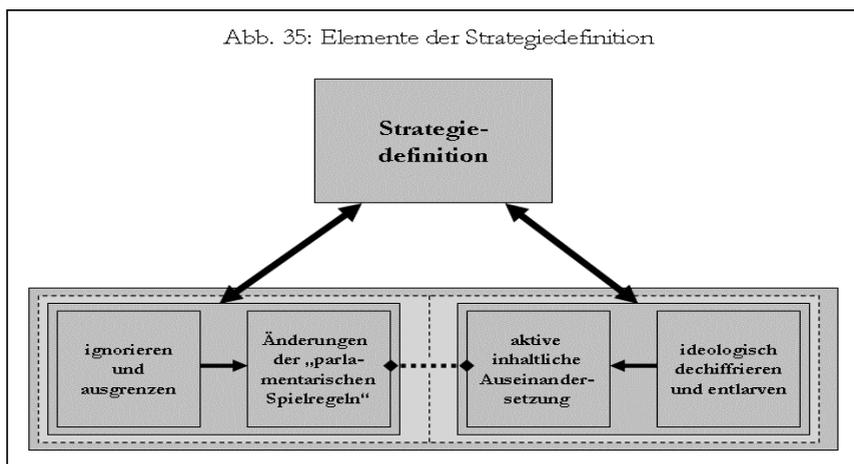
(2) Soll eine *Aufklärung der rechtsextremen Wählerschaft* favorisiert werden, indem man die menschen- und demokratiefeindlichen Inhalte, Ziele und Logiken rechtsextremer Politik offenlegt? Soll auf diese Weise das Wählerpotential der rechtsextremen Parteien verringert und damit deren Stimmenanteil bei den nächsten Wahlen reduziert werden? Es geht zugleich um die Wahrung bzw. Wiederherstellung einer kommunalen demokratischen Kultur, die den autoritär-nationalistischen Parolen und Positionen der Rechtsextremen ablehnend wie auch abwehrend gegenübersteht.

(3) Soll eine *Aufklärung und Sensibilisierung der kommunalen Öffentlichkeit* zum Problem des (lokalen) Rechtsextremismus stattfinden? Soll eine sukzessiv einsetzende Normalisierung und Akzeptanz der extremen Rechten in der Bevölkerung verhindert werden? Möglichkeiten, um einer solchen Entwicklung entgegenzutreten, bieten unter anderem öffentliche Foren, Diskussionsveranstaltungen und Bildungsangebote (vom Kindergarten bis zur Erwachsenenbildung); es können aber auch ebenso gut zivilgesellschaftliche Aktionen gegen Rechtsextremismus einen wertvollen Beitrag für die kommunale demokratische Kultur leisten. Im Parlament ist es Aufgabe der demokratischen Fraktionen, dessen Instrumentalisierung durch eine ideologische Selbstdarstellung der rechtsextremen Mandatsträger zu verhindern.

### *Strategiedefinition*

Nachdem das Problem des lokalen Rechtsextremismus erfasst und die Ziele der parlamentarisch-kommunalen Gegenaktivitäten benannt wurden, stellt sich nun die Frage nach den möglichen Strategievarianten im Umgang mit den Repräsentanten der extremen Rechten. Sowohl die bisherigen Beobachtungen und Erfahrungen der Forschung als auch die eigenen empirischen Ergebnisse verweisen dabei vor allem auf zwei Stra-

tegien der politisch-parlamentarischen Auseinandersetzung, die mit Blick auf die spezifische lokale Situation variabel angewendet werden können, so dass ein strategischer Mix durchaus möglich ist (vgl. Abb. 35). Zudem unterscheiden sich die beiden Strategievarianten in der Intensität der Auseinandersetzung ebenso wie die Akteure der extremen Rechten in der Intensität von politisch-parlamentarischem Handeln und Auftreten: eher passiv oder eher aktiv, eher sachlich oder eher konfrontativ.



(1) Die *Strategie des Ignorierens und Ausgrenzens* zielt darauf, sich nicht mehr als unbedingt nötig mit den Fraktionen und Mandatsträgern der extremen Rechten auseinanderzusetzen. Im parlamentarischen Umgang will man sie vor allem ignorieren und „rechts liegen lassen“; man will ihnen keine politische Mitsprachemöglichkeit in der Kommune, keine Plattform und schon gar kein Podium zur ideologischen Selbstdarstellung geben. Ihre Anträge werden entweder prinzipiell abgelehnt oder direkt und ohne Diskussion in die Ausschüsse verwiesen, wo dann die (nicht-öffentliche) Ablehnung erfolgt. Im persönlichen Umgang der Parlamentsmitglieder wird jeglicher Kontakt mit den rechtsextre-

men Abgeordneten vermieden; dies sollte auch für formale Gesten und Formen der Begrüßung gelten. Nur in Ausnahmefällen wird kurz und knapp auf Wortbeiträge und Anfragen der Rechtsextremen reagiert. Eine Möglichkeit für die demokratischen Parteien besteht darin, im Rotationsverfahren eine gemeinsame Stellungnahme durch die Fraktionsvorsitzenden bzw. Vertreter einer demokratischen Partei abzugeben, um damit der extremen Rechten nicht mehr Aufmerksamkeit zu schenken als nötig. Dieses strategische Vorgehen setzt jedoch, wie alle anderen auch, ein gutes Verständnis der demokratischen Fraktionen untereinander und eine ebenso gute überparteiliche Zusammenarbeit voraus. Darüber hinaus kann die Ausgrenzung rechtsextremer Mandatsträger durch Änderungen der „parlamentarischen Spielregeln“ erfolgen. Insbesondere durch Änderungen bei der Ausschussbesetzung lässt sich versuchen, die Wirksamkeit der parlamentarischen Arbeit rechtsextremer Abgeordneter zu begrenzen:

- Die Anzahl der zu vergebenen Sitze wird in der Hauptsatzung bzw. Geschäftsordnung des Parlaments reduziert.
- Das Sitzzuteilungsverfahren wird zugunsten größerer Parteien, das heißt in der Regel zugunsten von CDU und SPD bzw. Linkspartei, geändert (Höchstzahlverfahren nach d'Hondt).
- Die demokratischen Fraktionen gehen Listenverbindungen ein, um mehr Sitze für sich selbst und um weniger bis gar keine Sitze für die extreme Rechte zu erzielen; kleinere demokratische Parteien werden auf diese Weise bei der Sitzvergabe nicht benachteiligt.

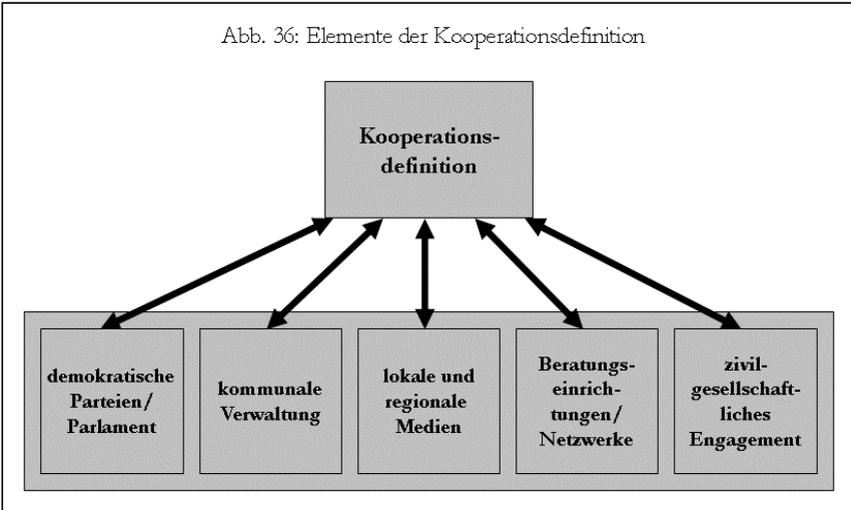
(2) Die *Strategie des ideologischen Dechiffrierens und Entlarvens* bezeichnet eine aktive inhaltliche Auseinandersetzung mit den Logiken und Themen der extremen Rechten. Ihre Anträge, Anfragen und Debattebeiträge müssen dabei von den demokratischen Parteien im Parlament sowohl gedeutet und übersetzt als auch aufgeklärt werden. Dies

beinhaltet die Notwendigkeit, dass sich die demokratischen Fraktionen und Mandatsträger über die ideologisch-programmatischen Inhalte sowie über die Erscheinungsformen und das Ausmaß des (lokalen) Rechtsextremismus informieren und sich damit eingehend beschäftigen. Das Parlament ist infolgedessen der Ort für einen offensiven, kämpferischen und selbstbewussten Umgang, der die Themen, die ideologisch-populistischen Absichten, die (fehlende) inhaltliche Qualität und die möglichen Folgen rechtsextremer Politikanforderungen und Begründungen dechiffriert. Die Debatten müssen auch deshalb hier geführt werden, weil das Wahlverhalten der Bürgerinnen und Bürger die demokratischen Parteien zwingt, die Politik der extremen Rechten in ihren Argumenten und Forderungen zu entlarven und an ihrer Stelle selbst überzeugende Antworten auf Fragen und Probleme zu geben.

### *Kooperationsdefinition*

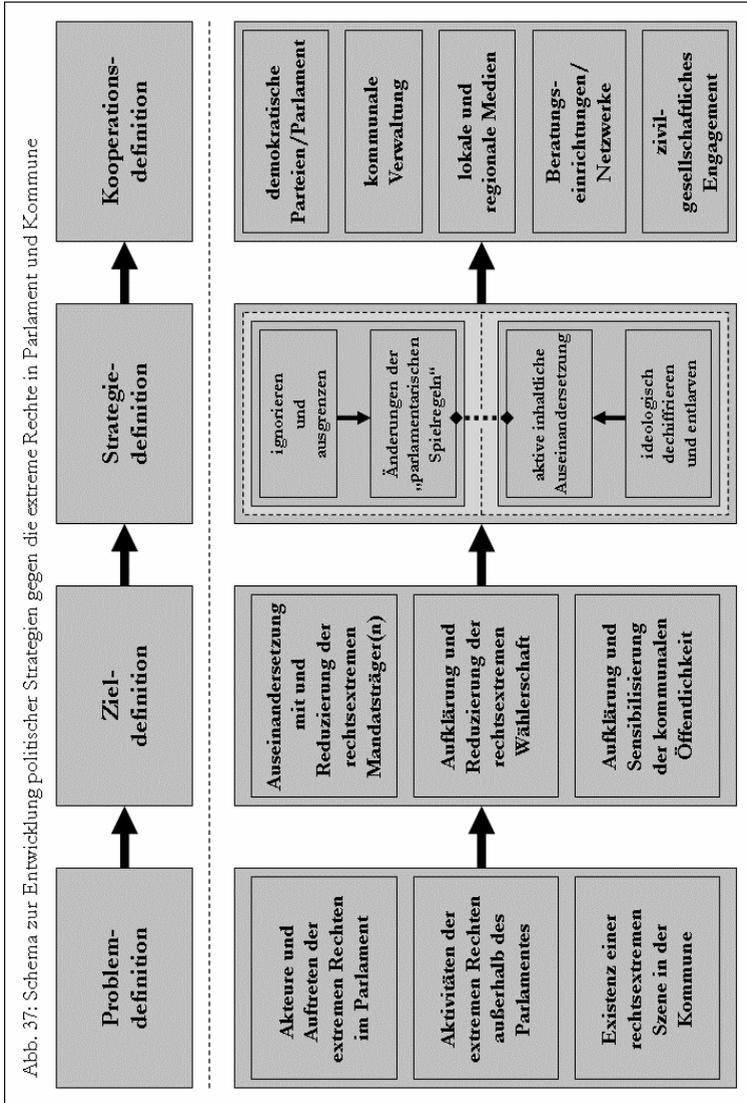
Die Kooperationsdefinition bezeichnet die Suche nach Partnern und Verbündeten in der Auseinandersetzung mit dem lokalen Rechtsextremismus. Kooperation meint dabei Formen der Zusammenarbeit und Arbeitsteilung, deren Adressaten die Träger von Demokratie und Zivilgesellschaft sind. An die Akteure kommunaler Partizipation richtet sich die Forderung, gemeinschaftlich gegen die Kritiker und Feinde eines friedlichen, freiheitlichen und gleichberechtigten Zusammenlebens in *ihrer* Stadt, Gemeinde und/oder Region vorzugehen (vgl. Abb. 36).

Abb. 36: Elemente der Kooperationsdefinition



(1) Träger der Demokratie sind zum einen die demokratischen Parteien und Wählergemeinschaften in der Kommune, die sowohl auf parlamentarischer als auch auf außerparlamentarischer Ebene die Auseinandersetzung mit der extremen Rechten führen können. (2) Ebenso wie für andere zivilgesellschaftliche Akteure kann dabei die kommunale Verwaltung – im Rahmen ihrer gesetzlichen Möglichkeiten – unterstützend tätig sein. (3) Gleiches gilt für die lokalen und regionalen Medien (Zeitungen, Funk, Fernsehen), die zur Aufklärung und Sensibilisierung der Bevölkerung beitragen können; allerdings nur bei einer entsprechenden Qualität der medialen Berichterstattung. (4) Akteursorientierte Unterstützung leisten (regionale) Beratungseinrichtungen (zum Beispiel Mobile Beratungsteams), die über das Thema Rechtsextremismus informieren und darüber hinaus helfen können, lokale sowie (über-)regionale Netzwerke zu bilden. (5) Begünstigt wird die Zusammenarbeit der demokratischen Kräfte vor Ort durch ein weitreichendes kommunales zivilgesellschaftliches Engagement (wie zum Beispiel in Form eines Bürgerbündnisses) als Ausdruck der demokratisch-partizipatorischen Kultur einerseits und als Beleg der

„demokratischen Wehrhaftigkeit“ andererseits. Die Entwicklung von politischen Strategien gegen die extreme Rechte in Parlament und Kommune lässt sich in einem Schema wie folgt darstellen (vgl. Abb. 37).



## 6. Lokale Demokratie als politisch-sozialer Interaktionsraum. Ein Ausblick auf kommunale Handlungsoptionen

### *Kommunale Demokratie – demokratische Kommune*

Abschließend sollen die Handlungsoptionen von Kommunen in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus skizziert werden. Dabei werden die empirischen Ergebnisse dieser Untersuchung mit den Erkenntnissen der Fachliteratur zu dieser Frage in Verbindung gesetzt. Die Auswertung des Interviewmaterials gibt für die Entwicklung von kommunaler Demokratie bzw. demokratischer Gemeinde- und Stadtkultur zahlreiche Hinweise und Anknüpfungspunkte. Dabei können die lokalen Diskurse und kann die kommunale Auseinandersetzung mit „ihrem“ lokalen Rechtsextremismus und den jeweils unterschiedlichen Ausprägungen nicht isoliert betrachtet werden. Sie ist immer eingebunden und verwoben mit der Politik bzw. politischen Kultur auf der jeweiligen regionalen (Nachbargemeinden und Landkreisen) und nationalen Ebene sowie mit den Zuständigkeiten auf Länder- und Bundesebene. Bei der Kommune liegt vor allem die politisch-konzeptionelle Verantwortung und sie hat jenseits von Aktionismus und lediglich anlassbezogenem Handeln vielschichtige und flexible sowie langfristig angelegte Gestaltungsspielräume. Diese sind mit den jeweiligen politischen, rechtlichen, polizeilichen Kompetenzen und Zuständigkeiten der Kreis- und Landesbehörden kontextsensibel, arbeitsteilig und kooperativ abzustimmen und zu koordinieren.

Im Rahmen einer Skizze werden fünf Aspekte – als Elemente einer aktiven Auseinandersetzung mit dem lokalen Rechtsextremismus – hervor-

gehoben, die sich auf kommunale parlamentarische und außerparlamentarische Umgangsformen und Strategien beziehen. Ihre jeweilige praktische Ausformung – hin zu einer aktiven partizipativen und lebendigen kommunalen Kultur – erfahren sie vor dem Hintergrund der konkreten lokalen Phänomene sowie den spezifischen Kontextbedingungen.

### *Parteien als kommunale Meinungsbildner*

Die demokratischen Parteien sind zentrale Akteure und Gestalter der kommunalen Politik und somit wichtige Meinungsbildner (Stichwortgeber) im mentalen Haushalt, dem Sprachgebrauch, der Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie dem (konkurrierenden) Ringen um die Lösung kommunaler Probleme. Sie bestimmen durch ihr Verhalten, ihre Rhetorik, ihre Thematisierungsstrategien des lokalen Rechtsextremismus sowie ihren Lösungsangeboten für kommunale Probleme wesentlich mit, welche politische, öffentlich-mediale Kultur in einer Gemeinde entsteht und sich etabliert. Dabei geht es um eine Kultur, in der die demokratischen Parteien im Rahmen des „Modells einer pluralistischen Gesellschaft“ (Strobl/Würtz/Klemm 2003) die Bereitschaft zur Konkurrenz von Positionen und Konfliktaustragung haben; sie gleichzeitig aber trotz ihrer unterschiedlichen politischen Ausrichtung einen demokratischen Grundkonsens (demokratische Werteorientierungen) teilen. In der Auseinandersetzung der demokratischen Parteien mit dem lokalen Rechtsextremismus gilt es auf folgende Bedingungen zu achten:

- in die eigenen Strukturen, Organisationen und ihre Mitgliedschaft hineinzuwirken wie auch in Kooperation mit anderen Parteien und Gruppen (zum Beispiel Bürgerinitiativen) das Thema über Fortbildungen, Workshops und Ähnliches aufnehmen und sich kompetent zu machen;
- sich aufklärend und meinungsbildend auf die kommunale und mediale Öffentlichkeit zu beziehen, Positionen und Aktivitäten zu begründen, die eindeutig sind und Signalfunktion haben;

- eine kommunale Gesamtpolitik anzubieten, die deutlich macht, wie die Parteien vertrauensbildend, zuhörend, dialogorientiert und partizipationsgeleitet die Probleme und Sorgen (wie Abstiegsängste, Arbeitslosigkeit, Armut) der Bürgerinnen und Bürger sehen, annehmen und zu lösen versuchen;
- die Bürgerinnen und Bürger zu ermuntern, sich zu engagieren und hier durch die eigene Beteiligung selbstbewusst und sichtbar ein „Vorbild“ zu sein;
- den Rechtsextremen keine Freiräume überlassen, bspw. in der politischen Jugendarbeit.

Mit der Thematisierung des lokalen Rechtsextremismus muss es den demokratischen Parteien zugleich mit überzeugenden Argumenten um die Entlarvung und Dechiffrierung der Ideologie- und Politikmuster (Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus etc.) und der parlamentarischen wie auch außerparlamentarischen Strategievarianten der extremen Rechten (Parlament als Bühne und Inszenierung, Ethnisierung des Sozialen etc.) gehen.

### *Parlament als Ort streitbarer Demokratie*

Die kommunalen Parlamente sind die originären Orte und öffentlichen „Bühnen“ von Demokratie, Streitkultur und Kompromiss.<sup>14</sup> Hier diskutiert die Kommune öffentlich – vertreten durch ihre Repräsentanten – über sich selbst; dabei geht es immer auch um das Selbstverständnis und die Kultur des Zusammenlebens sowie um eine kommunale „Grundstimmung“, dann um die Integrationsangebote in das Gemeinwesen und

---

<sup>14</sup> Der kommunalen Politik stehen im Umgang mit den außerparlamentarischen Aktivitäten der extremen Rechten im öffentlichen Raum – Demonstration, Versammlungen, Infostände und Aufmärsche – auch zahlreiche rechtliche Instrumentarien zur Verfügung (zu den unterschiedlichen Handlungsmöglichkeiten siehe Friedrich-Ebert-Stiftung 2007 sowie Bündnis für Demokratie und Toleranz 2007).

den Umgang der Kommune mit „ihren“ Ausprägungen des Rechtsextremismus. In ihnen wird – der Verfassung verpflichtet und nach den Regeln und Gepflogenheiten der parlamentarischen Demokratie – um die besten politischen Lösungen kommunaler Probleme gerungen. Parlament, Politik und Verwaltung tragen die Verantwortung für die Sichtbarkeit und Attraktivität einer demokratischen Kultur, demokratischer Strukturen und Aktivitäten, die dem Rechtsextremismus „das Wasser abgräbt“ und keine Chance lässt.<sup>15</sup>

Die parlamentarische Auseinandersetzung mit der extremen Rechten – den Fraktionen und ihren Akteuren – realisiert das Prinzip der „streitbaren und wehrhaften Demokratie“ und bedeuten unter anderem,

- den Rechtsextremismus klug und kontinuierlich zu einem öffentlichen Thema zu machen;
- auf Prinzipien der Menschenwürde, Toleranz und der historischen Wahrheit bestehen;
- sich Themen nicht vorgeben lassen, sondern die Agenda der Politik selbst bestimmen;
- im klugen Abwägen die extreme Rechte zugleich zu ignorieren und ihre Anträge, Beiträge, Rhetorik mit Blick in die kommunale Öffentlichkeit zu dechiffrieren;
- die Anträge der extremen Rechten konsequent abzulehnen, damit ihnen kein politischer Gestaltungsspielraum eingeräumt wird;
- im formellen wie informellen parlamentarischen Umgang und der Kommunikation die notwendige Distanz zu wahren und deutlich Grenzen zu markieren;
- die kommunalen Einrichtungen, Initiativen und Personen in ihrer Thematisierung und Auseinandersetzung zu ermuntern und zu un-

---

<sup>15</sup> Neben der Herausforderung des parlamentsorientierten Rechtsextremismus geht es in Kommunen vielfach auch um die Auseinandersetzung mit dem aktions- und/oder diskursorientierten Rechtsextremismus.

terstützen, deren Attraktivität, Akzeptanz und Anerkennung in der Kommune zu fördern.

### *Politische Gemeinde und Zivilgesellschaft*

Die Zivilgesellschaft ist mit ihren vielen (ehrenamtlichen) Organisationen und Initiativen, Projekten und Personen in Kooperation mit der politischen Gemeinde und den kommunalen Verantwortungsträgern „soziales Kapital“ (Putnam) und ein zentrales Akteursfeld kommunalpolitischer Gestaltung. Deren Potentiale und Ressourcen für lokales bürgerschaftliches Engagement sind voraussetzungsreich; sie können mit ihrer Lebendigkeit lokale Demokratie realisieren, dem als ein politisches und soziales Lern- und Bildungsfeld eine erhebliche und prägende kommunale Integrations- und Regulationskraft im republikanischen Gemeinwesen zukommt. Zivilisatorische Standards in einer aufgeklärten Gesellschaft und einem demokratischen Gemeinwesen müssen – als Demokratiepoltik von Kommune und Zivilgesellschaft – sowohl von der politischen Gemeinde als auch von der Zivilgesellschaft getragen werden. Das gilt für alle Bürgerinnen und Bürger wie auch für die unterschiedlichen sozialen Infrastrukturen, intermediären Organisationsbereiche und Sozialformen der Vereine und Verbände, die schulischen und außerschulischen Einrichtungen der Erziehung, Schule und Bildung, die Kirchen, Bürgerinitiativen und auch für die Wirtschaft.<sup>16</sup> Ein zivilgesellschaftlicher Ansatz birgt das Potential,

- „soziokulturelle Vielfalt zu befördern;
- die Entwicklung einer demokratischen Kultur auf der Ebene von Kommunen im ländlichen Raum zu unterstützen;
- die Kompetenz der kommunalen Verantwortungsträger in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt zu stärken“ (Lynen von Berg/Palloks/Steil 2007, S. 341).

---

<sup>16</sup> Möglichkeiten und Formen des zivilgesellschaftlichen Engagements zeigt am Beispiel des Bundeslandes Hessen der Sammelband von Frölich, Hafenecker, Kaletsch und Oppenhäuser (2007).

Die Forderung nach freiwilligem und vernetztem bürgerschaftlichen Engagement ist verbunden mit der Forderung nach unterstützender Professionalität, Expertenkontakte und Strukturen (Hering 2007). Überhöhte Erwartungen an Ehrenamtlichkeit gilt es allerdings zu vermeiden sowie die „organisierte Unverantwortlichkeit“ zu überwinden, bspw. durch den Ansatz des „Community Coaching“, bei dem basierend auf einer Kommunalanalyse nachhaltige Strukturen mit konkreter Aufgabenverteilung, Ressourcenbündelung und entsprechender Begleitung geschaffen werden sollen (vgl. Borstel/Wagner 2006).

In den alten und neuen Formen des zivilgesellschaftlichen Engagements geht es in genereller Perspektive um „eine Grundorientierung der Übernahme gemeinsamer Verantwortung für die unmittelbare soziale Gestaltung im lokalen Umfeld“ (Böhnisch/Schröer 2002, S. 214f.). Die Bereitschaft zum gesellschaftlichen Engagement wird – wie Studien belegen – in der Kindheit und Jugendzeit erworben; wer sich als Erwachsener stark engagiert, hat bereits in der Kindheit und Jugend entsprechende Aktivitäten entwickelt. Daher kommt der Förderung von bürgerschaftlichem Engagement und Partizipation in Kindertagesstätten, der Grundschule, der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit eine besondere Bedeutung zu, denn für das Gemeinwesen engagierte Menschen sind in aller Regel weniger anfällig für rechtsextreme Einstellungen.<sup>17</sup>

---

<sup>17</sup> Bisherige Erfahrungen zeigen zugleich die Schwierigkeiten und Probleme der Kooperation im Gemeinwesen. So schreiben Palloks/Steil (2007) vor dem Hintergrund des CIVITAS-Programms (Förderzeitraum des Bundesprogramms waren die Jahre 2001 bis 2006): „Zivilgesellschaftlich orientierte Projektarbeit steht im ländlich-kleinstädtischen Raum vor denkbar widrigen Bedingungen. Immer wieder müssen Projektakteure die Erfahrung machen, dass sich ihre Adressaten dort dem Projektanliegen verweigern. Immer wieder wird auch von Erfahrungen des Scheiterns berichtet. Insbesondere die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit trifft auf starke Blockaden. Häufig lehnen kommunale Verantwortungsträger die öffentliche Thematisierung rechtsextremer und fremdenfeindlicher Vorfälle rundweg ab – sei es, weil ihnen jede Problemeinsicht fehlt, sei es, dass sie den Imageverlust für ihre Gemeinde befürchten. Wer diese Vorfälle dann in die Öffentlichkeit trägt, sieht sich leicht mit dem Vorwurf der Nestbeschmutzung konfrontiert. Auch Berater und Vernetzer sind nicht immer willkommen. Beratung setzt voraus, dass ihr Adressat für sich darin einen Bedarf erkennen kann, was wiederum ein entwickeltes Problembewusstsein voraussetzt. Vernetzungsangebote treffen auf innere Konflikte in der Gemeinde oder die konkurrieren mit den informellen Netzwerken der Kommune“ (Palloks/Steil 2007, S. 15; vgl. auch Staud 2007).

## *Partizipation und Infrastruktur*

Vor allem im Umgang mit der jungen Generation, aber auch der gesamten Bürgergesellschaft sind Demokratie fördernde und entwickelnde Formen und Verfahren der Partizipation mit der zugehörigen Infrastruktur (als kontinuierliche Grundausstattung und Regelangebot, nicht nur als Sonderprogramme) von präventiver Bedeutung. Wirklich erfahrene und gelebte Demokratie im kommunalen Gemeinwesen kann Anfälligkeiten verhindern und immunisieren helfen (vgl. Krafeld 2007). Konkret wird dies weniger in einer „Jugendarbeit gegen ...“, sondern vielmehr in einer „Jugendarbeit für ...“ im lebensweltlichen und biografischen Kontext der jeweilig konkreten Jugendlichen, die die Jugendlichen in ihrem Bewältigungsverhalten begleitet und sich in die komplexen und (teilweise) problematischen Lebenswelten und Übergänge des Aufwachsens konstruktiv einmischt. Wenn Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen – ohne Fixierung auf den Rechtsextremismus – ermöglicht wird, in ihren Kommunen attraktive demokratische Lebensformen zu erfahren, wiederholt und kontinuierlich Erfahrungen der Anerkennung, Zugehörigkeit und des Gebrauchtwerdens. Zugleich „überlässt“ die Kommune ihre Bürgerinnen und Bürger nicht den Angeboten der extremen Rechten. Mit dem Erfahrungshintergrund von gelungener Partizipation „entwickeln Personen, die sich ehrenamtlich engagieren, nicht zufällig eine höhere Lebenszufriedenheit und einen positiven Zukunftsbezug“ (Strobl/Würtz/Klemm 2003, S. 39; vgl. auch Möller/Schumacher 2007).

Mit dieser Biografie begleitenden und sozialintegrativen Funktion, verbunden mit sozialen Anerkennungs- und Selbstwirksamkeitserfahrungen kann Jugendarbeit (wie auch die Arbeit in Kindertagesstätten, Schulen, beruflicher Ausbildung) ein wichtiger bildender und sozialemotionaler Ort und Raum sein für Selbst- und Subjektbildung sowie biografischen Halt und Sicherheit in Zeiten gesellschaftlicher und biografischer Unge-

wissheiten und Unsicherheiten geben. Kerngedanke ist, Jugendliche in fördernden Sozialisationsumgebungen mit Hilfe ihrer eigenen Ressourcen – und professionell gestützt und beraten – in die Lage zu versetzen, ihre Handlungsoptionen zu erweitern, neue und interessante Erfahrungen zu machen, Probleme und Ambivalenzen konstruktiv zu bewältigen und Entscheidungen, die ihr Leben betreffen, selbstwirksam anzugehen. Dazu gehören Räume wie Schule und Jugendarbeit, in denen Jugendliche vor negativen Einflüssen wie rechtsextreme Ideologie und Gewalt geschützt werden müssen, gleichzeitig aber auch positive Unterstützungsnetzwerke, Beratungsmöglichkeiten und Gelegenheitsstrukturen für positives Engagement zur Verfügung stehen sollten. Gefühle von Hilflosigkeit, Überflüssigkeit und Kontrollverlust in der eigenen Lebensführung sowie Unsicherheit und Ungewissheit über den eigenen Lebenslauf verweisen auf die Suche nach einfachen und vermeintlich klaren Lösungen – und können als Bewältigungsversuche bei rechtsextremen Ideologien und dem Beitritt in entsprechende Gruppierungen enden.

### *Prävention, Intervention und Repression*

Auf der kommunalen Ebene sind drei Dimensionen der Auseinandersetzung und des Umgangs zu differenzieren: Prävention, Intervention und Repression. Mit dieser Differenzierung wird markiert, auf welchen Ebenen die Probleme und Herausforderungen angemessen gesehen und welche gut begründeten Impulse im Sinne eines „kommunalen Aktionsplans“ gesetzt werden. Hier wird die *Prävention* vor allem von der schulischen und außerschulischen Kinder-/Jugend-, Bildungs- und Sozialarbeit geleistet. Eine Kultur der Förderung, Partizipation und Anerkennung ist eine allgemeine und zielgruppenunspezifische Präventionsmaßnahme in Kommunen, die unabhängig von Gefährdungen, Vorfällen und Gruppen als kontinuierliche und langfristige Strategie verstanden wird, die demokratische Potentiale stärken und die Entwicklung rechtsextre-

mer Affinitäten unwahrscheinlicher machen. Das gilt nicht nur für die vielschichtigen Angebote, Projekte und Praxisansätze für Kinder und Jugendliche, wie sie in den bisherigen und aktuellen Förderprogrammen des Bundes differenziert (und zum Teil bereits evaluiert) worden sind, sondern auch für bisher kaum entwickelten Zugänge und Angebote von generationsübergreifenden Ansätzen mit Erwachsenen (Elternberatung, -bildung, Fortbildung von pädagogischen Fachkräften). Auch der „stille“ Rechtsextremismus unter Erwachsenen, der den mental-kulturellen Stimmungshintergrund für den „erkennbaren“ und auch „lautstarken“ jugendlichen Rechtsextremismus bildet, wäre in Kommunen zu thematisieren.

Unterschiedliche Lern- und Erfahrungsangebote sowie Formen der *Intervention* beziehen sich auf potentiell gefährdete Zielgruppen und Jugendliche in der Szene bzw. aus deren Umfeld. Auch hier ist vor allem auf die Bedeutung von kompetenter Professionalität, Langfristigkeit und Vernetzung hinzuweisen, wenn Interventionsansätze und -strategien gelingen sollen (vgl. Glaser/Rieker 2006; Lynen von Berg/Palloks/Steil 2007). Im Zusammenhang von Bedrohungen, Gefährdungen und Gewalt (Straftaten) sind – in Zusammenarbeit mit der Polizei – unterschiedliche Formen der *Repression* (Verbote, Zeugenaussagen, Anzeigen etc.) auszuschöpfen, die sich vor allem aus dem Opferschutz begründen und eindeutige Grenzen markieren.

Sollen die skizzierten Hinweise im Sinne eines engagierten Netzwerks ihr Demokratie förderndes Handlungspotential in Kommunen entfalten, dann sind zwei Aspekte für alle Akteursgruppen von besonderer Bedeutung. Das ist zunächst die Verständigung von Akteuren aus unterschiedlichen sozialen Nahbereichen über eine gemeinsame – von möglichst vielen getragene – *gesellschaftliche und politische* Diagnose, Sicht bzw. Rahmung des Problems und seines Stellenwerts in der Kommune; dann die Bereitschaft mit „langem Atem“ einander zuzuhören und sich auf

Dynamiken (auch Konflikte) und langwierige Lernprozesse einzulassen. Eine politische oder unpolitische Rahmung zeigt, welches „Demokratieverständnis in der Kommune hinsichtlich des Umgangs mit öffentlichen Konflikten“ dominiert (Strobl/Würtz/Klemm 2003, S. 161). Dabei kommt es immer auch auf Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, anerkannte lokale Schlüsselpersonen (Vertreter aus Parteien, Verwaltung, Kirchen, Behörden, aus Vereinen und Verbänden, der Schule und Wirtschaft, der Jugend- und Sozialarbeit) an, die Garanten für eine vertrauensvolle und tragfähige Kommunikation und politisch-öffentliche Thematisierung sind. Dabei „sollten lokale Verantwortungsgemeinschaften entstehen, die zukünftig eine demokratische und partizipative politische Kultur in den Gemeinwesen garantieren können“ (Palloks/Steil 2007, S. 43).<sup>18</sup>

Für eine erfolgreiche und lebendige Auseinandersetzung mit dem lokalen Rechtsextremismus ist es wichtig (und Voraussetzung) möglichst alle relevanten institutionellen Akteure und möglichst viele engagierte Bürgerinnen und Bürger in ein dauerhaftes Kooperationsnetz bzw. bürgerschaftliches Netzwerk, eine dialogische Kultur der Zusammenarbeit und ein optimistisches Klima einzubeziehen – hin zu einer gemeinwesenorientierten Gesamtkultur.

---

<sup>18</sup> Auf Hindernisse, Herausforderungen und Klärungen, vor allem in den Gemeinwesen des ländlich-kleinstädtischen Raums, verweisen die beiden Autoren. Dazu zählen das Bild harmonischer und zu Loyalität verpflichteter Gemeinschaftlichkeit des Gemeinwesens, eine Mentalität des Lokalismus, Konformitätsdruck (-erwartungen) und Widersprüchlichkeiten: „Das lokalistische Wertesystem gerät in der Konfrontation mit Rechtsextremismus in einen Selbstwiderspruch: Für die Bewohner ländlicher Räume ist der Rechtsextreme immer auch Nachbar. Wer lokalistisch denkt, steht vor einem Dilemma: Dieser Nachbar tut moralisch Verwerfliches und dennoch bleibt man den nachbarschaftlichen Loyalitätsregeln verpflichtet“ (Palloks/Steil 2007, S. 26).

## 7. Literatur

Affolderbach, Friedemann/Höppner, Solvejg: „Die NPD ist auf ekelhafte Weise intelligent ...“. Analytische Betrachtungen zum Umgang mit der NPD auf der parlamentarischen Ebene in Sachsen. Kulturbüro Sachsen e.V. – Mobiles Beratungsteam für den Regierungsbezirk Leipzig. [<http://jusos-sachsen.de/archiv/material/Die%20NPD%20ist%20auf%20ekelhafte%20Weise%20intelligent.doc>]. Leipzig 2005.

Backes, Uwe/Jesse, Eckhard: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. 4., völlig überarbeitete und aktualisierte Ausgabe. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 272. Bonn 1996.

Beier, Katherina/Bogitzky, Jenny/Buchstein, Hubertus/Feike, Katharina/Fischer, Benjamin/Freyber, Pierre/Strüwing, Mathias/Wiedemann, Tim: Die NPD in den kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns. Greifswald 2006.

Böhnisch, Lothar/Schröer, Wolfgang: Die soziale Bürgergesellschaft. Weinheim und München 2002.

Böttcher, Klaus: Rechtsextremismus heute – kommunalpolitische Aspekte. In: Helas, Horst/Rubisch, Dagmar (Hrsg.): Rechtsextremismus in Deutschland. Analysen, Erfahrungen, Gegenstrategien. Manuskripte der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Bd. 61. Berlin 2006, S. 62–78.

Borstel, Dierk: Heimat und Zukunft in Ueckermünde. Ein Essay. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände, Folge 5. Frankfurt/Main 2007, S. 197–206.

Borstel, Dierk/Wagner, Bernd: Chancen und Grenzen der Maßnahmen gegen rechtsextreme Gewalt. Prävention und Intervention. In: Heitmeyer, Wilhelm/Schrötle, Monika (Hrsg.): Gewalt. Beschreibungen, Analysen, Prävention. Bonn 2006, S. 469–482.

Bündnis für Demokratie und Toleranz (Hrsg.): Dokumentation der bundesweiten Tagung „Praxisorientierter Umgang mit rechtsextremistischen Aktivitäten“ am 9. und 10. Februar 2007 in Potsdam. [<http://www.buendnis-toleranz.de>]. Berlin 2007.

Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2000. Berlin 2001.

Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2006. Berlin 2007.

Butterwegge, Christoph/Griese, Birgit/Krüger, Coerw/Meier, Lüder/Niermann, Gunther: Rechtsextremisten in Parlamenten. Forschungsgegenstand, Fallstudien, Gegenstrategien. Opladen 1997.

Butterwegge, Christoph/Meier, Lüder: Bremen – das kleinste Bundesland als parlamentarisches Experimentierfeld für die extreme Rechte (1951/52, 1967–1971, 1987–1995). In: Butterwegge, Christoph u.a.: Rechtsextremisten in Parlamenten. Forschungsgegenstand, Fallstudien, Gegenstrategien. Opladen 1997, S. 55–146.

Butterwegge, Christoph: Erfahrungen mit Rechtsextremen in Parlamen-

ten. In: Mecklenburg, Jens (Hrsg.): Braune Gefahr. DVU, REP, NPD – Geschichte und Zukunft. Berlin 1999, S. 177–190.

Decker, Oliver/Brähler, Elmar/Geißler, Norman: Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland. Hrsg. v. d. Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin. Berlin 2006.

Erdsiek-Rave, Ute: Rechtsextremisten im Parlament – Erfahrungen aus Schleswig-Holstein. In: Starzacher, Karl/Schacht, Konrad (Hrsg.): Rechtsextremismus. Ursachen, aktuelle Entwicklungen, Auseinandersetzungen. Wiesbaden 1995.

Falter, Jürgen W./Jaschke, Hans-Gerd/Winkler, Jürgen R. (Hrsg.): Rechts-  
extremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung. Politische  
Vierteljahresschrift, Sonderheft 26. Opladen 1996.

Flick, Uwe: Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung. Reinbek bei  
Hamburg 2002.

Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Der Aufstand der Zuständigen. Was  
kann der Rechtsstaat gegen Rechtsextremismus tun? Tagungsband des  
Forums Berlin. Berlin 2007.

Frölich, Margit/Hafeneger, Benno/Kaletsch, Christa/Oppenhäuser, Holger  
(Hrsg.): Zivilgesellschaftliche Strategien gegen die extreme Rechte in  
Hessen. Frankfurt/Main 2007.

Glaser, Michaela/Rieker, Peter, Interkulturelles Lernen als Prävention  
von Fremdenfeindlichkeit. Halle 2006.

Hafeneger, Benno: Politik der „extremen Rechten“. Eine empirische Un-

tersuchung am Beispiel der hessischen Kommunalparlamente. Schwalbach/Ts. 1995.

Hafeneger, Benno: Die „Republikaner“ in Stadtallendorf. Eine Lokalstudie. Schwalbach/Ts. 2000.

Hafeneger, Benno: Die extreme Rechte – neuere Entwicklungen und Strategievarianten. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Demokratische Strategien zur Bekämpfung des Rechtsextremismus. Tagungsband des Gesprächskreises Migration und Integration. Bonn 2005, S. 29–37.

Hafeneger, Benno/Becker, Reiner: Rechte Jugendcliquen. Zwischen Unauffälligkeit und Provokation. Eine empirische Studie. Schwalbach/Ts. 2007.

Hahn, André: Zum Umgang mit Rechtsextremen in den Parlamenten. In: Kinner, Klaus/Richter, Rolf (Hrsg.): Rechtsextremismus und Antisemitismus. Historische und aktuelle Dimensionen. Schriften der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Bd. 5. Berlin 2000, S. 52–55.

Heitmeyer, Wilhelm: Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. 2. Aufl. Weinheim und München 1988.

Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände, Folge 1. Frankfurt/Main 2002.

Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände, Folge 4. Frankfurt/Main 2006.

Heitmeyer, Wilhelm: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Ein normaler Dauerzustand? In: ders. (Hrsg.): Deutsche Zustände, Folge 5. Frankfurt/Main 2007, S. 15–36.

Hering, Sabine (Hrsg.): Bürgerschaftlichkeit und Professionalität. Wiesbaden 2007.

Hoffmann, Jürgen/Lepszy, Norbert: Die DVU in den Landesparlamenten: inkompetent, zerstritten, politikunfähig. Eine Bilanz rechtsextremer Politik nach zehn Jahren. Interne Studien der Konrad-Adenauer-Stiftung, Nr. 163/1998. Sankt Augustin 1998.

Hopf, Christel/Schmidt, Christine (Hrsg.): Zum Verhältnis von innerfamiliären sozialen Erfahrungen, Persönlichkeitsentwicklungen und politischen Orientierungen. Dokumentation und Erörterung des methodischen Vorgehens in einer Studie zu diesem Thema. [<http://w2.wa.uni-hannover.de/mes/berichte/TextRex93.pdf>]. Hildesheim 1993.

Hopf, Christel u.a.: Familie und Rechtsextremismus. Familiäre Sozialisation und rechtsextreme Orientierungen junger Männer. Weinheim und München 1995.

Iser, Julia/Schönfelder, Sven: Rechtsextremismus und Antisemitismus – Begriffe, Erscheinungsformen und Ausmaße. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Standpunkte 2005: Demokratie stärken. Pädagogische Strategien zur Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus. [<http://www.fes-forumberlin.de/BerlinPolitik/pdf/standpunkte2005.pdf>]. Berlin 2005, S. 36–47.

Jaschke, Hans-Gerd: Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe, Positionen, Praxisfelder. Opladen 1994.

Krafeld, Franz Josef: Rechtsextremismus und Jugendarbeit. In: deutsche jugend, Heft 7/8 2007, S. 305–310.

Kuckartz, Udo: Einführung in die computergestützte Analyse qualitative Daten. Wiesbaden 2005.

Lepszy, Norbert/Veen, Hans-Joachim: „Republikaner“ und DVU in kommunalen und Landesparlamenten sowie im Europaparlament. Interne Studien der Konrad-Adenauer-Stiftung, Nr. 63/1993. Erw. 2. Fassung. Sankt Augustin 1994.

Lynen von Berg, Heinz/Palloks, Kerstin/Steil, Armin: Interventionsfeld Gemeinwesen. Weinheim und München 2007.

Minkenberg, Michael: Die neue radikale Rechte im Vergleich. USA, Frankreich, Deutschland. Opladen 1998.

Minkenberg, Michael: Demokratie und Desintegration. Der politikwissenschaftliche Forschungsstand zu Rechtsradikalismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt. Berlin 2005.

Möller, Kurt/Schumacher, Nils: Rechte Glatzen. Rechtesextreme Orientierungs- und Szenezusammenhänge – Einstiegs-, Verbleibs- und Ausstiegsprozesse von Skinheads. Wiesbaden 2007.

Ness, Klaus: Auseinandersetzung mit der DVU und rechtsextremistischen Tendenzen in Brandenburg. [[http://jusos-sachsen.de/archiv/material/050214-Ness\\_zu\\_DVU.doc](http://jusos-sachsen.de/archiv/material/050214-Ness_zu_DVU.doc)]. Potsdam 2005.

Palloks, Kerstin/Steil, Armin: Vernetzung im Gemeinwesen. Handbuch zur Praxis (Universität Bielefeld). Berlin 2007.

Regionale Arbeitsstellen für Jugendhilfe, Schule und interkulturelle Arbeit (RAA) Mecklenburg-Vorpommern e.V. (Hrsg.): Rechts oben.

Vorpommern als Modellregion der extremen Rechten. Waren/Müritz 2007.

Richter, Lutz: „Hinter der Idylle. Die Entwicklung der rechten Szene in der Sächsischen Schweiz und Strategien zu deren Zurückdrängung. In: Helas, Horst/Rubisch, Dagmar (Hrsg.): Rechtsextremismus in Deutschland. Analysen, Erfahrungen, Gegenstrategien. Manuskripte der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Bd. 61. Berlin 2006, S. 120–129.

Rieker, Peter: Prävention gegen Rechtsextremismus bei Jugendlichen. In: deutsche jugend, Heft 7/8 2007, S. 297–304.

Schaefer, Dagmar/Mansel, Jürgen/Heitmeyer, Wilhelm: Rechtspopulistisches Potential. Die „saubere Mitte“ als Problem. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände, Folge 1. Frankfurt/Main 2002, S. 123–135.

Scherr, Albert: Rechtsextremismus, die Mitte der Gesellschaft und die Grenzen zivilgesellschaftlicher Strategien. In: Frölich, Margit u.a. (Hrsg.): Zivilgesellschaftliche Strategien gegen die extreme Rechte in Hessen. Frankfurt/Main 2007, S. 93–107.

Schmidt, Matthias: Die Parlamentsarbeit rechtsextremer Parteien und mögliche Gegenstrategien. Eine Untersuchung am Beispiel der „Deutschen Volksunion“ im Schleswig-Holsteinischen Landtag. Münster 1997.

Schönfelder, Sven: Rechtspopulismus. Teil Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Schwalbach/Ts. 2008.

SPD-Parteivorstand (Hrsg.): Für eine starke Demokratie – Wirksam handeln gegen rechts! Handlungs- und Aktionsstrategien. Analysen. Berlin 2005.

Staud, Toralf: *Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD*. 2. Aufl. Köln 2006.

Staud, Toralf: „Ich gelte als Nestbeschmutzerin“. Bianca Richter und die Bürgerinitiative „Demokratie anstiften“ aus Sachsen. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): *Deutsche Zustände*, Folge 5. Frankfurt/Main 2007, S. 315–322.

Steglich, Henrik: *Die NPD in Sachsen. Organisatorische Voraussetzungen ihres Wahlerfolgs 2004*. Berichte und Studien des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung e.V., Nr. 49. Göttingen 2005.

Stöss, Richard: *Die extreme Rechte in der Bundesrepublik. Entwicklungen – Ursachen – Gegenmaßnahmen*. Opladen 1989.

Stöss, Richard: *Rechtsextremismus im Wandel*. Hrsg. v. d. Friedrich-Ebert-Stiftung, Abt. Dialog Ostdeutschland. Berlin 2005.

Strobl, Rainer/Würtz, Stefanie/Klemm, Jana: *Demokratische Stadtkultur als Herausforderung*. Weinheim und München 2003.

Witzel, Andreas: *Das problemzentrierte Interview*. In: Jüttemann, Gerd (Hrsg.): *Qualitative Forschung in der Psychologie. Grundfragen, Verfahrensweisen, Anwendungsfelder*. Heidelberg 1989, S. 227–256.

Witzel, Andreas: *Das problemzentrierte Interview [26 Absätze]*. In: *Forum Qualitative Sozialforschung/Forum: Qualitative Social Research [On-line Journal]*, 1(1). [<http://www.qualitative-research.net/fqs-texte/1-00/1-00witzel-d.htm>]. Berlin 2000.

# 8. Anhang

## **Interviewleitfaden**

### **1. Wahlerfolg und Auftreten der extremen Rechten in der Stadt/Gemeinde**

- 1.1 Wie erklären Sie es sich, dass die NPD/„Republikaner“ in Ihrer Stadt/Gemeinde (zum wiederholten Mal) einen solchen Wählerzuspruch erfahren hat/haben?
- 1.2 Sind Aktivitäten der NPD/„Republikaner“ auch außerhalb des Parlaments festzustellen?
- 1.3 Existiert eine sichtbare rechtsextreme Szene in Ihrer Stadt/Gemeinde?

### **2. Wahrnehmung der extremen Rechten im Kommunalparlament**

- 2.1 Welche Themen spricht die NPD/sprechen die „Republikaner“ im Parlament an?
- 2.2 Wie sieht das Verhalten, das heißt vor allem die Kommunikation und das Auftreten, der NPD/„Republikaner“ im Parlament aus?
- 2.3 Lässt sich bei der NPD/den „Republikanern“ eine kommunalpolitische Kompetenz feststellen oder nutzt/nutzen sie das

Parlament lediglich als „Bühne“ zur politischen Selbstinszenierung?

### **3. Umgang der demokratischen Parteien mit der extremen Rechten im Parlament**

- 3.1 Besteht ein differenziertes Verhalten gegenüber der NPD/den „Republikanern“, indem zum Beispiel ihren Anträgen zugestimmt wird oder ihre Themen aufgegriffen werden?
- 3.2 Wie sieht Ihr persönlicher Umgang mit den/der/dem Abgeordneten der NPD/„Republikaner“ aus?
- 3.3 Welche Strategievarianten zum Umgang mit der NPD/den „Republikanern“ im Parlament hat Ihre Fraktion entwickelt?
- 3.4 Würden Sie Ihre Verhaltensweise gegenüber der NPD/den „Republikanern“ als eher gelungen oder als eher weniger bzw. gar nicht bewerten?
- 3.5 Welche Absicht haben Sie mit Ihrem Verhalten verfolgt? Wollten Sie Ihren Standpunkt zu und gegenüber der NPD/den „Republikanern“ klarmachen oder wollten Sie sie ideologisch demaskieren?

### **4. Änderungen der „parlamentarischen Spielregeln“**

- 4.1 Wurden seit dem Einzug der NPD/„Republikaner“ ins Parlament die sog. parlamentarischen Spielregeln geändert, zum

Beispiel in Bezug auf Redezeiten, Antragstellung, Mittelflüsse, Ämtervergabe, Besetzung von Ausschüssen?

4.2 Wie beurteilen Sie die parteiübergreifende Zusammenarbeit der Demokraten in der Auseinandersetzung mit der NPD/den „Republikanern“?

**5. Wahrnehmung der parlamentarischen Auseinandersetzung mit der extremen Rechten in der Bevölkerung nach Einschätzung der demokratischen Parteien**

5.1 Wird nach Ihrer Meinung die parlamentarische Auseinandersetzung der demokratische Parteien mit der NPD/den „Republikanern“ von den Bürgerinnen und Bürgern Ihrer Stadt/Gemeinde wahrgenommen?

5.2 Wenn es Änderungen der „parlamentarischen Spielregeln“ gab, wurden diese nach Ihrer Einschätzung auch von der Öffentlichkeit wahrgenommen?

5.3 Gibt es in der Auseinandersetzung mit der NPD/den „Republikanern“ eine Kooperation zwischen Parlament und Kommunalverwaltung?

**6. Zivilgesellschaftliches Engagement in der Stadt/Gemeinde**

6.1 Gibt es in Ihrer Stadt/Gemeinde ein zivilgesellschaftliches Engagement gegen die NPD/„Republikaner“, zum Beispiel ein Bürgerbündnis oder Ähnliches?

6.2 Besteht eine Kooperation Ihrer Partei und/oder der Kommunalverwaltung mit dem zivilgesellschaftlichen Engagement in Ihrer Stadt/Gemeinde?

6.3 Wie sehr verspüren Sie im Parlament einen öffentlichen Druck durch das zivilgesellschaftliche Engagement in Ihrer Stadt/Gemeinde?

**7. Maßnahmen gegen die extreme Rechte aus Sicht der demokratischen Parteien**

7.1 Was raten Sie Kommunalpolitikern, in deren Parlamente Vertreter rechtsextremistischer oder rechtspopulistischer Parteien gewählt worden sind?

7.2 Was, denken Sie, müsste passieren, damit rechtsextremistische oder rechtspopulistische Parteien nicht (mehr) in Kommunalparlamente einziehen?

## **Die Autoren der Studie**

**Benno Hafenecker**, Dr. phil., Professor für Erziehungswissenschaft an der Philipps-Universität Marburg. Forschungsschwerpunkte: Geschichte der Jugendarbeit, Professionalisierung und Professionalität in der Jugendarbeit/-bildung, Jugendkulturen, Jugend – Gewalt – Rechtsextremismus, Bildung und Partizipation von Jugendlichen.

**Sven Schönfelder**, Dr. phil., wiss. Mitarbeiter am Institut für Erziehungswissenschaft an der Philipps-Universität Marburg, ehem. Promotionsstipendiat im DFG-Graduiertenkolleg „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit: Ursachen, Phänomenologie und Konsequenzen“ der Universitäten Marburg und Bielefeld. Forschungsschwerpunkte: Rechtsextremismus Rechtspopulismus, individuelle Einstellungen und politische Orientierungen.



[www.fes.de/rechtsextremismus](http://www.fes.de/rechtsextremismus)

ISBN: 978-3-89892-831-1